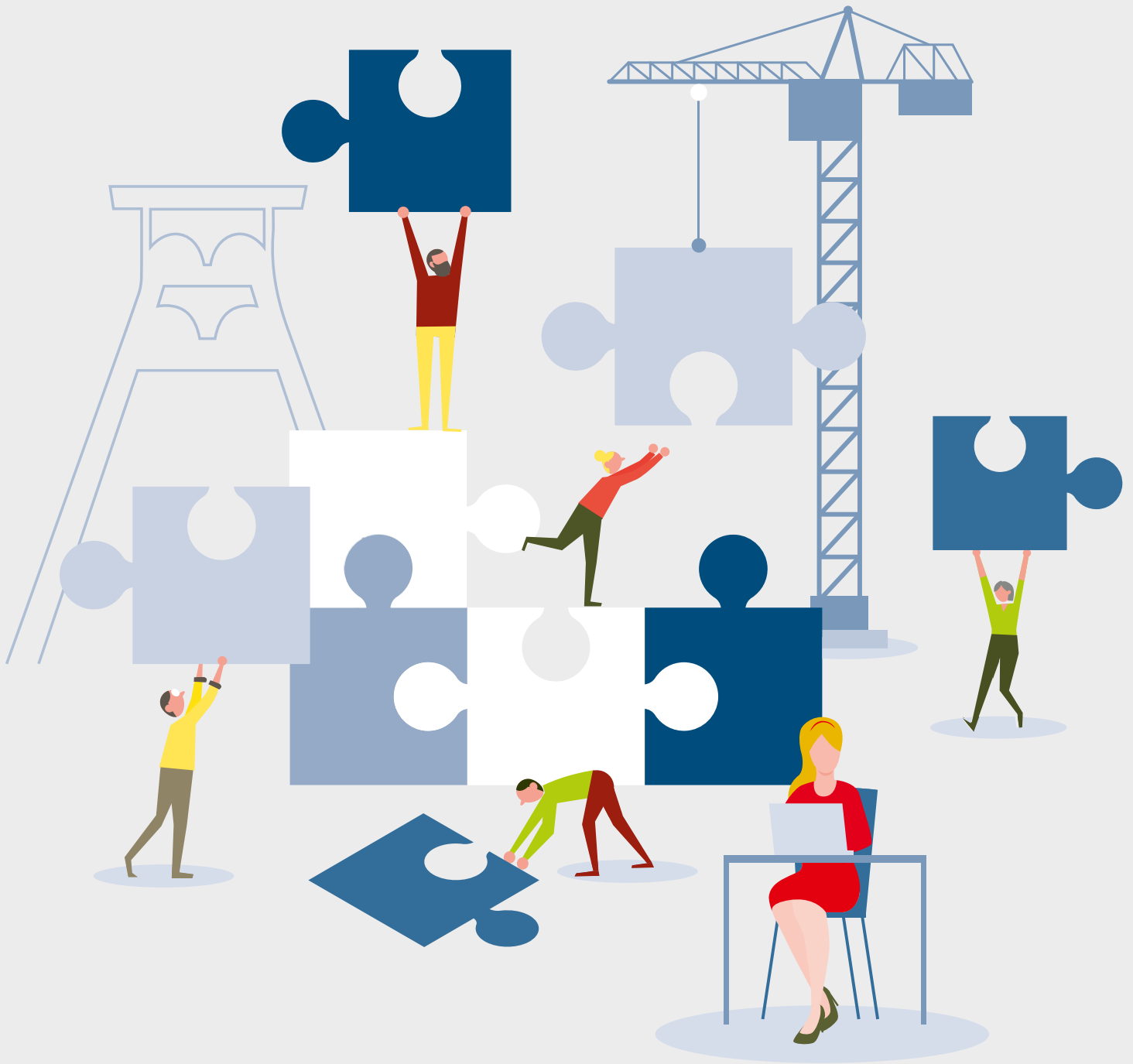




DIE BEDEUTUNG VON ARBEIT

FÜR GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE

Brost
Stiftung

BA PP
BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK

IMPRESSUM

Die Publikation wird herausgegeben im Auftrag des Vereins für Forschung und Lehre praktischer Politik e.V. Umsetzung durch die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH.

Bonn, September 2020

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH,
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

E-Mail: bapp@uni-bonn.de

www.bapp-bonn.de

Facebook: www.facebook.com/bapp.bonn

Twitter: www.twitter.com/BonnerAkademie

Redaktion

Dr. Stefan Brüggemann (V.i.S.d.P.)

Sandra Butz

Taner Ekici

Lucas Scheel

Layout und Satz

Kreativ Konzept – Agentur für Werbung GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

DIE BEDEUTUNG VON ARBEIT

für gesellschaftliche Teilhabe

*Zwischenpublikation im Rahmen des Projekts
„Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft –
Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“*

INHALT

■ GRUSSWORT VON PROF. DR. VOLKER KRONENBERG	SEITE 06
■ VORWORT VON PROF. BODO HOMBACH	SEITE 07
■ EINLEITUNG DIE BEDEUTUNG VON ARBEIT FÜR GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE SANDRA BUTZ, TANER EKICI, LUCAS SCHEEL	SEITE 09
 I. POLITISCHE PERSPEKTIVE	
■ INTERVIEW: BEDEUTUNG DER ARBEIT FÜR INTEGRATION UND TEILHABE KARL-JOSEF LAUMANN	SEITE 13
■ INTERVIEW: TEILHABE UND GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION IM RUHRGEBIET SERAP GÜLER / TANER EKICI	SEITE 17
 II. WISSENSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE	
■ MALOCHE, WORK-LIFE-BALANCE, ERFÜLLUNG? EIN IDEENGESCHICHTLICH INSPIRIERTER BLICK AUF DIE BEDEUTUNG VON ARBEIT FÜR GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION UND TEILHABE DR. MANUEL BECKER	SEITE 25
■ PREKARISIERUNG ALS PROGRAMM? HARTZ IV, ARBEITSMARKT UND GESELLSCHAFT PROF. DR. CHRISTOPH BUTTERWEGGE	SEITE 30
■ ARBEIT UND WOHLBEFINDEN – WAS SAGT DIE GLÜCKSFORSCHUNG? PROF. DR. KARLHEINZ RUCKRIEGEL	SEITE 36

III. PRAKTISCHE PERSPEKTIVE

- ARBEIT ALS GRUNDLAGE SOZIALEN LEBENS
UND LERNORT FÜR DEMOKRATIE
ANJA WEBER

SEITE **45**

IV. EXKURS: TRADITIONELLE TEILHABE IN PARTEIEN

- AUFSTELLUNGEN, ANGEBOTE, AKTIVITÄTEN – EINE UMFRAGEBASIERTE
UNTERSUCHUNG DER MITGLIEDERBETEILIGUNG IN CDU- UND
SPD-KREISVERBÄNDEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN
DIPL.-MATH. JAKOB HORNEBER, M.A.

SEITE **51**

V. BERICHTE ZU DEN VERANSTALTUNGEN

- PODIUMSDISKUSSION: „WIR SCHAFFEN DAS! WOHL DOCH NICHT? –
INTEGRATION IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN WILLKOMMENSKULTUR UND
CLAN-KRIMINALITÄT“
- PODIUMSDISKUSSION: „IM NAMEN DES VOLKES –
ÜBER DIE AKZEPTANZ UND VERMITTELBARKEIT VON GERICHTSURTEILEN“
- DIGITALER DIALOG: „KOMMUNEN UND DIE KRISE – KOMMUNEN IN DER KRISE?
WIEVIEL SPIELRAUM BLEIBT, WELCHE WEGE GIBT ES?“

SEITE **61**

SEITE **63**

SEITE **66**

GRUSSWORT

VON PROF. DR. VOLKER KRONENBERG



Prof. Dr. Volker Kronenberg
*Projektleiter und Vorsitzender
des Wissenschaftlichen Beirats
der Bonner Akademie*

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

nicht erst durch die besonderen Begleitbedingungen der Corona-Krise sind Teilhabe und Partizipation am und im gesellschaftlichen Alltag eine der zentralen Herausforderungen einer sich als demokratisch verstehenden Gesellschaft. Jedoch führen uns gerade die außerordentlichen Umstände einer Pandemie, in der die unterschiedlichen Bedürfnisse und Prioritäten und mithin Grund- und Beteiligungsrechte noch einmal sorgfältiger als sonst gegeneinander abgewogen werden müssen, noch einmal nachdrücklich die Bedeutung, aber auch die Fragilität dessen auf, was Demokratie ausmacht: die Möglichkeit zur Teilnahme und Teilhabe an den unterschiedlichen Bereichen des alltäglichen Lebens, sei es im unmittelbaren sozialen Umfeld oder in der politischen Auseinandersetzung, am Arbeitsplatz oder im Ehrenamt.

Dies wird nicht erst virulent, wenn durch die infektionsschutzbedingten Beschränkungen die unmittelbar politische Dimension der Teilhabe betroffen ist – etwa durch temporäre Einschränkungen des Demonstrationsrechts, die Aussetzung politischer Beteiligungsprozesse auf lokaler und regionaler Ebene oder den physischen Ausschluss der Öffentlichkeit von parlamentarischen Diskussionen und Gerichtsverfahren. Angesichts der für einige Wochen sehr umfassenden Einschränkung des öffentlichen Lebens in diesem Frühjahr tritt noch einmal klarer hervor, dass Teilhabe auch bereits viel niedrigschwelliger und alltäglicher stattfindet und stattfinden muss.

Dass etwa der Druck auf die Politik, einen im Rahmen der gebotenen Vorsichtsmaßnahmen normalen Arbeitsalltag wieder zu ermöglichen, stetig gestiegen ist,

„ANGESICHTS DER FÜR EINIGE WOCHEN SEHR UMFASSENDE EINSCHRÄNKUNG DES ÖFFENTLICHEN LEBENS IN DIESEM FRÜHJAHR TRITT NOCH EINMAL KLARER HERVOR, DASS TEILHABE AUCH BEREITS VIEL NIEDRIGSCHWELLIGER UND ALLTÄGLICHER STATTFINDET UND STATTFINDEN MUSS.“

liegt auch, aber nicht nur in der materiellen Bedürftigkeit begründet. Zwar wird es erst aus einer materiell gesicherten Position heraus möglich, die verschiedenen Optionen gesellschaftlicher Partizipation zu nutzen – sei es im Rahmen von privaten Initiativen oder durch klassisch politisches Engagement. Arbeit ist aber für einen überwiegenden Anteil der Bevölkerung nicht nur Broterwerb, sondern auch Sinn- und Gemeinschaftsstiftung. Im besten Fall ermöglicht sie Teilhabe im vollumfänglichen Sinn, die eben nicht nur den passiven Empfang von Leistungen meint, sondern die Verbundenheit und Mitverantwortung erzeugt, auf denen auch das Funktionieren unseres Gemeinwesens elementar fußt. Echte Teilhabe stiftet eine Gesellschaft dann, wenn sie ihren Mitgliedern in den verschiedenen Bereichen des Alltags – des Arbeits- wie auch des Vereinslebens, des privaten wie des politischen Lebens – die Übernahme von Verantwortung ermöglicht und zutraut, sie aber auch in ihrem Engagement anspornt und wertschätzt – und sie auf diese Weise zu Teilhaberinnen und Teilhabern im eigentlichen Sinn macht.

Diese so zentralen Aspekte der Teilhabe und Partizipation werden in der Ihnen vorliegenden Publikation umfassend beleuchtet und analysiert. Ihnen liebe Leserinnen und Leser wünsche ich eine einsichtsreiche Lektüre. ■

VORWORT

VON PROF. BODO HOMBACH



Prof. Bodo Hombach
Präsident der Bonner Akademie

WIE VERÄNDERT CORONA DIE ARBEITSWELT?

Eigentlich müsste es uns beschämen. Ein offenbar von Fledermäusen übergesprungener Winzling aus Eiweißmolekülen bringt in wenigen Wochen zustande, woran sich Kabinette und Parlamente, Chefetagen und wichtigstuerische Organisationen seit Jahren und Jahrzehnten ergebnisarm abarbeiten. Es drängt sich eine globale Debatte über Grundfesten und Leitlinien der Zivilisation auf. Statt zu entgrenzen, ziehen politische Kleingeister emsig neue Grenzen. Unabweisbar stehen existenzielle Fragen ganz vorn an der Bühnenrampe und konkurrieren um die besten Plätze auf der Werteskala: Was ist das höchste Gut im Leben? Was hat Vorrang? Gesundheit? Freiheit? Gemeinschaft? Würde? Ist Freiheit nur das Ausleben der eigenen Bedürfnisse oder auch die freiwillige Akzeptanz des Gebotenen? Gelten (noch) die Standards einer humanen Weltgesellschaft, zwar immer utopisch, aber wenigstens als Projekt? – Das alles wird gegenwärtig vielfach durchdekliniert, nicht selten mit Pathos und moralischem Hyperventilieren, aber auch mit neuem Schwung und Blick.

Kein Bereich bleibt unberührt. Der Wandel (Gesundheitspolitik, Agrarindustrie, Globalisierung, Klima, Digitalisierung, Arbeits- und Sozialpolitik), schon lange ein Thema der Vernunft, aber bisher im toten Winkel der Interessen, wird mehrheitsfähig, Chance und treibende Kraft.

Die Geschichte kennt Beispiele. Kein akutes Ereignis „erschafft“ einen Paradigmenwechsel. Es kann ihn aber „ent-fesseln“ im genauen Sinn des Wortes. Es rückt ihn ins allgemeine Bewusstsein. Tabus werden brüchig,

„ewige“ Wahrheiten zeigen Verfallsdatum. Alternativen tauchen auf. Offenbar braucht es Katastrophen, um den Stau aufzulösen und längst formulierte Lernziele ernsthaft anzugehen. Politiker lassen sich von der Wissenschaft belehren und beraten, die sie noch kürzlich weiträumig gemieden haben. Parteistrategisches Fingerhakeln und forsches Twittern kann beim Wählervolk nicht mehr richtig punkten, wenn sich draußen Särge stapeln. Vielleicht haben wir dem Virus mehr zu danken als vorzuwerfen.

Das geht nicht ohne erhöhte Temperatur in den Debatten und irrationale Sumpfbüten an den Rändern. In der Krise zeigt sich die Spannkraft einer offenen Gesellschaft; zugleich aber auch stoßen sich die unterschiedlichen Vorstellungen hart im Raume. Wir setzen die Maske auf. Wir lassen sie aber auch fallen.

Eben noch war der grenzenlos freie Markt das Mantra der Konservativen. Jetzt muss der „Moloch“ Staat Unternehmen und Arbeitsplätze retten. Eben noch waren Krankenhäuser Industriebetriebe, die den Patienten als Kunden definierten. Jetzt rückt wieder der Mensch in den Fokus. Eben noch galt die Schwarze Null als unantastbar. Plötzlich sprudeln die Milliarden aus den Taschen der künftigen Generation. Geringer Lohn war ein Synonym für pflegerische Berufe. Jetzt sind sie „systemrelevant“ und lassen sich nicht mehr mit kollektivem Klatschen vom Balkon abspeisen. Geiz und Gier waren zur Tugend umgedeutet. Nun hagelt es Appelle an die Solidarität der Bürger.

Gewiss: Nur sparsames Wirtschaften schuf den Spielraum für die Unterstützung der notleidenden Branchen. Nur das demokratische System mutet den Bürgern Wahrheiten zu, ohne deren Erkenntnis die Wirklichkeit durch die Finger rinnt. Nur eine freie Presse und der öffentliche Diskurs stellen die Frage und stellen sich der Frage: Was kommt danach? Geht alles wieder auf Anfang oder erkennen wir systemische Strukturen, die man verbessern kann? Denn die Pandemie ist noch nicht zu Ende, und die nächste kommt bestimmt.

Wir erleben einen – in unserer Generation – einzigartigen Feldversuch. Lernen und Arbeiten werden unter den Bedingungen der Seuche neu erfunden. Großgruppen der Gesellschaft machen sehr unterschiedliche Erfahrungen: Der Gesundheitsbereich erfährt eine enorme Aufwertung. Prekär Beschäftigte, Freiberufler, Kulturschaffende erleben existenzbedrohende Verluste. Beamte und Angestellte stellen sich neuen Anforderungen, aber in geschützter Umgebung. Homeoffice und Homeschooling revolutionieren die Kommunikation. Es mangelt an Produktivität durch Begegnung und Austausch. Es steigt der Bedarf an Konzentration und genauen Absprachen. Arbeit ist nicht Arbeitsplatz. Risiken verfestigen sich oder lösen sich auf.

Viel Neues erzwingt die akute Not, aber einmal ausprobiert, wird manches langfristig bleiben. Flexible Arbeitsmodelle, zeit- und energiesparend reduzierter Pendelverkehr, Führung auf Abstand, mehr Selbstverantwortung. Aber auch erhöhter Stresspegel, bedrohter Arbeitsschutz, soziale Schieflage. Nicht jede neue Normalität ist normal.

Auch die schlesischen Weber waren Heimarbeiter. Nicht zu vergleichen mit den heutigen, oder doch? Mindestens die soziale Isolation teilt man sich. Zugehörigkeitsgefühl und Teamgeist korrodieren. Möglich ist vieles, aber ist es auch wünschbar? Für die einen vielleicht, aber auch für die anderen? Differenzierung und Dosierung beeinflussen das Arbeitsergebnis. Eine moderne Arbeitskultur ist Work-Life-Balance. Sie starrt nicht nur auf den Output an Waren oder Leistungen. Sie interessiert sich auch für die Menschen, die beides erbringen.

Die humane Gesellschaft der Zukunft ist keine Gleichung aus Effizienz und Optimierung. Sie bietet nicht andauernd Lösungen, wo gar keine Probleme sind. Technische und ökonomische Intelligenz erreichen vielleicht das Machbare, sind aber vom Wünschbaren noch weit entfernt. Es klingt wie ein Paradox, aber es gibt einen anti-quierten Innovationsbegriff. Der setzt auf reibungsloses Funktionieren, auf Kennziffern, Grenzwerte, Bilanzen. Es geht um brillante Konstruktionen und neue Materialien, um „workflow“, „Synergie“ und Regelwerke. Moderne Innovation folgt einer anderen Intelligenz. Sie gestaltet, beseitigt Stau und Blockade, schafft günstige Bedingungen für das noch Unbekannte. Sie vermittelt behutsam zwischen der digitalen und analogen Welt. „Ich suche nicht“, sagte Picasso einmal von seiner Kunst, „ich finde“. Die Altersweisheit der Zukunft besteht vielleicht darin, immer neugieriger zu werden auf das, was man nicht

„KEIN BEREICH BLEIBT
UNBERÜHRT. DER WANDEL
(GESUNDHEITSPOLITIK, AGRAR-
INDUSTRIE, GLOBALISIERUNG,
KLIMA, DIGITALISIERUNG,
ARBEITS- UND SOZIALPOLITIK),
SCHON LANGE EIN THEMA DER
VERNUNFT, ABER BISHER IM TOTEN
WINKEL DER INTERESSEN, WIRD
MEHRHEITSFÄHIG, CHANCE UND
TREIBENDE KRAFT.“

wissen will. Für eine 80-jährige Frau ist es noch immer das größte Abenteuer, heil über die Straße zu kommen.

Vom Faustkeil bis zum Quantencomputer versucht die technische Intelligenz des Menschen, Raum und Zeit zu überwinden. Vielleicht gibt uns die Pandemie ja den Impuls, beides bewohnbar zu machen.

Wenn man der Bibel glaubt, schufte Gott sechs Tage, um die Welt zu erschaffen. Danach erfand er auch Quarks und Atome, das Periodensystem der Elemente, DNA-Spiralen und die Zahl Pi. Alles griff ineinander und funktionierte reibungslos. Es war grandios, aber steril. Irgendetwas fehlte. Erst am 7. Tag hatte er nach der Schrift die entscheidende Idee: Er erfand die Ruhe, den Lidschlag zwischen den Blicken, den Frieden zwischen den Kriegen, das Schweigen in allen Sprachen. Das Ergebnis der sechs Tage war perfekt. Erst mit dem siebten war es vollkommen.

Ich drehe beherzt und neugierig die nächste Seite um. Mich erwarten Texte, in denen kluge Menschen sich eigene Gedanken machen. Keiner der hier versammelten Autoren wird mir Raum oder Zeit stehlen. Im Gegenteil. Sie werden beides vergrößern und ausgestalten mit ihren Erfahrungen, Erkenntnissen und Ideen. Dafür vorauseilenden Dank! ■

DIE BEDEUTUNG VON ARBEIT FÜR GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE

Sandra Butz, Taner Ekici, Lucas Scheel
Projektteam

Neben den gesundheitlichen Auswirkungen, den wirtschaftlichen Folgen sowie dem politischen Umgang mit der Situation ist durch die Corona-Krise ein Thema ganz besonders in den Fokus der gesellschaftlichen Debatte gerückt: die gesellschaftliche Rolle von Arbeit. Dabei ging es nicht nur um die Angst vor Arbeitsverlust und Massenarbeitslosigkeit und die Bedrohung ganzer Berufsbranchen, sondern ebenso um die Neubewertung der gesellschaftlichen Akzeptanz gewisser Berufsgruppen. Der Begriff der „systemrelevanten“ Berufe entwickelte sich in den ersten Monaten schnell zu einem geflügelten Wort und beleuchtete einmal mehr auch die schwierigen/teilweise prekären Arbeitsbedingungen all jener Berufe wie Pflegekräfte, Lieferanten und Verkäufer, die für das Funktionieren des Staates und der Gesellschaft unabdingbar sind. Noch ist unklar, inwieweit diese und weitere Berufe tatsächlich an Anerkennung gewinnen und sich die Arbeitsbedingungen verbessern werden. Die Debatte macht jedoch deutlich, dass Arbeit heutzutage längst über den einfachen Broterwerb hinausgeht: Die Wertschätzung, die wir durch die Ausübung unserer Tätigkeit erfahren, spielt für viele Menschen eine nicht minderbedeutende Rolle.

Über die Frage nach Sinn und Notwendigkeit philosophierten bereits Sokrates und Platon in der Antike. Dabei hat sich das Verständnis von Arbeit im Laufe der Zeit stetig gewandelt – schwer vorstellbar also, dass sich der zu großen Teilen aus dem 20. Jahrhundert stammende Arbeitsbegriff unserer Zeit auch im 21. Jahrhundert so fortsetzen wird. Das Stichwort „Work-Life-Balance“ rückt nicht nur bei den jüngeren Generationen immer mehr in den Fokus, auch die Sinnhaftigkeit von Jobs wird für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer wichtiger. Im Zuge der Corona-Epidemie scheint sich diese Entwicklung sogar noch zu beschleunigen, indem moderne Arbeitskonzepte, wie die Erweiterung des Homeoffice, dynamisches Arbeiten und die Abschaffung und Neugestaltung von Großraumbüros, vielfach diskutiert und erprobt werden.

INTEGRATIONSPOLITIK FÜR DIE MEHRHEITSGESELLSCHAFT

Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet

Ein Forschungsprojekt der Bonner Akademie in Kooperation mit der Brost-Stiftung unter der Schirmherrschaft von Dr. Joachim Stamp, stellvertretender Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration.

Wie wird die Zukunft der Arbeit aussehen? Spielen diese Überlegungen für viele Menschen überhaupt eine Rolle im Arbeitsalltag? Wie steht es um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht in Büros arbeiten; wie entwickelt sich der Niedriglohnbereich? Und wie wirken sich diese Änderungen auf das Ruhrgebiet aus – eine Region, die sich lange Zeit über die harte körperliche Arbeit unter Tage definiert hat?

Mit seiner Geschichte bietet sich das Ruhrgebiet ganz besonders an, wenn man die aktuellen Entwicklungen in puncto Arbeit genauer untersuchen möchte. Seit jeher nimmt Arbeit im Ruhrgebiet einen hohen Stellenwert ein – nicht nur bezüglich der ökonomischen, sondern ganz besonders auch der identitätsstiftenden Komponente. Durch den viel zitierten Strukturwandel sind viele Jobs aus der Montanindustrie weggefallen, inzwischen hat sich dafür eine hochtechnologische und wissensorientierte Wirtschaft etabliert. Für die Menschen, deren Vorfahren schon seit Generationen in die Tunnel herabgestiegen sind, ist der Berufsstand aber oftmals ein Teil der eigenen Identität, der sich nicht so einfach durch neue Jobs – für die dann häufig noch die



Qualifikationen fehlen – ersetzen lässt. Dazu kommt, dass besonders Langzeitarbeitslosigkeit sowie prekäre Leih- und Zeitarbeitsverträge im Ruhrgebiet an der Tagesordnung sind.

Nach der intensiven Betrachtung der Bedeutung der Quartiersebene für die Reintegration der Mehrheitsgesellschaft, liegt der Schwerpunkt im Projekt und der vorliegenden Publikation nun auf dem Thema **Arbeit und ihrer gesellschaftlichen und individuellen Bedeutung für die Menschen**. Ausgehend von der These, dass Arbeit eine elementare Komponente für gesellschaftliche Teilhabe darstellt, ging es in der konkreten Projektarbeit besonders darum, die Effekte einer geregelten Arbeitsstelle auf die Menschen zu beobachten. Der gesellschaftliche Stand scheint sich heutzutage häufig vom beruflichen Erfolg abzuleiten, weshalb eine sichere und angemessen bezahlte Stelle das Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft erhöhen kann. Im Umkehrschluss kann das Fehlen eines Jobs zum genauen Gegenteil führen: Dass Hartz-IV-Bezieher (oder „Hartzer“) als Schimpfwort auf der Straße benutzt wird, aber auch hohe Stimmen aus Politik und Wirtschaft sich nicht selten despektierlich über Arbeitslose äußern, tragen ihren Teil dazu bei, dass sich Menschen nicht als Teil der Gesellschaft fühlen. Um diese Unterthesen untersuchen zu können, wurden Partnerorganisationen im Ruhrgebiet besucht, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit und somit in die Gesellschaft zu integrieren.

DIESER BAND

In dieser Publikation soll den oben gestellten Fragen sowohl aus theoretischer als auch aus praktischer Perspektive nachgegangen werden. Interdisziplinäre Beiträge über den Arbeitsbegriff und die gesellschaftliche Bedeutung betrachten das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln und gewähren einen möglichst umfassenden Einblick. Wir freuen uns sehr, hierzu renommierte Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis gewonnen zu haben, die sich mit dem Thema intensiv auseinandergesetzt haben.

Die politische Perspektive wird in Form von zwei Interviews beleuchtet. **Karl-Josef Laumann**, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, spricht im Interview über die Bedeutung von Arbeit für Integration und Teilhabe, die besondere Situation im Ruhrgebiet sowie die Auswirkungen der aktuellen Corona-Pandemie.

Die Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, **Serap Güler**, erklärt in ihrem Interview mit Projektmitarbeiter Taner Ekici, wie Integration in Nordrhein-Westfalen gelebt werden kann und wird. Dabei betont sie, dass die Corona-Krise auch die Möglichkeit birgt, das gesellschaftliche Miteinander durch Solidarität und Hilfsbereitschaft zu stärken.

Aus der wissenschaftlichen Perspektive nimmt **Dr. Manuel Becker** vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie (IPWS) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn eine ideengeschichtliche Einordnung des Themas Arbeit vor. Dabei führt er den Leser von der Antike bis in die Moderne und erläutert, wie das Arbeitsbild in verschiedenen Epochen definiert wurde und welchen Wandel es durchlaufen hat. Zum Abschluss geht er ebenfalls auf die Implikationen für unsere Zeit und die weitere Veränderung des Arbeitsbegriffs ein.

Als einer der renommiertesten Armutsforscher in der Bundesrepublik Deutschland betrachtet **Prof. Dr. Christoph Butterwegge** von der Universität zu Köln in seinem Beitrag die Auswirkungen der Arbeitsmarktreform Hartz IV auf unsere derzeitige Gesellschaft. Dabei untersucht er nicht nur, wer die Gewinner und Verlierer der Reform waren und sind, sondern auch, wie diese nachhaltig unser kulturelles und politisches Klima geändert haben. Damit stellt er auch einen direkten Zusammenhang zwischen Armut, Prekarisierung sowie

der Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg und einer Desintegration großer Teile der Gesellschaft fest, welcher mitunter in einer geteilten Gesellschaft mündet.

Prof. Dr. Karlheinz Ruckriegel von der Technischen Hochschule Nürnberg betrachtet das Thema Arbeit aus einem weiteren, erfrischenden Winkel: aus Sicht der Glücksforschung. Dabei geht er nicht nur auf den Glücksbegriff im Allgemeinen ein – was heißt es eigentlich, glücklich zu sein? –, sondern auch darauf, wie Arbeit in diesem Themenkomplex wirkt. Er erläutert, warum gute Arbeit unerlässlich für unser Glücksempfinden ist und formuliert konkrete Handlungsempfehlungen basierend auf der Glücksforschung.

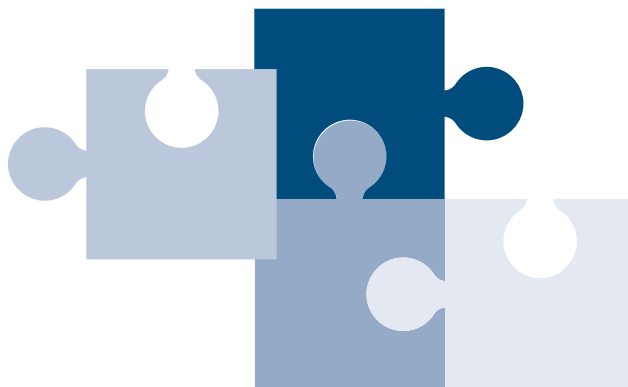
Bei einer umfassenden Betrachtung des Themas Arbeit im Ruhrgebiet darf die Rolle der Gewerkschaften nicht fehlen. Gerade in einer Zeit der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes böten Tarifverträge Sicherheit. Dies argumentiert **Anja Weber**, Vorsitzende des DGB Nordrhein-Westfalen, in ihrem praxisorientierten Beitrag. Integration und gesellschaftliche Teilhabe seien auch immer ein Produkt der wirtschaftlichen Demokratisierung, die im Gegensatz zur politischen Demokratie häufig nicht genug beachtet werde.

Im Rahmen eines inhaltlichen Exkurses präsentiert **Dipl.-Math. Jakob Horneber, M.A.**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie (IPWS) der Universität Bonn, die Ergebnisse der eigens vom IPWS durchgeführten Umfrage zur Mitgliederbeteiligung in CDU- und SPD-Kreisverbänden in Nordrhein-Westfalen. Die Umfrage wurde im Sommer 2020 durchgeführt und gibt Aufschluss darüber, wie die politische Partizipation bei den Kreisverbänden funktioniert: Welche Konzepte wirken, womit können Menschen zur Beteiligung gebracht werden? Gibt es Unterschiede bei verschiedenen Altersklassen, Geschlechtern oder Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund? Somit gibt der Artikel einen ausführlichen, empirischen Überblick über die aktuellen Beteiligungs- und Partizipationstrends in den nordrhein-westfälischen Kreisverbänden.

DAS PROJEKT

In dem auf drei Jahre angelegten Projekt „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ analysiert die Bonner Akademie in Kooperation mit der Essener Brost-Stiftung die Lebensrealitäten der Menschen im Ruhrgebiet. Im Kern der Untersuchungen stehen dabei die Ursachen, die dazu geführt haben, dass sich ein großer Teil der Mehrheitsgesellschaft von politischen und gesellschaftlichen Institutionen vernachlässigt fühlt und sich letztendlich von ihnen entfernt hat. Im Rahmen des Projektes sollen nicht nur das Verständnis für die Sorgen und Ängste dieser Menschen verbessert, sondern auch praxisnahe Ansätze zur (Re-)Integration der „abgehängten“ Bevölkerungsschicht in das politische und gesellschaftliche Leben entwickelt und umgesetzt werden.

Besonders wichtig ist dabei der konkrete Praxisbezug, da nur durch die fundierte Beobachtung und Analyse von Angeboten vor Ort zielgruppengerechte Ansätze entworfen und mit Leben gefüllt werden können. Aufbauend auf einer Untersuchung der Situation im Ruhrgebiet und der Evaluation ausgewählter Bildungs- und Teilhabeangebote – die gleichzeitig auch das im Ruhrgebiet bestehende Angebot in seinen verschiedenen Facetten darstellen – können Vorschläge entwickelt werden, die in konkrete Projekte für junge und alte Menschen einfließen werden. Hierbei ist es uns wichtig, nicht nur auf unser theoretisches Verständnis von Integrationskenntnissen zurückzugreifen, sondern mit den Menschen vor Ort erfahrungsorientiertes Wissen zu sammeln und weiterzuverarbeiten. Der besondere Fokus liegt auf der Fragestellung, welche Angebote benötigt werden, um eine intergenerationale und interkulturelle – und somit gesamtgesellschaftliche – Integrationspolitik zu gewährleisten. ■





I. POLITISCHE PERSPEKTIVE



INTERVIEW

BEDEUTUNG DER ARBEIT FÜR INTEGRATION UND TEILHABE

mit Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

© Land NRW/R. Sondermann



In Deutschland und gerade in Nordrhein-Westfalen und dem Ruhrgebiet zeigen sich die Entwicklungen, die das Thema Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten erfahren hat, besonders eindrucksvoll. Mit dem gesellschaftlichen, sozialen und vor allem wirtschaftlichen Strukturwandel, ausgelöst durch den stetigen Niedergang der Montanindustrie und dem produzierenden Gewerbe, begann ein langwieriger Prozess, der bis heute im Ruhrgebiet aber auch in anderen Teilen der Republik noch nicht abgeschlossen ist. Dabei steht vor allem der Arbeitnehmer und Bürger im Mittelpunkt und die Frage, welchen Stellenwert Arbeit als Faktor für gesellschaftliche Teilhabe hat.

Im Rahmen unserer Forschungs- und Projektarbeit haben wir als Projektteam der Bonner Akademie ein Interview mit dem nordrhein-westfälischen Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Karl-Josef Laumann geführt und uns mit ihm über die Bedeutung von Arbeit für Integration und Teilhabe, die besondere Situation im Ruhrgebiet sowie die Auswirkungen der aktuellen Corona-Pandemie ausgetauscht.

„IN ARBEIT ZU INTEGRIEREN IST DAS EINE.
DAS ANDERE THEMA, DAS MIR GENAUSO WICHTIG IST,
IST DIE MENSCHEN IN ARBEIT ZU HALTEN.
DARUM STECKEN WIR EINE MENGE AN FINANZIELLEN
MITTELN IN DIE BERATUNG VON UNTERNEHMEN UND
BESCHÄFTIGTEN, UM DEN STRUKTURWANDEL AM
ARBEITSMARKT ERFOLGREICH ZU MEISTERN.“

Arbeit nimmt in unserer Gesellschaft eine äußerst wichtige Rolle ein. Dabei dient sie oftmals nicht nur der Existenzsicherung, sondern erfüllt auch eine prägende und persönlichkeitsbildende Funktion. Welche Rolle spielt eine geregelte Arbeit für die gesellschaftliche Teilhabe des Einzelnen?

Ein zentrales Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft ist die Teilhabe durch Erwerbsarbeit. Welche Bedeutung Arbeit für den Einzelnen hat, wird erst deutlich, wenn plötzlich keine Arbeit mehr da ist. Schauen Sie, was Arbeitslosigkeit mit den Menschen macht: Verlust von sozialen Beziehungen, fehlende Anerkennung, gesundheitliche Einschränkungen, Entqualifizierung, Isolation, Armut, familiäre Spannungen und Konflikte. Oder einfacher gesagt: Ohne Arbeit gehöre ich nicht dazu! Arbeit ist auch dazu da, dass man sich darin wiederfindet. Arbeit verleiht Würde.

Arbeit ist aber nicht gleich Arbeit. Mir geht es im Interesse der Beschäftigten und der Unternehmen um faire Arbeitsbedingungen. Arbeit, die das Auskommen sichert, die Gesundheit sowie die Leistungs- und Beschäftigungsfähigkeit erhält und identitätsstiftend ist. Zugleich sollte es den Beschäftigten möglich sein, Einfluss auf ihre Arbeits- und Entlohnungsbedingungen nehmen zu können. Das verstehe ich unter guter Arbeit, die gesellschaftliche Teilhabe sichert.

Glauben Sie, dass einige Menschen nicht genug Wertschätzung in der Gesellschaft durch ihre Arbeit erfahren?

Ja, das glaube ich. Und ich arbeite jeden Tag daran, dass sich das ändert. Schauen Sie wie selbstverständlich wir im Supermarkt jeden Tag zu frischem Obst und Gemüse greifen oder an der Fleischtheke unser Schnitzel bestellen. Dafür wird jeden Tag harte Arbeit auf den Feldern und in den Schlachthöfen geleistet. Das ist uns heute vielfach gar nicht mehr bewusst und wir nehmen vieles als selbstverständlich hin.

Wir alle wollen, dass unsere Eltern und Großeltern im Pflegefall gut betreut werden und wir im Krankheitsfall bestens gepflegt werden. Das gibt es aber alles nicht umsonst.

Wertschätzung erfahren die Menschen nicht nur durch warme Worte und Applaus, sondern manchmal ist es auch der Euro extra im Portmonee, der dann fällig wird. Das sollte es uns als Gesellschaft wert sein.

„EIN ZENTRALES VERSPRECHEN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT IST DIE TEILHABE DURCH ERWERBSARBEIT. WELCHE BEDEUTUNG ARBEIT FÜR DEN EINZELNEN HAT, WIRD ERST DEUTLICH, WENN PLÖTZLICH KEINE ARBEIT MEHR DA IST.“

Sowohl das Verständnis von Arbeit als auch die Erwartungen an die Arbeitsstelle befinden sich in einem stetigen Wandel. Wie wird die Arbeit von Morgen aussehen?

Diese Frage zu beantworten, ist nicht leicht. Die Arbeitswelt hat sich in der Vergangenheit stetig und unaufhaltsam verändert. Hätten Sie meinen Vorgänger vor fünfzig Jahren gefragt, hätte er wahrscheinlich nicht von Digitalisierung und HomeOffice gesprochen.

In den vergangenen Jahren hatten wir viele gute Entwicklungen. Im Vergleich zu früher ist Arbeit für viele Menschen körperlich deutlich weniger anstrengend. Es gibt viele Berufe, in denen Menschen kreativ tätig werden und sich entfalten können. Auch wenn die Pandemie die Entwicklung zuletzt gebremst hat, so stehen vielen Jugendlichen heute alle Türen offen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist noch nicht immer möglich, gelingt insgesamt aber schon viel besser als früher.

Leider treffen diese positiven Entwicklungen nicht auf alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu. Daher sehe ich es als politische Aufgabe an, dafür zu sorgen, dass möglichst viele Menschen von den positiven Entwicklungen profitieren. Das ist auch ein Zukunftsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft.

Unabhängig davon, wie die Arbeit von Morgen genau aussehen wird, ist mir wichtig, dass die Arbeitswelt menschlich bleibt. Menschen sind keine Maschinen, sie können nicht einfach ein- und wieder ausgeschaltet werden. Jeder Mensch hat eine unverletzliche Würde, die es bei der Arbeit unbedingt zu schützen gilt. Dies kann nur dann gelingen, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer die

Arbeitswelt gemeinsam gestalten. Sozialpartnerschaft und echte Arbeitnehmermitbestimmung bilden für mich daher ganz wesentliche Grundlagen für eine gute Arbeit von morgen.

Das Ruhrgebiet weist eine für Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote auf. Gerade dadurch, dass Arbeit einen so hohen Stellenwert genießt, liegt es nahe, anzunehmen, dass Arbeitslosigkeit negative Effekte auf Teilhabe und Selbstvertrauen der Betroffenen hat. Welche Auswirkungen hat die weitverbreitete Arbeitslosigkeit auf das Ruhrgebiet insbesondere?

Arbeitslosigkeit ist als individuelles Schicksal schlimm, als kollektive Erfahrung verheerend. Im Ruhrgebiet haben wir Regionen, wo jedes zweite Kind auf Leistungen aus der Grundsicherung angewiesen ist. Hier finden wir die höchste Zahl von Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen und auch im bundesweiten Vergleich gibt es im Ruhrgebiet Regionen, die traurige Spitzenreiter bei der Arbeitslosigkeit sind. Der anhaltende Strukturwandel schlägt hier mit voller Wucht zu. Aber es wird besser. Aus vielen Städten kommen positive Signale und die Förderprogramme zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit werden vor allem im Ruhrgebiet stark genutzt. Wenn wir Förderprogramme auflegen, dann schauen wir immer, welche Regionen die Unterstützung am dringendsten notwendig haben. Das ist mir besonders wichtig und so können wir gerade die Situation im Ruhrgebiet verbessern. Auch die Ruhrkonferenz der Landesregierung setzt wichtige Impulse.

Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen Langzeitarbeitslosigkeit und/oder Beschäftigung im Niedriglohnsektor und einer steigenden Entfremdung von Politik und Gesellschaft?

Klar, wenn Sie keine Arbeit haben, dann ist das ein riesiges Problem. Ich habe gerade schon gesagt, dass Arbeit soziale Teilhabe an der Gesellschaft sichert und Identifikation mit den Institutionen und dem Staat fördert. Wenn Sie aber nach steigender Entfremdung von Politik und Gesellschaft fragen, dann muss ich ganz klar sagen, Arbeitslosigkeit ist nicht der Hauptgrund. Auf den Straßen sehen wir gerade verstärkt wieder Menschen, die glauben, dass wir Ihnen mit unseren Maßnahmen zum Schutz vor der Corona Pandemie in eine neue Diktatur schlittern. Mit Arbeitslosigkeit hat das wenig zu tun. Natürlich kann Arbeitslosigkeit verstärkend wirken, aber diese Menschen haben wir an anderer Stelle verloren.

Welche Maßnahmen trifft Ihr Ministerium, um diese Menschen wieder in Arbeit zu integrieren?

Zunächst einmal geht es darum, Arbeitslosigkeit erst gar nicht entstehen zu lassen. Jeden Jugendlichen, der wir in die duale Ausbildung bekommen, ist ein Gewinn für die Zukunft und ein potentieller Arbeitsloser weniger. Mir geht es also darum, nicht erst anzusetzen, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, sondern frühzeitig zu intervenieren. Da sind wir gut aufgestellt. Wenn Sie aber 10 Jahre lang arbeitslos gewesen sind, dann braucht es andere Ansätze. Mit dem Teilhabechancengesetz haben wir seit dem 1. Januar 2019 ein neues Förderinstrument für Langzeitarbeitslose in den Jobcentern zur Verfügung, das ein Meilenstein in der Arbeitsmarktpolitik ist. Wir erreichen damit bereits rund 15.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen. Für die Umsetzung habe ich mich immer stark gemacht.

In Arbeit zu integrieren ist das eine. Das andere Thema, das mir genauso wichtig ist, ist die Menschen in Arbeit zu halten. Darum stecken wir eine Menge an finanziellen Mitteln in die Beratung von Unternehmen und Beschäftigten, um den Strukturwandel am Arbeitsmarkt erfolgreich zu meistern.

Die Corona-Krise und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen betreffen viele Arbeitgeber und -nehmer in Nordrhein-Westfalen. Welche Folgen wird dies für wirtschaftlich schwache Kommunen in NRW haben?

Das lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abschätzen. Wie stark Gewerbesteuererinnahmen zurückgeben und was das für die Kommunen bedeutet, wissen wir schlicht noch nicht. Mit den umfangreichen Hilfsangeboten hat die Landesregierung jedoch gute und schnelle Unterstützung für die Unternehmen bereitgestellt und entlastet die Kommunen an einigen Stellen.

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden die Kommunen bei den Unterkunftskosten, die einen großen Posten im kommunalen Haushalt ausmachen, deutlich entlastet. Davon profitieren vor allem wirtschaftlich schwache Kommunen mit einem hohen Anteil an Leistungsbeziehern.

Werden Ihrer Erfahrung nach sozial benachteiligte Menschen besonders hart von Krisen getroffen?

Verschiedene aktuelle Studien zeigen, dass die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen kurz- und mittelfristig zu einer Verschärfung der Lebens-

situation einkommensärmerer und sozial ausgegrenzter Menschen führen werden. Ich nenne ein Beispiel: ALG-2-Empfänger haben ein um 84 Prozent höheres Risiko für einen COVID-19-bedingten Krankenhausaufenthalt (ALG-1-Empfänger ein um 17,5 % erhöhtes Risiko) als Erwerbstätige in regulärer Beschäftigung.¹

Menschen in prekärer Beschäftigung, mit niedrigem Einkommen und geringer Schulbildung sind zudem besonders von sozialen, psychischen und wirtschaftlichen Auswirkungen betroffen. Sie haben zum Beispiel während der Pandemie spürbar häufiger an Einkommen eingebüßt, bei Kurzarbeit erhalten sie deutlich seltener eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes, und sie fürchten etwa doppelt so häufig als Folge der Pandemie ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Diese Situation hat auch Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche – Einkommensarmut, beengte Wohnverhältnisse, Beschränkungen im Kita- und Schulbereich, mangelhafte Ausstattung mit neuen Medien verstärken die Bildungsungleichheit und verschlechtern die Zukunftschancen.

Die Corona-Pandemie hat zu einem gesellschaftlichen Nach- und Umdenken in vielen Bereichen geführt. Dabei wurden Rufe nach alternativen Formen der Arbeit und des sozialen Ausgleichs (Stichwort Grundeinkommen) lauter. Beschäftigt sich Ihr Ministerium mit solchen alternativen Ideen?

Selbstverständlich beschäftigt sich das Arbeitsministerium in Nordrhein-Westfalen mit allen Überlegungen, die Teil der arbeitsmarktpolitischen Diskussion sind.

Die aktuelle Corona Krise sollte jedoch nicht dazu verleiten, leichtsinnig unser Sozial- und Wirtschaftssystem in Frage zu stellen. Vielmehr zeigt der Sozialstaat, um den uns viele beneiden, gerade in dieser Krise seine enorme Leistungs- und Anpassungsfähigkeit. Dazu gehört auch die Grundsicherung für Arbeitsuchende, die gerade nicht bedingungslos ist und es aus meiner Sicht auch niemals sein sollte. Mit den Änderungen zum erleichterten Zugang zur Grundsicherung für Arbeitsuchende werden viele Familien, Kleinunternehmer und Solo-Selbstständige zügig unterstützt und vor dem sozialen Absturz bewahrt.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist für mich kein zielführender Handlungsansatz. Die Menschen wollen keine Almosen, sondern über Erwerbsarbeit ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Arbeit ist zudem mehr als Broterwerb und hat für die Menschen einen besonderen Wert. Arbeit sichert soziale und gesellschaftliche Teilhabe.

Deshalb sorgen wir beispielsweise dafür, dass durch Kurzarbeiterregelungen Arbeitsplätze gesichert werden und durch arbeitspolitische Maßnahmen Menschen nicht über viele Jahre von der Arbeitswelt ausgeschlossen werden.

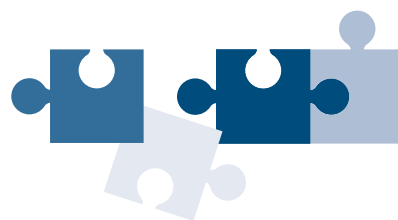
In den vergangenen Monaten standen ‚systemrelevante‘ Berufsgruppen im Mittelpunkt, die sich häufig über fehlende finanzielle und soziale Anerkennung beklagen. Wird sich unser Verständnis von Arbeit ändern müssen?

Nein, was sich ändern muss, ist die Wertschätzung von unterschiedlichen beruflichen Tätigkeiten. Jede Tätigkeit ist wertvoll und verdient unsere Anerkennung. Auch Menschen ohne geregelte Erwerbstätigkeit erbringen häufig durch freiwilliges Engagement einen tollen Beitrag. Ich wünsche mir, dass beispielsweise der Wert einer dualen beruflichen Ausbildung genauso wertgeschätzt wird wie ein Studium. Denn wenn wir ehrlich sind, haben sie damit auf dem Arbeitsmarkt häufig sogar bessere Karten als mit einem mittelmäßigen Hochschulabschluss. Wenn Sie nach den sog. systemrelevanten Berufsgruppen fragen, dann wünschen ich mir natürlich mehr Anerkennung. Und wenn es um die finanzielle Anerkennung geht, dann kann ich nur dazu raten, sich gewerkschaftlich zu organisieren und für eine faire Entlohnung auf Basis von Tarifverträgen zu kämpfen. Die fehlende Tarifbindung ist nämlich häufig genau der Knackpunkt. Wir brauchen endlich flächendeckende Tarifverträge in den systemrelevanten Berufen.

Vielen Dank! ■

ANMERKUNGEN

¹ Dragano, Nico et. al. (2020): Higher risk of COVID-19 hospitalization for unemployed: an analysis of 1,298,416 health insured individuals in Germany. Institute of Medical Sociology, Centre for Health and Society, Medical Faculty, University of Duesseldorf. S.8.



INTERVIEW

TEILHABE UND GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION IM RUHRGEBIET

mit Serap Güler, Staatssekretärin für Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Taner Ekici

Projektmitarbeiter der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik



Staatssekretärin Serap Güler und der Projektmitarbeiter Taner Ekici

Auch in der aktuellen Corona-Krise zeigt sich erneut, wie stark sich gegenüberstehende Meinungen polarisieren. In mehreren deutschen Städten haben sich in den vergangenen Wochen Proteste gegen die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie formiert. Die Proteste reichen von wenigen hundert bis mehreren tausend Teilnehmern in den Großstädten. Dabei unterscheiden sich die Demonstrationen in Umfang und Dimension untereinander stark. Nicht selten zeigen sich Tendenzen, dass sich bei den Protesten politische Lager zum Teil

gegenüberstehen und ihre allgemeine Unzufriedenheit mit den politischen und gesellschaftlichen Umständen zum Ausdruck bringen. Dabei verdeutlicht sich längst, dass sich hier verschiedene politische und gesellschaftliche Narrativen miteinander vermischen und unter dem Deckmantel der Pandemie-Proteste zutage treten. So werden von einigen Teilnehmern von Großdemonstrationen auffällig starke antidemokratische Haltungen geäußert, die sich mit rechten Verschwörungsmythen vermischen.

Nun spiegelt sich auch in dieser Thematik übertragen die Relevanz und Fragestellung unseres Forschungsprojektes wider: Dabei geht es vor allem um die Problematik und Frage, ob sich Teile der Gesellschaft als nicht mehr zugehörig und gehört empfinden. Daraus resultiert auf der einen Seite die Überlegung, ob man diese Menschen überhaupt wieder „reintegrieren“ kann und auf der anderen Seite, mit welchen Mitteln dies erfolgreich gelingen kann?

In einem ausführlichen Interview mit der Nordrhein-Westfälischen Staatssekretärin für Integration im Mi-

nisterium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, Serap Güler, gehe ich unter anderem diesen und weiteren Fragen nach. Als langjährige, in verschiedenen Positionen tätige Politikerin setzt sie sich nicht nur mit der Integration von Zugewanderten im klassischen Sinne auseinander, sondern kennt die im Rahmen unseres Projektes untersuchten vielfältigen Problemlagen strukturschwacher Quartiere und Stadtteile aus erster Hand aus ihrem eigenen Wahlkreis Köln VII (Köln-Mülheim). Viele der im Ruhrgebiet erkannten Probleme kommen in ähnlicher Weise auch in Stadtteilen der Millionenstadt zum Tragen.



Glauben Sie, dass ein Bedarf besteht, auch die sogenannte Mehrheitsgesellschaft zu (re-)integrieren?

Ich mag den Begriff der Mehrheitsgesellschaft, der eine oder mehrere Minderheitsgesellschaften gegenüberstehen sollen, überhaupt nicht. Wir haben es in Deutschland und in allen westlichen Ländern mit Gesellschaften zu tun, die vielfältig sind – das macht ja gerade unsere Stärke aus. Es gibt natürlich soziale, kulturelle oder auch religiöse Unterschiede – aber es gibt kein Gegenüber oder gar Gegeneinander zweier Blöcke, von denen der eine sich Mehrheit nennt und der andere Minderheit heißt. Zu wem soll denn der iranisch-stämmige Zahnarzt gehören? Zur Mehrheit, weil er deutscher Staatsbürger ist und gut verdient oder zur Minderheit, weil er Muslim ist? Diese schematische Aufteilung unserer diversen Gesellschaften ist ein Konstrukt von Selbst- und Fremdzuschreibungen, das keinen Sinn ergibt. Das ist, um es vorsichtig zu sagen, unterkomplex.

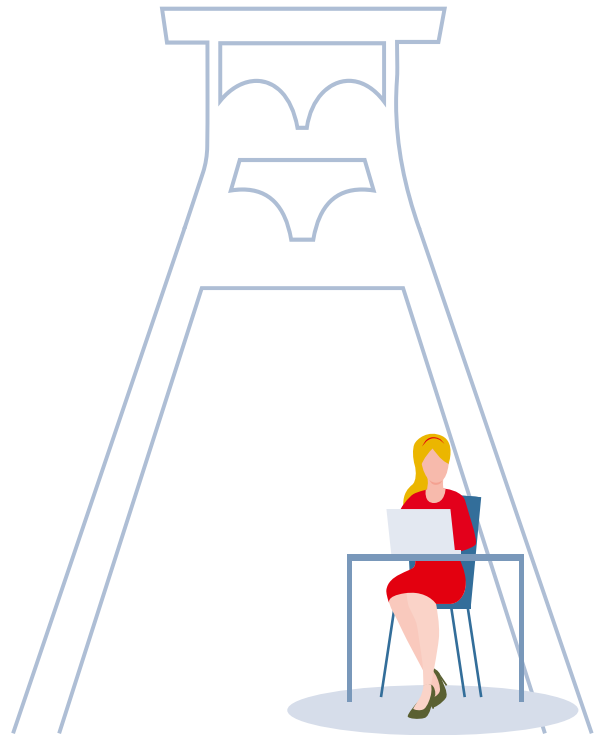
Jeder, der etwas von Integration versteht, weiß, dass es sich dabei nicht um einen Prozess handelt, der nur den Menschen mit Einwanderungsgeschichte etwas abverlangt. Die Gesellschaft als Ganzes ist gefordert. Natürlich

müssen sich Einwanderinnen und Einwanderer integrieren. Dazu gehört auch, dass sie die deutsche Sprache lernen, einen Job finden und die Gesetze unseres Landes befolgen – insbesondere unser Grundgesetz. Aber ganz genauso dürfen wir von Staat und Gesellschaft verlangen, dass sie den Prozess der Integration aktiv unterstützen. Sie müssen die Voraussetzungen für Teilhabe und Miteinander schaffen und einschreiten, wenn es zu Rassismus und Diskriminierung kommt. Und, das ist mir besonders wichtig, der Staat muss bereit sein, seine eingewanderte Bevölkerung rechtlich gleichzustellen und ihr die Möglichkeit zur Einbürgerung anzubieten – und zwar großzügig. Ich arbeite nicht für Mehrheiten oder Minderheiten, sondern für eine Gesellschaft, in der sich alle Bürgerinnen und Bürger mit diesem Land identifizieren auf der Grundlage gleicher Rechte und Pflichten.

Inwiefern zeigt sich die allgemeine politische Stimmung (wachsender Populismus, Islamophobie, Unzufriedenheit) in NRW bzw. insbesondere im Ruhrgebiet?

Aktuell erleben wir ja das genaue Gegenteil dessen, was Sie in der Frage andeuten: Die Corona-Krise führt die Menschen zusammen. Die übergroße Mehrheit verhält sich im

„DIE CORONA-KRISE FÜHRT DIE MENSCHEN ZUSAMMEN. DIE ÜBERGROSSE MEHRHEIT VERHÄLT SICH IM BESTEN SINNE SOZIAL UND VERANTWORTLICH, SO SCHWER DAS AUCH FÄLLT. ICH BEOBACHTETE EINE GROSSARTIGE SOLIDARITÄT. ALTEN MENSCHEN WIRD GEHOLFEN, ES WIRD ESSEN VORBEIGEBRACHT, MAN SINGT GEMEINSAM AUF DEN BALKONEN. IM ANGESICHT DER BEDROHUNG DURCH DAS CORONA-VIRUS VERLIEREN UNTERSCHIEDE DER HERKUNFT ODER RELIGION AN BEDEUTUNG.“



besten Sinne sozial und verantwortlich, so schwer das auch fällt. Ich beobachte eine großartige Solidarität. Alten Menschen wird geholfen, es wird Essen vorbeigebracht, man singt gemeinsam auf den Balkonen. Im Angesicht der Bedrohung durch das Corona-Virus verlieren Unterschiede der Herkunft oder Religion an Bedeutung. Das ist ja genau das, was die Populisten von rechts so stört, die auf Spaltung und Schuldzuweisung setzen und nun aller Orten Zusammenhalt und Gemeinschaftssinn erleben. In der aktuellen Situation stehen die Menschen zusammen, ob sie nun eine Einwanderungsgeschichte haben oder keine, ob sie alt sind oder jung. Ich setze darauf, dass uns diese prägende Erfahrung von Solidarität und Rücksichtnahme auch nach dem Ende der Corona-Krise erhalten bleibt. Unsere Gesellschaft kann daraus gestärkt und geeint hervorgehen.

Natürlich werden Populismus und Islamophobie nicht einfach verschwinden, im Ruhrgebiet genauso wenig wie in ganz Deutschland. Ressentiments und negative Einstellungen gegenüber Menschen muslimischen Glaubens sind weit verbreitet. Es gibt latente und offene Diskriminierung, verbale Abwertungen, Beleidigungen und Drohungen bis hin zu gewaltsamen Angriffen und Mordanschlägen. Damit dürfen und werden wir uns nicht abfinden – als

Gesellschaft und als Landesregierung. Wir suchen den Dialog mit den Muslimen und ihren Organisationen und arbeiten engagiert an einer stärkeren Anerkennungskultur: Wir müssen vor allem den jüngeren Muslimen das Gefühl vermitteln, dass sie zu dieser Gesellschaft gehören, ganz egal woher ihre Eltern kommen. Um diesen Prozess zu unterstützen, haben wir in unserem Ministerium eine Koordinierungsstelle Muslimisches Engagement eingerichtet. Damit machen wir den gesellschaftlichen Beitrag von Musliminnen und Muslimen besser sichtbar und sorgen für eine Vernetzung vieler spannender Initiativen, die unter anderem in den Bereichen Umwelt, Inklusion, Kultur, Brauchtumpflege, Frauen und Familie oder auch LSBTIQ aktiv sind.*

Warum fühlen sich immer mehr Menschen „abgehängt“ oder „ausgegrenzt“? Welche Bevölkerungsgruppen sind Ihren Erfahrungen nach besonders stark „betroffen“?

Diese Analyse stimmt nur zum Teil. Ich habe vor dem Corona-Virus ganz oft Menschen getroffen, die positiv eingestellt sind, die aktiv und kreativ etwas verändern wollen, die sich engagieren in politischen Parteien, in kommunalen Parlamenten, in Integrationsräten oder in

„ES GIBT IM RUHRGEBIET EINE RELATIV UNGÜNSTIGE DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG. AUS VIELEN STÄDTEN HAT ES ABWANDERUNG GEGEBEN. AUCH SEHEN WIR IM RUHRGEBIET EINE HÖHERE ARBEITSLOSIGKEIT UND MEHR LOKAL VERDICHTETE ARMUT ALS ETWA IN OSTWESTFALEN ODER ANDEREN REGIONEN. WIR MÜSSEN ALLES DAFÜR TUN, UM DAS RUHRGEBIET ALS METROPOLREGION ZU STÄRKEN UND SEINE POTENZIALE IMMER WIEDER HERAUSSTELLEN.“

Moscheegemeinden. In den vergangenen Monaten haben sich hunderttausende von jungen Menschen für den Klimaschutz eingesetzt. Das ist großartig, denn da wächst eine neue aufgeweckte Generation heran, die mutig ist und gestalten möchte. Mich stimmt das zuversichtlich.

Es gibt aber auch wirklich messbare Fortschritte bei der Integration. Ich denke da etwa an die steigende Zahl von Abiturientinnen und Abiturienten mit Einwanderungsgeschichte oder der bemerkenswerten Integration vieler Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt. Diese Entwicklung kann man auch in unserem jüngsten NRW-Integrationsmonitoring erkennen.

Aber natürlich gibt es auch Menschen, die sich „abgehängt“ fühlen. Wenn jemand seine Arbeit verliert, weil die hart erarbeitete Qualifikation nicht mehr in unsere digitale Zeit passt, ist so ein Gefühl fast unausweichlich. In diesen Fällen müssen wir als Staat rasch mit Qualifizierungsmaßnahmen und Unterstützung reagieren. Aber es gibt eben auch Menschen, die behaupten, sie würden abgehängt, die es aber objektiv gar nicht sind. Ich denke da an alle, die lautstark erklären, Einwanderer und Flüchtlinge würden ihren Lebensstandard gefährden und die Identität unseres Landes bedrohen. Das ist natürlich überhaupt nicht der Fall. Natürlich gibt es auch Heraus-

forderungen – und denen nehmen wir uns auch an. Aber dennoch ist die Integration in weiten Teilen bei uns eine Erfolgsgeschichte. Aber ich will nicht alles schönreden: Tatsächlich haben wir gerade bei den jüngeren Menschen mit Migrationsgeschichte in der dritten oder vierten Generation oft den Eindruck, dass sie sich ausgegrenzt fühlen. Sie entwickeln dann mit der Zeit auch eine Trotzreaktion und sagen: „Diese Gesellschaft will mich nicht? Okay, dann will ich auch nicht dazugehören!“ Das hat viel mit unserer Debattenkultur zu tun, die nicht immer denselben Maßstab angelegt.

Denken Sie an die Debatte über Mesut Özil. Ja, das Foto war eine Dummheit, aber die Diskussion, die darüber geführt wurde, das Fazit, dass man Özil quasi das Deutschein abgesprochen hat, war dümmer. Gleichzeitig ist eine ähnliche Debatte um Lothar Matthäus, der ein Foto mit Putin gemacht hat, ausgeblieben. Warum eigentlich? Bei so schrägen Debatten sind jüngere Menschen zurecht sensibler. Es soll auch gar nicht darum gehen, Menschen für ihre Fehlritte nicht mehr zu kritisieren – aber berechtigte Kritik muss für alle gelten. Ansonsten verfestigt sich der Eindruck, man gehöre nur dann dazu, solange man gut ist und keine Fehler macht.

Welche besonderen Herausforderungen ergeben sich in strukturschwachen Regionen z. B. dem Ruhrgebiet aufgrund des Kontextes von Strukturwandel etc.?

Es gibt im Ruhrgebiet eine relativ ungünstige demographische Entwicklung. Aus vielen Städten hat es Abwanderung gegeben. Auch sehen wir im Ruhrgebiet eine höhere Arbeitslosigkeit und mehr lokal verdichtete Armut als etwa in Ostwestfalen oder anderen Regionen. Wir müssen alles dafür tun, um das Ruhrgebiet als Metropolregion zu stärken und seine Potenziale immer wieder herausstellen. Das gilt gerade auch für den Wettbewerb um qualifizierte Einwanderer und die Ansiedlung von Zukunftsbranchen. Im Ruhrgebiet hat sich in den letzten 20 Jahren die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft gut entwickelt. Wir als Landesregierung wissen um die besonderen Herausforderungen in dieser Region. Deswegen tun wir etwas. Eine von zahlreichen Initiativen, auf die ich besonders stolz bin, ist das Format „Ruhr-Konferenz“. Wir wollen mit den Menschen vor Ort einen Veränderungsprozess für ihre Region anstoßen, so dass die Potenziale besser genutzt werden können. Als Integrationsministerium haben wir hier ein Forum zum Thema #Chancen, #Vielfalt, #Aufstieg koordiniert. Dabei ging es insbesondere um die Talentförderung junger Menschen. Sie sind die Zukunft der Region – und sollen alle Chancen bekommen, ihre Zukunft positiv zu beeinflussen.

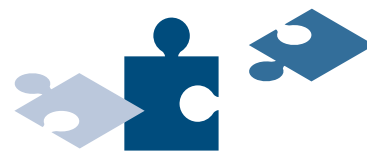
Welche Rolle können gesellschaftliche Akteure (Zivilgesellschaft, Arbeitgeber, etc.) spielen, um Unzufriedenheit und Ängsten entgegenzuwirken?

Alle sind gefordert! Ich habe in der der Zeit vor Corona viele Unternehmerinnen und Unternehmer getroffen, die sich mit großem Engagement der Ausbildung von Flüchtlingen widmen. Diese vorbildliche Arbeit kommt der Gesellschaft als Ganzes zugute. Wissenschaftliche Untersuchungen deuten auf eine enge Beziehung zwischen der Innovationsfähigkeit eines Unternehmens und der Heterogenität der Belegschaft hin. Die kulturelle Vielfalt der Menschen gerade im Ruhrgebiet ist ein wesentlicher Faktor, der neue Produkte und Dienstleistungen entstehen lässt. Die Universität Duisburg-Essen etwa ist ein Beispiel dafür, dass die gelebte Vielfalt der Lehrenden und Lernenden auf dem Campus erfolgsversprechend ist und eine Basis für die Entwicklung neuer Ideen, Konzepte und Projekte darstellt.

Hervorheben möchte ich an dieser Stelle auch die Arbeit der Migrantenorganisationen, die heute ein nicht mehr weg zu denkender Player in der Integrationspolitik sind. Staat und Zivilgesellschaft arbeiten in NRW ohnehin eng zusammen, wenn es darum geht, mehr Teilhabe und Integration zu ermöglichen. Wir haben die gute Kooperation von Staat und Zivilgesellschaft in NRW auch institutionalisiert und den Beirat der Landesregierung für Teilhabe und Integration eingerichtet, in dem fast 50 hochrangige Expertinnen und Experten mit und ohne Einwanderungsgeschichte aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft vertreten sind. Gemeinsam mit dem Beirat haben wir die Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030 entwickelt, ein Kompass für unsere Politik und für die Zivilgesellschaft in den kommenden zehn Jahren. Wir sagen: Nordrhein-Westfalen soll auch weiterhin Motor der Integrationspolitik in Deutschland sein. Dafür wollen wir Teilhabe ermöglichen und Chancen für die Menschen in unserem Land schaffen – und zwar ganz unabhängig davon, wo sie herkommen, an wen sie glauben oder wen sie lieben.

Worin liegen die Gründe für Enttäuschung und Misstrauen gegenüber Politikern und Strukturen? Warum entscheiden sich immer mehr Menschen rechtspopulistisch zu wählen?

Die große Mehrheit der Menschen in unserem Land ist mit den demokratischen Parteien und ihren Vertreterinnen durchaus zufrieden. Das zeigen nicht zuletzt die Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen deutlich. Bei der Landtagswahl 2017 erhielt die AfD 7,4 Prozent. CDU, SPD,



„DASS ES UNZUFRIEDENHEIT GIBT, IST DOCH NORMAL. DAS GEHÖRT ZU EINER GESELLSCHAFT, IN DER JEDER UND JEDE SEINE MEINUNG FREI ÄUSSERN KANN. KRITISCH WIRD ES DANN, WENN SICH DIESE UNZUFRIEDENHEIT POLITISCH ORGANISIERT UND ZWAR IN GEGNERSCHAFT ZU UNSERER FREIHEITLICHEN DEMOKRATIE.“

Grüne und FDP – also die Parteien der demokratischen Mitte – brachten es zusammen auf 83,2 Prozent. So viel Enttäuschung und Misstrauen mit den etablierten Parteien sehe ich in diesem Ergebnis nicht.

Dass es Unzufriedenheit gibt, ist doch normal. Das gehört zu einer Gesellschaft, in der jeder und jede seine Meinung frei äußern kann. Kritisch wird es dann, wenn sich diese Unzufriedenheit politisch organisiert und zwar in Gegnerschaft zu unserer freiheitlichen Demokratie. Die Ergebnisse der AfD in einigen Teilen Deutschlands stimmen mich traurig. Aber gerade die jetzige Corona-Krise zeigt: Wenn es wirklich um etwas geht, wenn wirklich etwas für jeden Einzelnen auf dem Spiel steht, dann kehren die unzufriedenen Bürgerinnen und Bürger auch wieder zu den Parteien der Mitte zurück.

Kann man diese Wähler zurückgewinnen? Wenn ja, wie können die etablierten Parteien dies bewerkstelligen?

Wir würden unsere Aufgabe als Demokratinnen und Demokraten nicht ernst nehmen, wenn wir die Wähler populistischer Parteien dauerhaft im Abseits stehen ließen. Wie holen wir sie zurück? Ganz sicher nicht durch Anbiederung und unkritische Übernahme einiger Positionen. Die Er-

fahrung zeigt, dass die Wähler dann lieber beim Original bleiben. Besser ist es, fest zu den eigenen Grundüberzeugungen zu stehen und mit langem Atem konstruktiv an Lösungen zu arbeiten. Ich bin sicher, dass sich gute Sacharbeit, die das Leben der Menschen verbessert, langfristig immer auszahlt. Denn genau darin ist die AfD schwach. Sie sucht nicht nach Lösungen, sondern nach vermeintlich Schuldigen. Diese billigen Provokationen haben aber die meisten Leute längst durchschaut.

Chancengleichheit bedeutet Teilhabe an allen Bereichen unserer Gesellschaft, auch der Teilhabe durch Arbeit, und doch weisen viele Kommunen im Ruhrgebiet besonders hohe Quoten von Arbeitslosigkeit und Beziehern von SGB II (Hartz IV) aus.

Wie kann man diesem Problem begegnen?

Zuerst einmal bin ich froh, dass wir in Deutschland ein Instrument wie die Grundsicherung für Arbeitssuchende haben. Sie hat den Zweck, die Eigenverantwortung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und Personen, die mit ihnen zusammen leben zu stärken und bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu helfen. Unser Sozialstaat schafft Sicherheit für diejenigen, die nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit zu sichern. Ich bin auch strikt dagegen, dass man SGB-II-Bezieher, ob nun mit oder ohne Einwanderungsgeschichte, in ein schiefes Licht rückt. Die allermeisten haben sich ihre Lage nicht selbst ausgesucht, sondern sind auf Leistungen angewiesen, weil sie hilfebedürftig sind.

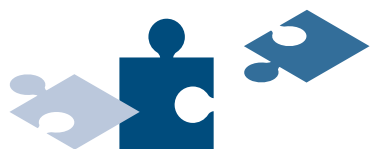
Dass in Kommunen des Ruhrgebiets die SGB-II-Quote höher ist als in anderen Landesteilen hat viele Gründe. Der wichtigste ist natürlich der Strukturwandel mit all seinen Folgen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass das Ruhrgebiet wieder Motor für Wachstum und Innovation in Deutschland wird. Dafür brauchen wir eine starke Bildungslandschaft mit Kitas, Schulen, Berufskollegs, Hochschulen und Aus- und Weiterbildungsstandorten mit enger Verzahnung in die Wirtschaft. Wie sie wissen, hat sich Ende 2019 eine breite Mehrheit im Landtag aus CDU, SPD, FDP und Grüne für eine Bewerbung der „Städteregion Rhein Ruhr City“ für die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2032 ausgesprochen. Wenn es dazu kommt, wäre das eine Riesenchance für das Ruhrgebiet.

Welche Rolle spielt hierbei das Thema Bildung und ggf. die soziale Herkunft?



Bildung und soziale Herkunft sind in Deutschland eng miteinander verbunden. Das wissen wir seit der Diskussion um die Pisa-Ergebnisse. Wir wissen aber auch, dass die Kinder mit Einwanderungsgeschichte enorm aufgeholt haben. Wenn Sie sich vor Augen führen, welche schwierigen Ausgangsbedingungen Kinder im Ruhrgebiet oftmals haben, wird deutlich, welche Leistung in diesen Familien erbracht wurde und wird. Das ist allerhöchstens vergleichbar mit der Bildungssituation in Deutschland im ländlichen Raum in den 60er Jahren. Kinder oder Enkelkinder der ersten Generation haben nicht nur den Anschluss geschafft, sie sind oft auch erfolgreicher als die Kinder, die nicht aus Einwandererfamilien kommen.

Wir wollen in ganz Nordrhein-Westfalen – und besonders im Ruhrgebiet – Potenziale entdecken und fördern. Kinder und Familien brauchen das Signal: Du kannst was, und wenn Du willst, unterstützen wir Dich bei Deinem Weg. Dabei helfen uns mehr als 70 Talentscouts an 370 Berufskollegs, Gesamtschulen und Gymnasien. Sie beraten tausende Schülerinnen und Schüler beim Übergang von der Oberstufe in die Berufsausbildung oder ein Studium bis hinein in den Beruf. Wir sind damit an jeder dritten öffentlichen Schule in Nordrhein-Westfalen vertreten. Solche Formate wollen und werden wir weiterführen. Beispielsweise werden wir im Rahmen der Ruhr-Konferenz Talentwerkstätten für Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren organisieren. Dadurch sollen die Jugendlichen die Möglichkeit bekommen, ihre Potenziale zu erkennen, Teamfähigkeit zu lernen und ihre interkulturelle Kompetenz weiterzuentwickeln. Das sind wichtige Eigenschaften für eine erfolgreiche Biographie.



„ARBEIT IST NEBEN SPRACHE UND BILDUNG VON NICHT ZU ÜBERSCHÄTZENDER BEDEUTUNG. WENN ARBEIT FEHLT, UND GERADE DANN, WENN MENSCHEN LÄNGER ARBEITSLOS SIND, DANN IST DAS NICHT NUR EIN WIRTSCHAFTLICHES, SONDERN AUCH EIN PSYCHOLOGISCHES PROBLEM.“

Welche Rolle kann das Thema Arbeit, als re-integrativ und partizipatorisch wirkendes Element, für die Mehrheitsgesellschaft spielen?

Sie fragen nach der Arbeit, die ohne jeden Zweifel eine hohe Bedeutung für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe hat. Allerdings sichert längst nicht jede Arbeit dauerhaft und langfristig den Lebensunterhalt. Im Integrationsministerium wissen wir, dass auch viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte im Alter kaum von der Rente leben können. Die Menschen haben viel gearbeitet. Sie waren aber oft im Niedriglohnsektor oder zeitlich befristet beschäftigt. Das hat uns darin bestärkt, dass der Schlüssel für eine erfolgreiche Beteiligung am Arbeitsmarkt die qualifizierte Ausbildung ist. Jeder junge Mensch sollte die Möglichkeit erhalten, eine Ausbildung zu absolvieren.

Aktuell setzen wir zum Beispiel das Programm „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ für junge gestattete oder geduldete Flüchtlinge zwischen 18 und 27 Jahren um. Diese jungen Menschen haben keinen systematischen Zugang zu Unterstützungsmaßnahmen. Es wäre fatal, diese Gruppe nicht auszubilden. Als Land stellen wir dafür 50 Millionen Euro zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es viele weitere Programme. Klar ist: Je zielgerichteter wir fördern, desto besser gelingt die Integration in den Arbeitsmarkt.

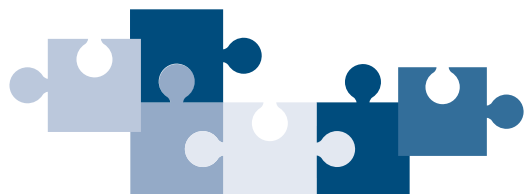
Wie kann die Politik gerade erwerbsschwache Gruppen (z. B. Langzeitarbeitslose) beim Thema Arbeitsmarktintegration besser unterstützen?

Arbeit ist neben Sprache und Bildung von nicht zu überschätzender Bedeutung für die Integration. Wenn Arbeit fehlt, und gerade dann, wenn Menschen länger arbeitslos sind, dann ist das nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein psychologisches Problem. Ich bin froh, dass die gute ökonomische Entwicklung in NRW in den vergangenen Jahren zu einem deutlichen Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit geführt hat. Zurückzuführen ist er auch auf die engagierte Arbeit der Jobcenter vor Ort, die gute Zusammenarbeit und das abgestimmte Vorgehen des nordrhein-westfälischen Arbeitsministeriums mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit. Aber seien Sie versichert: Wir in Nordrhein-Westfalen setzen auf Sozialpartnerschaft, auf die enge Zusammenarbeit von Land, Arbeitgeber und Gewerkschaften. Damit fahren wir gut und damit werden wir auch durch die Corona-Krise kommen, die die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ganz sicher stark belasten wird.

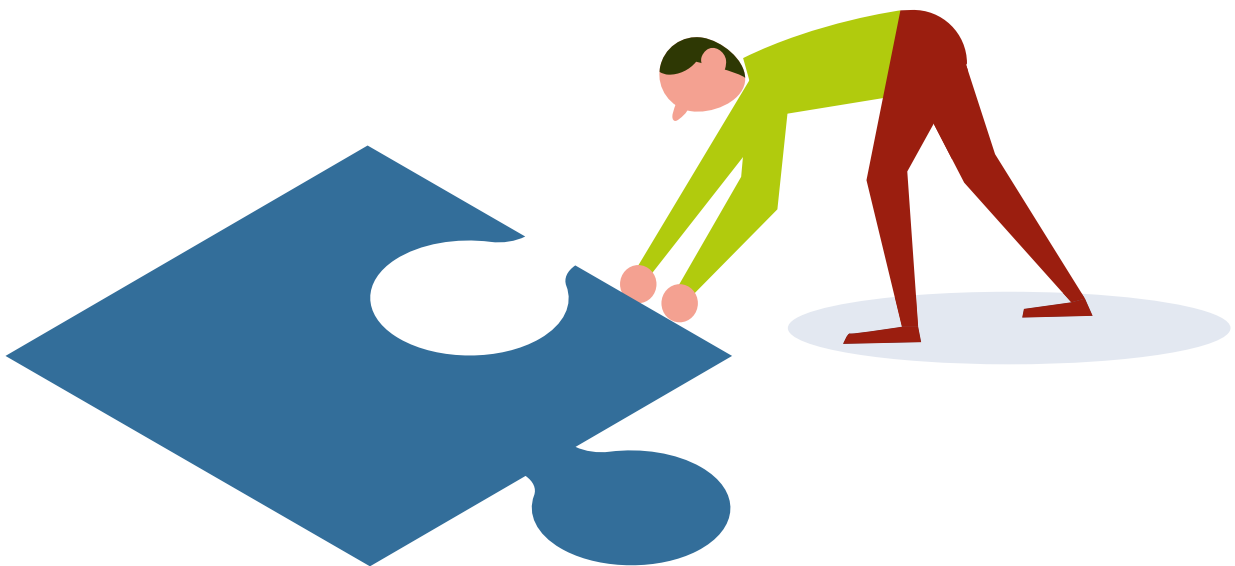
In einer Schlussbetrachtung: Wie könnte man die Menschen, die zunehmend unzufrieden sind, Ihrer Meinung nach wieder besser erreichen/ansprechen? Wie glauben Sie, kann man Politikverdrossenheit am besten begegnen?

Ich bin gar nicht sicher, ob die Menschen heute, wie sie sagen, zunehmend unzufrieden sind. Mein Beruf bringt es mit sich, dass ich viel reise und jeden Tag unterschiedlichen Menschen begegne – zumindest war das vor Corona so und wird auch danach wieder so sein. Im Rahmen unserer Wertedialog Reihe „#IchDuWirNRW im Dialog – Was uns ausmacht, was uns stark macht“ habe ich in den vergangenen Monaten gemeinsam mit Minister Joachim Stamp zahlreiche Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern geführt. Dabei sind wir viel häufiger zuversichtlichen Leuten begegnet, die anpacken wollen, als jene, die unzufrieden sind. Das gilt auch und vielleicht sogar insbesondere für die Menschen, die selbst oder deren Eltern nach Deutschland eingewandert sind.

Auf der Website www.ichduwir.nrw erzählen selbstbewusste Männer und Frauen mit und ohne Einwanderungsgeschichte ihre ganz persönliche Geschichte zum Thema Integration. Das sind Integrations-Vorbilder im besten Sinne. Sie sind weder verdrossen, noch verzagt, sondern tolle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, auf die wir gemeinsam stolz sein können. Sie stehen für ein weltoffenes Nordrhein-Westfalen, das schon immer Heimat für alle Menschen aus aller Welt gewesen ist – und bleiben wird. ■



II. WISSENSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE



MALOCHE, WORK-LIFE-BALANCE, ERFÜLLUNG?

Ein ideengeschichtlich inspirierter Blick auf die Bedeutung von Arbeit für gesellschaftliche Integration und Teilhabe

Dr. Manuel Becker



Dr. Manuel Becker

*Geschäftsführer und Wissenschaftlicher
Mitarbeiter des Institut für Politische Wissenschaft
und Soziologie der Universität Bonn*

Der Terminus „Arbeit“ gehört ohne Zweifel zu den wichtigsten und meistgebrauchten Schlüsselkategorien des politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Diskurses unserer Zeit. Sei es im Zusammenhang von Arbeit als Broterwerb, sei es im Hinblick auf die Zieldimension des gesellschaftlichen Wohlstands, sei es im Kontext der viel zitierten „Work-Life-Balance“ – es eröffnet sich ein ebenso vielschichtiges wie multiperspektivisches Panorama an Assoziationen, die ganz wesentlich mit dem Begriff „Arbeit“ verknüpft sind. Doch verstehen wir unter dem uns so geläufigen Begriff „Arbeit“ eigentlich alle das Gleiche? Welchen Status nimmt Arbeit in unserem persönlichen Leben und in unserer Gesellschaft insgesamt ein? Welchen Stellenwert messen wir ihr aus welchen Gründen zu? Stellt „Arbeit“ nur ein Element der persönlichen ökonomischen Existenzabsicherung dar oder gehört sie in irgendeiner Form zur menschlichen Lebensweise schlechthin dazu? Inwiefern benötigen wir „Arbeit“, um ein zufriedenes, erfülltes und glückliches Leben führen zu können? Wo steht die Arbeit einem solchen im Wege und wo kann sie für dasselbe förderlich sein? Und nicht zuletzt: Welche Bedeutung hat Arbeit für gesellschaftliche Teilhabe und Integration? Diesen Fragen wollen sich die nachfolgenden Ausführungen annähern und Anstöße zum Nachdenken geben.

Werfen wir hierfür zunächst einen Blick auf verschiedene Überlegungen prominenter Denker, die sich mit

der „Arbeit“ beschäftigt haben. Möglicherweise lassen sich hieraus Erkenntnisse für unsere aktuellen gesellschaftspolitischen Arbeitsdiskurse gewinnen. So hat sich bereits Aristoteles (384-322 v. Chr.) mit Besitz und Erwerb als elementare Bezugsgrößen von Arbeit auseinandergesetzt. Aristoteles leitet die Entwicklung des Wirtschaftswesens aus den ursprünglichen Strukturen des menschlichen Zusammenlebens ab: Für ihn gibt es natürliche Formen von Erwerb und solche, die ein Produkt einer gewissen Erfahrung und Kunst darstellen. Jedem Besitzstück werden zwei Eigenschaften zugesprochen: eine ihm eigentümliche und eine ihm nicht eigentümliche. Dies wird am Beispiel des Schuhs erläutert: Dieser sei einerseits ein konkretes Kleidungsstück, das man anziehen könne; gleichzeitig finde der Schuh aber auch eine Verwendung als Tauschobjekt, wenn der Hersteller des Schuhs für ihn Geld oder Lebensmittel erhält. Somit erhalten alle Gegenstände unter den Bedingungen des Wirtschaftens eine zusätzliche, von ihrem ursprünglichen Eigenwert her verschiedene Zusatzbedeutung. Ein Gegenstand wird zum austauschbaren Mittel zum Zweck und verliert insofern bis zu einem gewissen Grad seine ursprüngliche, ihm eigentümliche Bedeutung. Aus Notwendigkeiten, die sich ergaben, als die menschlichen Gemeinschaften größer wurden, kam es mit diesen zu Tauschobjekten umfunktionierten Gegenständen Aristoteles zufolge vermehrt zum allgemeinen Tauschhandel. Da gewisse Naturalien irgendwann nicht mehr transportierbar wurden, sei das Geld als eine Art Generalnenner des Tauschhandels hinzugetreten. Als Folge davon wiederum habe sich die neue Erwerbsart des Händler- und Krämergewerbes entwickelt.¹

Zudem entwickelte Aristoteles eine berühmte Güterlehre, die an spezifische Lebensformen gekoppelt ist. Er diskutiert verschiedene Lebensformen, die auf ein spezifisches Gut gerichtet sind. Für den hier interessierenden Zusammenhang ist wichtig, dass dabei auch



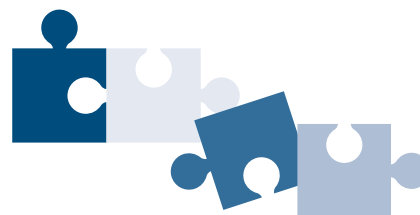
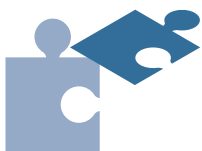
die auf den Gelderwerb gerichtete Lebensform thematisiert wird. Das auf Gelderwerb gerichtete Leben habe etwas Unnatürliches und Gezwungenes an sich, denn der Reichtum selbst könne unmöglich das eigentlich erstrebte Gut des Lebens sein. Reichtum sei schließlich für die Verwendung da, er sei daher Mittel zu einem anderen, von ihm selbst verschiedenen Zweck. Damit ist Reichtum und die auf ihn zielende Lebensform in zweierlei Hinsicht defizitär. Der Erwerb von Geld und das allein auf ihn gerichtete Leben sind, wenn man sie auf ihre reine Funktionalität reduziert, nach Aristoteles aus prinzipiellen Gründen nicht mit dem Streben nach erfüllendem Lebensglück vereinbar.²

Aus diesen Überlegungen lassen sich zumindest zwei auch für heutige Diskussionen wichtige Erkenntnisse ziehen: Erstens bürgt der Erwerb oder Besitz von Geld allein für sich genommen noch nicht für ein glückliches oder zufriedenstellendes Leben bzw. stellt noch keinen Wert an sich dar, sondern es kommt darauf an, wie man mit diesem Besitz umgeht oder was man daraus macht. Zweitens wird die natürliche Beziehung des Menschen zu den Objekten durch wirtschaftliche Zusammenhänge mit einer weiteren Tausch- und Erwerbsbedeutung versehen, wodurch die ursprünglich natürliche Verbindung aufgelöst wird. Wenn die Gegenstände nicht mehr in ihrem Eigenwert gewürdigt werden und auf einen bloß noch zweckrationalen Tauschwert reduziert werden, so ist hiermit ein Keim für Missbrauch gelegt.

Diesen Gedanken radikal weitergedacht hat Karl Marx (1818-1883). Viel ist über Marx und den Marxismus geschrieben und diskutiert worden. Nicht zuletzt durch die sich auf seine Ideen berufenden politischen Systeme, die zum Teil in veritable Menschheitsverbrechen mündeten, gilt Marx heute vielfach als verbrämter, im besten Falle angestaubter, im schlechtesten Falle gefährlicher Theoretiker. Nach wie vor muss man viele von Marx' Schlussfolgerungen und Lösungsansätzen nicht teilen; die Auseinandersetzung mit seiner Wirtschafts- und Kapitalismuskritik hingegen lohnt – vom ideologischen Ballast späterer erhitzter Debatten befreit – jedoch allemal auch heute noch. Insbesondere mit seiner „Entfremdungstheorie“ hat Marx wichtige Zusammenhänge im Verhältnis zwischen Anthropologie und Ökonomie auf den Punkt gebracht, die für das heutige Nachdenken über Arbeit inspirierend sind.

Unter „Entfremden“ versteht Marx das Beherrschen und Ausbeuten von Menschen durch Menschen. Dabei identifiziert er vier Stufen der Entfremdung: die Entfremdung

des Menschen vom Produkt, das er herstellt; aus dieser folgt die Entfremdung von der Tätigkeit, mit der er das Produkt herstellt; daraus wiederum resultiert die Entfremdung von seinen Mitmenschen, die letzten Endes die Entfremdung des Menschen von sich selbst zur Folge hat. Marx dekliniert mit diesen vier Stufen der Entfremdung konkret das zu Ende, was Aristoteles mit seinem Hinweis auf die Doppelfunktion und damit verbundene Entkernung des Wesens von Gegenständen durch ökonomische Tauschprozesse zum Ausdruck gebracht hat. Die Arbeitsteiligkeit der modernen Gesellschaft, die schon Adam Smith (1723-1790) als wesentliches Kennzeichen modernen Wirtschaftens beschrieben hatte,³ wird hier unverhohlen in ihren negativen Konsequenzen beschrieben. Was auf der einen Seite die enorme Wertschöpfung der Moderne überhaupt erst ermöglicht hat, kann auf der anderen Seite zu einer Entfremdung des Menschen von sich selbst führen. Diese Überlegungen sind in hohem Maße anschlussfähig für die Entgrenzungen der modernen Finanzökonomie. Selbst und gerade in der klassischen Industriearbeit entfernt (mit Marx gesprochen „entfremdet“) sich der Erwerbstätige immer weiter von dem hergestellten Produkt. Unter dem Paradigma des berühmt-berüchtigten *shareholder value*, unter dem „gewissermaßen eine Ökonomisierung der Ökonomie statt[and]“ und unter den Grundbedingungen eines „kognitiv-kulturellen Kapitalismus“, in dem zum einen nicht nur „komplexe[s] Wissen zur eigentlich wertvollen Ware“ geworden ist, sondern zum anderen vor allem „Gütertypen (...) die (...) nicht nur kognitiv, sondern darüber hinaus (...) kulturell [sind], weil sie den Konsumenten symbolischen, narrativen, ästhetischen oder auch ethischen Wert versprechen“, spielt der materielle Eigenwert Gegenstände, Objekte und Produkte nahezu überhaupt keine Rolle mehr, wird im hochabstrahierten Raum mit Zahlen, Daten und Wahrscheinlichkeiten spekuliert. Diese Entkopplung des Wirtschaftens von den Gegenständen, von der offenkundig bereits Aristoteles eine Ahnung zu haben schien und die Marx aus seiner kritischen Perspektive im Zeitalter des Industriekapitalismus weiterdachte, scheint heute in ihren Konsequenzen auf die Spitze getrieben worden zu sein. Die Folgen könnten kaum janusköpfiger sein: Einerseits wurden auf diese Weise globalhistorisch beispiellose Dimensionen von Wohlstand erreicht, glänzt der postindustrielle Kapitalismus „durch die emotionale Verführungskraft seiner Güterwelt“ – andererseits „treibt [er] (...) dabei die extremen Asymmetrien der Reichtumsproduktion zwischen Marktgewinnern und Marktverlierern auf die Spitze.“⁴⁵ Hinzu kommt die nahezu vollständige Veränderung von Arbeitswelten.

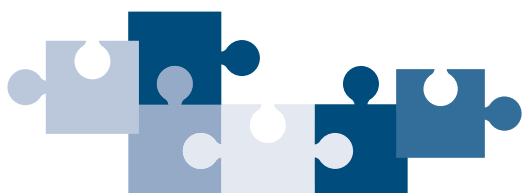


Eine kluge Beobachterin dieser Zusammenhänge war auch die jüdische Philosophin Hannah Arendt (1906-1975). Die *condition humaine* zerfällt nach Arendt in drei Tätigkeitsbereiche: das Arbeiten, das Herstellen und das Handeln. Das Arbeiten ist der schlichten Lebensnotwendigkeit des Menschen geschuldet. Er muss seine menschlichen Grundbedürfnisse befriedigen, um am Leben zu bleiben, obgleich am Ende des Lebens in jedem Fall die individuelle biologische Vergänglichkeit steht. Das Herstellen verweist auf die Weltlichkeit des Menschen, auf seine Heimat und Welthabe; es ist zwar in die Flüchtigkeit des Daseins eingelassen, weist zugleich durch das Produkt des Herstellens aber auch auf so etwas wie Beständigkeit hin, die nicht den Rhythmen der biologischen Vergänglichkeit gehorcht. Das Handeln schließlich erschließt den Bereich des Politischen. Der Mensch kann initiativ werden und über sich hinaus gestalterisch tätig werden.⁶ Der Bereich der biologischen Notwendigkeiten war nach Arendt in der Antike auf das Private beschränkt, während der Bereich der Freiheiten sich im Raum des Politischen entfaltete. Privates und Politisches wurden in der Neuzeit problematischerweise miteinander verquickt; der private Haushalt wurde zum nationalen Haushalt. Auf diese Weise entstanden die modernen Nationalökonomien. Darin sieht sie einen Verlust individueller Freiheit angelegt sowie die Tendenz zum modernen Konformismus, der sich dann schließlich in den Totalitarismus hineingesteigert habe. Arendt diagnostiziert in gewisser Weise eine Funktionalisierung des Politischen durch die Ökonomie, was dazu führt, dass politische Probleme häufig nicht mehr grundlegend, sondern nur instrumentell angegangen werden.⁷

Eine grundsätzlich prägende Entwicklung der Neuzeit, wie sie ganz ähnlich auch bei Marx angedeutet wird, sieht Arendt in der Glorifizierung der Arbeit. Arbeit wird zum zentralen Lebensinhalt der Individuen, die Gesellschaft wird zu einer Arbeitsgesellschaft. Die Arbeit strukturiert das Leben und füllt es mit Sinn. Tendenzen, den Menschen von Arbeit zu befreien, wie sie Arendt im 20. Jahrhundert aufkommen sieht, können vor diesem Hintergrund hoch problematisch werden. Denn eine Arbeitsgesellschaft aus den Fesseln der Arbeit zu lösen, wirft automatisch die Frage danach auf, welchen höherstehenden und sinnvolleren Tätigkeiten die Menschen an Stelle des Arbeitens nachgehen sollen: „Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?“⁸ So schreibt Arendt in den einleitenden Bemerkungen ihrer *Vita activa*.

Dem Leser drängt sich bei der Lektüre dieser 1958 (!) geschriebenen Zeilen eine ganze Fülle von Assoziationen auf, die sich als anschlussfähig für heutige politische Debatten erweisen. Es kommt darin unschwer zum Ausdruck, welche zentrale Bedeutung die Arbeit für die Neuzeit insgesamt und unverändert für unsere moderne Gesellschaft im Spezifischen hat. Für die allermeisten Menschen ist Arbeit nämlich – bewusst oder unbewusst – weit mehr als ein schlichter Broterwerb, der nur ökonomischen Zwängen geschuldet ist. Ihr Job strukturiert für viele Menschen ihren Tagesablauf, gibt ihnen Halt und Orientierung. Nicht wenige leiten auch das Selbstbild aus ihrer Arbeit ab und identifizieren sich mit dieser. Diese Zusammenhänge treten insbesondere dann hervor, wenn Menschen in Arbeitslosigkeit geraten. Oftmals wird im öffentlichen Diskurs Arbeitslosigkeit primär als ein ökonomisches Problem betrachtet. Dies mag zwar akzidentell der Fall sein, aber es sind eben nicht nur und auch nicht unbedingt zuerst monetäre Zwänge, sondern es entstehen noch ganz andere Herausforderungen, mit denen sich Arbeitslose konfrontiert sehen: das Fehlen einer vorgegebenen Tagesstruktur, die Aufladung des eigenen Tätigseins mit Sinn und schließlich – ganz zentral – der Verlust von gesellschaftlicher Einbindung, Teilhabe und nicht zuletzt auch Anerkennung in einer Gesellschaft, die – fast 50 Jahre nach Arendt – *noch* eine Arbeitsgesellschaft ist. Der Plausch mit Kollegen an der Kaffeemaschine, die Diskussion über politische Themen in der Kantine beim Mittagessen, das Verabreden zum gemeinsamen Sporttreiben nach Feierabend und vieles weitere mehr – diese scheinbar banalen Dinge sind sämtlich elementare Formen des gesellschaftlichen Miteinanders, die die Erwerbsarbeit gleichsam „gratis“ als Boni zum monatlichen Entgelt hinzuliefert. Die meisten Menschen spüren diese als selbstverständlich wahrgenommenen Integrationsaspekte ihres Berufslebens erst, wenn sie den Job verloren haben.

Generalisiert man diese auf das Individuum bezogenen Zusammenhänge auf die Gesellschaft, so landet man bei der leicht variierten Frage von Arendts: Was geschieht mit einer Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgeht? Wohl kaum eine Entwicklung wird die Arbeitswelt der Zukunft stärker beeinflussen als die Digitalisierung. Sie wird unser Arbeitsleben in vielen Bereichen erleichtern, wird aber auch ebenso negative Konsequenzen haben. Aus rein ökonomischer Perspektive ist sie das Paradebeispiel für das von Joseph Schumpeter (1883-1950) beschriebene Phänomen der „kreativen Zerstörung“⁹: Bestimmte Berufsprofile werden es in Zukunft nicht mehr geben, da es für bestimmte Verrichtungen keinen Bedarf



mehr geben wird; anstelle dessen werden neue Berufe und neue Arbeitserfordernisse entstehen. Welche Berufe es genau treffen wird, lässt sich allenfalls andeutungsweise sagen. Einer viel rezipierten Studie von Carl Benedikt Frey und Michael A. Osborne zufolge arbeiteten 2013 fast 47 Prozent der US-amerikanischen Bevölkerung in einem automatisierten und durch Digitalisierung gefährdeten Job.¹⁰ Es ist fraglich, ob es in Zukunft noch Buchhalter, KFZ-Mechaniker und einfache Industriearbeiter geben wird. Auf der anderen Seite gab es in den 1970er Jahren noch kaum mathematische Modellierer, keine Algorithmenprogrammierer und erst recht keine Datenjournalisten. Diese Beobachtungen deuten darauf hin, dass es in Zukunft einen noch höheren Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften geben wird und einfache Tätigkeiten demgegenüber auf der Strecke bleiben werden. Dies wird nicht wenige Menschen vor kaum zu bewältigende Herausforderungen stellen, da nicht jeder beliebige Sachbearbeiter mittleren Alters ohne Weiteres zum Programmierer oder Datenanalysten umgeschult werden kann. Die Arbeitsgesellschaft vergangener Jahrzehnte hat sehr stark davon gelebt, dass es ein Angebot für Arbeitskräfte über das gesamte Spektrum von der hochqualifizierten Führungskraft über die sehr gut qualifizierten Facharbeiter und die ausgebildeten Angestellten bis hin zu einfachen Tätigkeiten gab. So konnte zumindest ein verhältnismäßig hoher Anteil von Menschen eine qualifikationsadäquate Tätigkeit finden. Der auf diese Weise sortierte Arbeitsmarkt trug enorm zur gesamtgesellschaftlichen Integration bei. Die Digitalisierung wird diese „Gauss'sche Normalverteilung“ der Jobprofile eher zugunsten einer Entwicklung in Richtung der Extreme treiben, was latente Konfliktpotenziale für die Gesellschaft mit sich bringen wird.

Eine weitere Konsequenz des Megatrends Digitalisierung liegt im Bereich der Work-Life-Balance. Einerseits bieten die vielfältigen Home-Office-Möglichkeiten für immer mehr Berufsprofile gigantische Chancen für viele Menschen, Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen (von positiven Effekten für das Klima und den Verkehr durch wegfallende Pendler gar nicht sprechen). Andererseits stellt sich das Problem der Abgrenzung zwischen Arbeitssphäre und privater Sphäre für viele Menschen im Home-Office in verschärfter Form. Wie kann Erholung und Abschalten noch gelingen, wenn die in der klassischen Arbeitswelt getrennten Ebenen der Arbeit und des privaten Umfelds immer mehr ineinanderfließen und ineinander übergehen? Mehr noch: Der Arbeitsplatz war für viele Menschen stets ein eigenes soziales Umfeld und nicht selten auch eine willkomme-

„WAS GESCHIEHT MIT EINER ARBEITSGESELLSCHAFT, DER DIE ARBEIT AUSGEHT?“

ne Abwechslung zum privaten Umfeld. Die oben bereits ausgeführten sozialen, integrativen und auf die Teilhabe bezogenen Aspekte werden in einer digitalisierten Arbeit der Zukunft in Mitleidenschaft gezogen werden – ganz zu schweigen von der bisherigen Praxis betrieblicher Mitbestimmung, die hier ebenfalls vor neuen Herausforderungen steht.¹¹ Hinzu kommt, dass in den Diskussionen über Home-Office gerne übersehen wird, dass es nach wie vor nicht wenige Berufe gibt, die sich nicht ins Home-Office verlagern lassen. Home-Office ist im Wesentlichen eine Möglichkeit für „Büromenschen“, an weiten Teilen des Dienstleistungssektors gehen dergleichen Überlegungen vorbei.

Für die Arbeitswelt der Zukunft ist es essentiell, über flexible Arbeitszeitmodelle und Lebenszeitkonten nachzudenken. Möglicherweise kann es gelingen, die positiven Seiten der Digitalisierung mit den klassischen Integrationsleistungen der modernen Arbeitswelt zu kombinieren und darüber hinaus sowohl einen ökonomischen Mehrwert wie auch einen Gewinn an Lebenszufriedenheit für die Arbeitenden zu erzielen. In diesen Kontext gehört etwa die vielfach verkürzt und einseitig diskutierte Frage nach einem bedingungslosen Grundeinkommen. Befürworter eines solchen machen vor allem den Zeitgewinn für gemeinnützige und intellektuelle Tätigkeiten durch die Befreiung vom Erwerbsarbeitszwang geltend. Ein bedingungsloses Grundeinkommen soll Menschen von dem Druck befreien, nur aus ökonomischen Zwängen einer zumeist frustrierenden Arbeit nachzugehen. Anstelle dessen verspricht man sich die Schaffung eines wirklich freien Arbeitsmarkts, auf dem die Akteure die Auswahl zwischen unterschiedlichen Tätigkeiten haben und daraus ihre freie Wahl treffen.¹² Hierbei stellt sich natürlich eine Fülle an Fragen: Wer würde in einem solchen Fall noch unbeliebte, aber notwendige Tätigkeiten übernehmen? Wie vermeidet man einen „Run“ auf sehr beliebte Tätigkeiten, für die es gar keinen so hohen Bedarf gibt? Würden viele Menschen nicht im Nichtstun vor dem Fernseher „versumpfen“? Auch wenn die Einwände gegen das Grundeinkommen Legion sind, so sensibilisiert das Nachdenken über das Grundeinkommen dennoch dafür, dass wir unseren neuzeitlichen Arbeitsbegriff überdenken müssen und wie die Arbeit der Zukunft aussehen könnte.

Klar ist zudem: Die aus den Wirtschaftswunderjahren tradierte Gewissheit, dass jeder lebenslang in dem von ihm erlernten Beruf arbeiten kann und dass unter der Voraussetzung von Fleiß und Rechtschaffenheit der soziale Aufstieg möglich ist, gehört bereits heute der Vergangenheit an. Es bliebe ohnehin zu hinterfragen, ob dies jemals gesellschaftliche Realität in der Bundesrepublik war, oder ob es sich nicht mehr um ein gern verbreitetes Narrativ bzw. sogar um einen Mythos handelte. Die heutige technologisierte Arbeitswelt verlangt dem Menschen eine große Flexibilität ab, die sich unter anderem im häufigen Orts- und Arbeitsplatzwechsel sowie in permanenten Umschulungsprozessen ausdrückt. Früher aussichtsreiche Ausbildungsberufe werden plötzlich irrelevant: Ein im Deutschland der 1970er Jahre noch hochangesehener Beruf wie der des Radio- und Fernstehteknikers ist heute obsolet geworden. Zurückgehende Festanstellungen, demgegenüber zunehmende Vertragsbefristungen und phasenweises Einstellen über Zeitarbeitsfirmen komplettieren dieses Bild des modernen Arbeitens. Diese Dynamisierung betrifft nicht nur individuelle Berufe und Beschäftigte, sondern auch Betriebe als Ganzes. Es gab einmal eine Zeit, in der Unternehmen jahrelang ohne äußere Einflüsse gleichsam vor sich hin produzierten. Heute sind sie diversen Rationalisierungen, Fusionierungen und Auslagerungen unterworfen, bei denen es vielen einfachen Beschäftigten schwer fällt, den Überblick zu behalten.

Unter dem Strich lässt sich festhalten, dass die moderne Arbeitswelt immer fluider geworden ist. Ob man dies als wünschenswerte Flexibilisierung begrüßt oder als Verlust früherer Sicherheiten beklagt, liegt wohl am Ende des Tages in den Augen des Betrachters. Zweifelsfrei steht fest: Es steigt die Wahrscheinlichkeit, unvermittelt und unverschuldet in Arbeitslosigkeit zu geraten. Wenn dies flächendeckend der Fall ist, so birgt dies große Gefahren für die gesamtgesellschaftliche Integrations- und Teilhabeleistung von Arbeit. Auf der anderen Seite steigen die Chancen auf ein interessantes und vielschichtiges Berufsleben. Wahr ist auch: Noch nie in der Menschheitsgeschichte war der Handlungsspielraum in Bezug auf ein selbstbestimmtes und selbstgewähltes Berufsleben so groß wie heute, was sich seinerseits positiv auf Integration und Teilhabe in der Gesellschaft auswirken könnte. In jedem Fall lohnt es sich, beim Nachdenken über die Zukunft der Arbeit immer wieder die alten Klassiker des politischen Denkens zur Hand zu nehmen, da sich hier viele Ansatzpunkte finden lassen, die aktuelle wirtschaftspolitische Diskurse gewinnbringend befruchten können. Das gilt zum Beispiel für

die aristotelischen Überlegungen zur Wesensentker- nung von Gegenständen und die damit verbundenen Konsequenzen, für Marx aufschimmernde Frühkritik der mit der Globalisierung einhergehenden Eigendy- namik sowie für Arendts grundlegendes Durchdenken des menschlichen Tätigseins. Was von den Klassikern des politischen und ökonomischen Denkens weiter- hin zu lernen ist, ist die Rolle und Verantwortung des Menschen in politischen, wirtschaftlichen und sozia- len Prozessen – denn dies scheint ein gemeinsamer Nenner aller hier referierten Autoren zu sein, der sich durch die Zeitläufte unterschiedlicher Jahrhunderte, von den frühesten Anfängen der Tauschwirtschaft über die klassische Industrieökonomie bis hin zum kogni- tiv-kulturellen Kapitalismus und den jeweils mit ihnen verbundenen Kontextbedingungen hindurchzieht. ■

ANMERKUNGEN

- ¹ Aristoteles: *Politik*, 1256a-1258a. – Hinweis: Die Aristoteles-Zitate folgen der Zählung nach Immanuel Bekker (Hg.): *Aristotelis opera*, 2. Bde., Berlin 1831 ff. Die arabischen Ziffern bezeichnen dabei die Seiten, die kleinen Buchstaben die jeweilige Spalte.
- ² Aristoteles: *Nikomachische Ethik*, 1095b-1096a, 1097a-1098a.
- ³ Vgl. Adam Smith: *Der Wohlstand der Nationen*, hrsg. v. Horst Claus Recktenwald, 5. Aufl., München 1990, S. 11ff.
- ⁴ Andreas Reckwitz: *Jenseits der Industriegesellschaft: Polarisierte Postindustrialismus und kognitiv-kultureller Kapitalismus*, in: ders.: *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, 2. Aufl., Berlin 2019, S. 135-203, S. 166, S. 135, S. 168.
- ⁵ Ebd., S. 201.
- ⁶ Vgl. Hannah Arendt: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, 4. Aufl., München 2006, in Kurzfassung auf den S. 16-21. Ausführlich werden die Zusammenhänge in den Kapiteln 3-5 entfaltet (S. 98-317).
- ⁷ Vgl. ebd., insbes. S. 38-47, S. 81-89.
- ⁸ Ebd., S. 13.
- ⁹ Vgl. Joseph A. Schumpeter: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Tübingen 1993 (EA 1943), S. 138.
- ¹⁰ Vgl. Carl Benedikt Frey/Michael A. Osborne: *The future of employment. How susceptible are jobs to computerisation?*, in: *Technological Forecasting and Social Change* 114 (2017), S. 254-280.
- ¹¹ Vgl. dazu etwa das Interview mit Sabine Bätzing-Lichtenthäler (SPD), MdL, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz, in: Volker Kronenberg: *Heimat bilden ... vor Ort: Rheinland-Pfalz* [im Erscheinen].
- ¹² Vgl. statt vieler exemplarisch Marc Friedrich, Götz Werner, Matthias Weik: *Sonst knallt's. Warum wir Wirtschaft und Politik radikal neu denken müssen*, Frankfurt a. M. 2017.

PREKARISIERUNG ALS PROGRAMM?

Hartz IV, Arbeitsmarkt und Gesellschaft

Prof. Dr. Christoph Butterwegge



© Markus J. Feger

Prof. Dr. Christoph Butterwegge
Professor für Politikwissenschaft an der
Universität zu Köln

„HARTZ IV FÜHRTE ZU
EINER VERSCHÄRFUNG
DER SOZIALEN
SCHIEFLAGE IM LAND [...]“

Bis zu der von einem drastischen Anstieg des Rohölpreises ausgelöst, aber nicht verursachten Weltwirtschaftskrise 1974/75 waren die meisten Westdeutschen stolz auf „ihren“ hoch entwickelten Sozialstaat. Nun begann sein „Um-“ bzw. Abbau, welcher sich nach der Vereinigung von BRD und DDR beschleunigte.¹ Bei der am 14. März 2003 vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder verkündeten „Agenda 2010“, dem darin angekündigten Reformpaket für unterschiedliche Politikfelder und den Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ging es um die Reorganisation des Sozialstaates nach einem Konzept, das neben Leistungskürzungen auch strukturelle Veränderungen wie die (Teil-)Privatisierung der staatlichen Altersvorsorge, die Erhöhung des administrativen Kontrolldrucks auf Erwerbslose und die Ausweitung der Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Transferleistungsempfänger(inne)n beinhaltete. Insbesondere das als „Hartz IV“ bekannte, am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt hat die Bundesrepublik so tiefgreifend verändert wie sonst kaum eine innenpolitische Entscheidung von Parlament und Regierung.

BETROFFENE UND PROFITEURE DER ARBEITSMARKTREFORM

Wenn man fragt, wie sich die rot-grünen Arbeitsmarktreformen auf die Integrations- und Teilhabechancen der von ihnen Betroffenen ausgewirkt und ob sie auch das soziale Klima verschlechtert und die politische Kultur der Bundesrepublik womöglich dauerhaft be-

schädigt haben, darf ein Überblick zur Anzahl der unmittelbar Betroffenen nicht fehlen. Zeitweilig lebten fast 7,5 Millionen Personen, darunter etwa 5,5 Millionen Arbeitslosengeld-II-Bezieher/innen und rund zwei Millionen Sozialgeldempfänger/innen – meistens Kinder – in über vier Millionen Bedarfsgemeinschaften. Das war mehr als ein Zehntel der Gesamtbevölkerung unter 65 Jahren, für die Hartz IV eine Grundsicherung schuf. Erst nach etlichen Verschärfungen des Gesetzespaketes nahm die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften seit dem Juni 2006 kontinuierlich ab, was auch für die Anzahl der unmittelbar von Hartz IV betroffenen Personen gilt, die jedoch im Gefolge der Banken-, Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 erneut anstieg. Insgesamt haben seit Anfang 2005 etwa 20 Millionen Personen zumindest eine Zeitlang die Grundsicherungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit bezogen. Aufgrund der hohen personellen Fluktuation innerhalb des Grundsicherungssystems haben also sehr viele Bürger/innen einmal oder sogar wiederholt die deprimierende Erfahrung von Hartz-IV-Hilfebedürftigkeit gemacht.

Durch das *Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt* hat sich die finanzielle Situation von Millionen Langzeit- bzw. Dauererwerbslosen und ihren Familien spürbar verschlechtert. Besonders durch das Abdrängen der Langzeiterwerbslosen, die vorher Arbeitslosenhilfe erhalten hatten, in den Fürsorgebereich mit seinen für alle gleich niedrigen Transferleistungen trug Hartz IV dazu bei, dass sich die Kinderarmut beinahe verdoppelte. Gab es im Dezember 2004, d. h. unmittelbar vor dem Inkrafttreten des Gesetzespaketes

„DIE SOZIOÖKONOMISCHE OST-WEST-SPALTUNG DES VEREINTEN DEUTSCHLAND WURDE ALSO DURCH HARTZ IV NICHT ETWA ELIMINIERT ODER RELATIVIERT, SONDERN GERADEZU ZEMENTIERT.“

1,1 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die Sozialhilfe bezogen, so lebten im Dezember 2017 etwas mehr als zwei Millionen und im Dezember 2018 knapp unter zwei Millionen unverheiratete Gleichaltrige von Hartz-IV-Leistungen.

Hartz IV führte zu einer Verschärfung der sozialen Schieflage im Land, einer Ausweitung der (Kinder-)Armut bis in die Mitte der Gesellschaft hinein und vor allem zu einer Verbreiterung des Niedriglohnsektors, weil das Arbeitslosengeld II als ergänzende Transferleistung zu einem sehr geringen Lohn konzipiert war. Unter den Betroffenen waren viele Ostdeutsche, weil der Kahlschlag der Arbeitsplätze im Beitrittsgebiet ein riesiges Heer an Langzeit- und Dauererwerbslosen schuf, dort kaum Flächentarifverträge existierten und das Lohn- bzw. Gehaltsniveau nach Jahrzehnten immer noch deutlich hinter dem westdeutschen zurückblieb. Außerdem waren Frauen in Ostdeutschland zu einem erheblich höheren Anteil als ihre westdeutschen Geschlechtsge-nossinnen erwerbstätig, was im Falle der Arbeitslosigkeit dazu führte, dass ihnen das Partnereinkommen verstärkt auf das Arbeitslosengeld II angerechnet und dieses entweder gestrichen oder der Zahlbetrag verringert wurde. Die sozioökonomische Ost-West-Spaltung des vereinten Deutschland wurde also durch Hartz IV nicht etwa eliminiert oder relativiert, sondern geradezu zementiert.

Jüngere Menschen erhielten überwiegend befristete Arbeitsverträge und schlugen sich häufig als Scheinselbstständige, mit Honorarverträgen oder als schlecht bzw. gar nicht entlohnte Hilfskräfte („Generation Prakti-



kum“) durch. Hartz IV prägt seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzespaketes das Schicksal von Millionen junger Menschen, deren Lebensperspektiven davon ebenso mit bestimmt werden wie ihr Alltag. Jugendliche, Heranwachsende und junge Erwachsene, die weder einen Arbeits- noch einen Ausbildungsplatz fanden, gehörten insofern zu den Hauptleidtragenden der Hartz-IV-Gesetzgebung, da sie von den Jobcentern häufiger und (außer bei Meldeversäumnissen) auch schärfer sanktioniert wurden als ältere Leistungsberechtigte.

In der politischen, medialen und Fachöffentlichkeit bleibt die Frage, ob Hartz IV arm macht oder ob damit erfolgreich Armutsprävention betrieben wird, bis heute umstritten, was deshalb kaum verwundert, weil „Armut“ ein politisch-normativer, sehr komplexer, mehrdimensionaler sowie moralisch und emotional aufgeladener Begriff ist. Hieraus resultieren eine unterschiedliche bis gegensätzliche Haltung der Kommentator(inn)en zu ihrem Gegenstand und stark differierende Bewertungen. Dies gilt auch für das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung, welches seine Befürworter/innen als Etappensieg im Kampf gegen die Kinderarmut feiern, während seine Kritiker/innen darin ein bürokratisches Monstrum sehen, das die meisten anspruchsberechtigten Eltern davon abhält, die entsprechenden Leistungen zu beantragen.² Angesichts der regional sehr unterschiedlichen Teilhabequoten überzeugt die Bewertung der Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes: „Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket gelingt es offenbar nicht im erhofften Ausmaß, Teilhabe für alle Kinder und Jugendliche, unabhängig von ihrer Herkunft, zu ermöglichen.“³

„DARUNTER (RELATIVE ARMUT, ANM. D. RED.) VERSTEHT MAN EINE LEBENSLAGE, BEI DER ZWAR [...] DIE GRUNDBEDÜRFNISSE [...] ABGEDECKT SIND, ABER WEDER DIE TEILHABE AM SOZIALEN UND KULTURELLEN LEBEN NOCH DIE PFLEGE DER ZWISCHENMENSCHLICHEN BEZIEHUNGEN (ZU VERWANDTEN, FREUNDEN UND BEKANNTEN) MÖGLICH IST.“

Selbst wenn die Grundsicherung für Arbeitsuchende mit ihrem Regelbedarf von maximal 432 Euro (2020) für eine alleinstehende bzw. alleinerziehende Person sowie der Übernahme „angemessener“ Wohnkosten das *sozio-kulturelle* Existenzminimum gerade noch sichert, bedeuten jede fehlerhafte Berechnung und jede Kürzung wegen einer Sanktionierung zumindest *relative* Armut für Leistungsberechtigte. Darunter versteht man eine Lebenslage, bei der zwar im Unterschied zur *absoluten* Armut die Grundbedürfnisse – ausreichende Ernährung, eine den klimatischen Bedingungen angemessene Unterkunft und Kleidung sowie eine medizinische Basisversorgung – abgedeckt sind, aber weder die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben noch die Pflege der zwischenmenschlichen Beziehungen (zu Verwandten, Freunden und Bekannten) möglich ist.⁴

Wie das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) errechnete, wurden Hartz-IV-Bezieher/innen in den vergangenen Jahren immer mehr von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt. Sowohl absolut wie relativ hat sich der Abstand zwischen dem Regelbedarf (ohne Miet- und Heizkosten) und der Armutsgefährdungsschwelle, die laut einer EU-Konvention bei 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt, seit Einführung von Hartz IV erheblich vergrößert. Betrug er 2006 noch 401 Euro (absolut) und 53,8 Prozent (relativ), so stieg er 2018 auf 619 Euro bzw. 59,8 Prozent.⁵ Man kann also von einer zunehmenden Verarmung der Betroffenen sprechen. Simon Jung, der die deutliche Senkung der Arbeitslosigkeit auf die Hartz-Gesetze zurückführt, kam gleichwohl zu dem

Ergebnis, dass diese „keine armutslindernde Wirkung nach sich gezogen“ hätten, sondern die Armut im Gegenteil nach zehn Jahren um etwa ein Drittel größer ausfalle als vor den Reformmaßnahmen.⁶

Inge Hannemann, früher selbst jahrelang Mitarbeiterin eines Jobcenters, klagt darüber, dass die Menschlichkeit bei dem Versuch, die Vermittlung, Beratung und Begleitung von Personen auf ihrer Suche nach Erwerbstätigkeit in betriebswirtschaftliche Zahlen umzuwandeln, auf der Strecke geblieben sei.⁷ Nicht zu unterschätzen sind die gesundheitlichen, psychischen und soziokulturellen Folgewirkungen der Arbeitsmarktreformen für die unmittelbar oder mittelbar Betroffenen. Schließlich werden Arbeitslosengeld-II-Bezieher/innen und ihre Kinder als „Hartzler“ verlacht und sozial ausgegrenzt. In fast allen Lebensbereichen erfahren sie Demütigungen und Zurücksetzungen, worunter ihr Selbstwertgefühl leidet.⁸

Hartz IV macht denn auch nicht bloß viele Menschen arm, sondern auch krank. Der massive Druck, den Jobcenter auf Bezieher/innen des Arbeitslosengeldes ausüben, zieht nicht selten Depressionen nach sich. Das vorgeblich „aktivierende“ Hartz-IV-System führt die Arbeitslosengeld-II-Bezieher/innen oftmals in einen Teufelskreis aus Perspektivlosigkeit und Passivität hinein, in dem mit sich kumulierenden Frustrationserfahrungen, langsam Überhand nehmenden Resignationstendenzen und sinkendem Anspruchsniveau auch die Eigenaktivität nachlässt: „Wer sich nicht mehr intensiv um sich selbst sorgt, wer permanent Abstriche nicht nur bei der Job-, sondern auch bei der Lebensqualität macht, der verliert allmählich auch den Antrieb, seine individuelle Erwerbs- und Lebenslage aktiv zu verändern.“⁹

Unterscheidet man zwischen Betroffenen und Profiteuren der Arbeitsmarktreform, offenbart sich, dass es neben zahlreichen Verlierer(inne)n auch Nutznießer/innen und Gewinner/innen gab. Dazu gehörten bisherige Sozialhilfebezieher/innen, die erwerbsfähig waren und ab 1. Januar 2005 die Eingliederungsmaßnahmen nach dem SGB III in Anspruch nehmen konnten, sofern die Jobcenter sie in deren Genuss kommen ließen und ihre Fördermaßnahmen nicht auf Höherqualifizierte konzentrierten. Die eigentlichen Profiteure der rot-grünen Arbeitsmarktreformen waren jedoch Unternehmen auf der Suche nach Arbeitskräften, die möglichst billig, willig und wehrlos sein sollten. Aufgrund der verschärften Zumutbarkeitsregeln und der massiven Sanktionsdrohungen führt Hartz IV dem Niedriglohnsektor ständig neuen Nachschub zu.

VERÄNDERUNGEN DES SOZIALEN KLIMAS UND DER POLITISCHEN KULTUR

Unter dem Damoklesschwert von Hartz IV waren Betriebsräten, Betriebsräte und Gewerkschaften eher bereit, schlechte Arbeitsbedingungen und/oder niedrigere Löhne zu akzeptieren. Für die Beziehenden von Arbeitslosengeld II war Hartz IV ein Disziplinierungsinstrument und für „normale“ Arbeitnehmer eine Drohkulisse und ein Druckmittel. Hingegen stellten die Grundsicherungsleistungen für Arbeitgeber eine Möglichkeit dar, Hartz IV gewinnsteigernd als Kombilohnmodell zu nutzen. Für exzessives Lohndumping betreibende Unternehmer, die überwiegend aus der Leiharbeitsbranche stammen, bildet das an sog. Erwerbsaufstocker/innen gezahlte Arbeitslosengeld II eine indirekte Subvention, deren Höhe sich auf immerhin zehn Milliarden Euro pro Jahr beläuft.

Damit vertieft sich die Kluft zwischen Arm und Reich, wächst die sozioökonomische Ungleichheit und schwindet der gesellschaftliche Zusammenhalt.¹⁰ Weder die Polarisierung der Sozialstruktur noch die Prekarisierung der Lohnarbeit ist allerdings vom Himmel gefallen. Man kann sie auch nicht als unsozialen Kollateralschaden der Globalisierung abtun, handelt es sich doch um das absehbare Resultat der Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mehrerer Bundesregierungen. Wer als Politiker den Kündigungsschutz lockert, die Leiharbeit liberalisiert, Mini- und Midijobs einführt, aber auch Befristungen sowie den Abschluss von Werk- und Honorarverträgen erleichtert, weiß natürlich, dass er die Lohnarbeit prekarisiert und den Sozialstaat demontiert. Dass es sich beim Lohndumping von Unternehmerseite nicht etwa um einen Missbrauch der Hartz-Gesetze handelte, sondern dass deren Urheber es zu ermöglichen suchten, zeigt eine Rede, die Gerhard Schröder am 28. Januar 2005 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos hielt. Dort lobte der Bundeskanzler sich und seine Koalitionsregierung vor den versammelten Führungskräften der internationalen Wirtschafts- und Finanzwelt dafür, „einen der besten Niedriglohnsektoren“ in Europa geschaffen zu haben: „Wir haben einen funktionierenden Niedriglohnsektor aufgebaut, und wir haben bei der Unterstützungszahlung Anreize dafür, Arbeit aufzunehmen, sehr stark in den Vordergrund gestellt.“¹¹

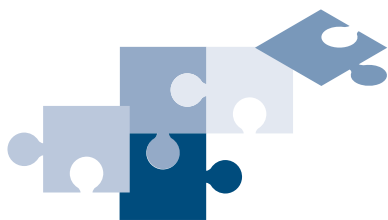
Hartz IV hat einen sozialen Klimawandel bewirkt und die politische Kultur der Bundesrepublik schwer beschädigt. Langzeit- und Dauererwerbslose werden

„DAMIT VERTIEFT SICH DIE KLUFT ZWISCHEN ARM UND REICH, WÄCHST DIE SOZIOÖKONOMISCHE UNGLEICHHEIT UND SCHWINDET DER GESELLSCHAFTLICHE ZUSAMMENHALT. WEDER DIE POLARISIERUNG DER SOZIALSTRUKTUR NOCH DIE PREKARISIERUNG DER LOHNARBEIT IST ALLERDINGS VOM HIMMEL GEFALLEN.“

heute stärker als „Drückeberger“, „Faulenzer“ und „Sozialschmarotzer/innen“ wahrgenommen als vor der Arbeitsmarktreform. Klaus Dörre betont, dass Hartz IV „einen gesellschaftlichen Status unterhalb einer Schwelle der Respektabilität geschaffen“ habe.¹² Tatsächlich bezeichnet Hartz IV heute die Grenze eines akzeptierten Lebensstandards und der bürgerlichen Seriösität in einem sozial fragmentierten und polarisierten Land. Jenseits davon beginnt eine Zone der Verachtung gegenüber Transferleistungsbezieher(inne)n, mit denen die „Leistungsträger“ der Gesellschaft nichts mehr zu tun haben wollen, wie sich die „Hartzer/innen“ umgekehrt immer harscher von den „besseren Kreisen“ absetzen.

Die sozioökonomische Fallhöhe hat sich durch Hartz IV erheblich vergrößert: Aufgrund der Lockerung des sozialen Netzes durch das rot-grüne Reformprojekt griff die Furcht vor dem Abstieg in fast allen Bevölkerungsschichten um sich. Während das von Wilhelm Heitmeyer geleitete Forschungsteam die bisweilen vermutete Entsolidarisierung sozial Benachteiligter gegenüber Hilfebedürftigen empirisch nicht bestätigt fand, führen Abstiegsängste nach seinen Befunden einerseits zu Kontrollverlust-Situationen und andererseits zur Abwertung schwacher Bevölkerungsgruppen: „Wenn jemandem das eigene Leben außer Kontrolle gerät (oder zu geraten scheint), kann das Panik erzeugen. Zur Panikbekämpfung erfolgt dann eine Selbstaufwertung, die gleichzeitig die Abwertung von als ungleichwertig markierten Gruppen bedeutet (Flüchtlinge, Migranten, Langzeitarbeitslose etc.).“¹³

„HARTZ-IV-BEZIEHER/INNEN WERDEN ABER NICHT BLOSS SOZIAL AUSGEGRENZT, SONDERN AUCH POLITISCH INS ABSEITS GEDRÄNGT, WAS SICH ZU EINER GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE ENTWICKELT. SEIT GERAUMER ZEIT BEFINDET SICH DAS PARLAMENTARISCHE REPRÄSENTATIVSYSTEM IN EINER KRISE UND FRANST DAS WEGEN SEINER ENORMEN STABILITÄT GERÜHMTE MODELL DER ‚VOLKSPARTEIEN‘ AUS.“

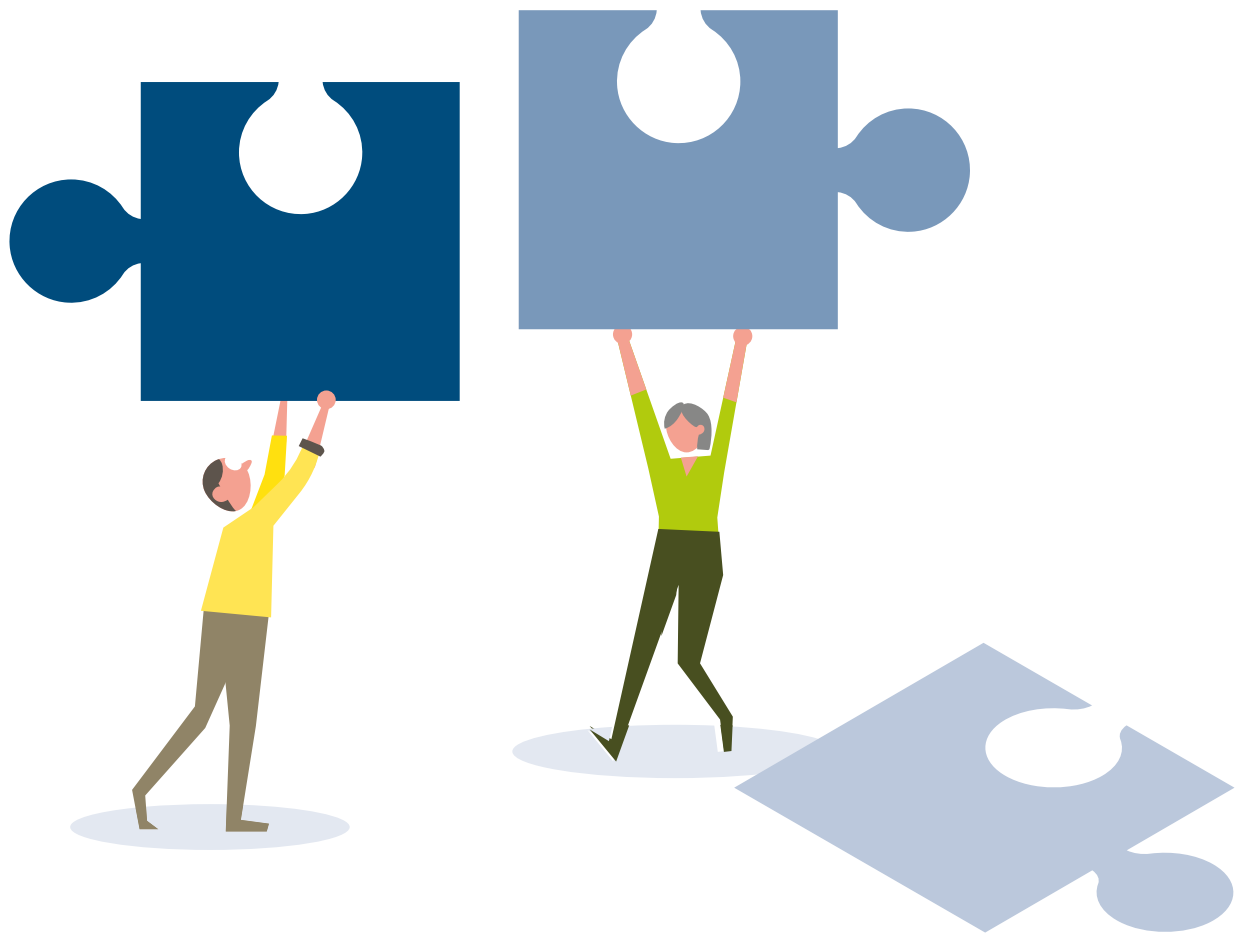


„DASS DIE ANGST VOR DEM SOZIALEN ABSTIEG DURCH HARTZ IV BIS ZUR MITTE DER GESELLSCHAFT VORGEDRUNGEN IST, HAT IN ERSTER LINIE DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD) GENUTZT.“

Verschiedentlich als ein „Gesetz der Angst“ bezeichnet, bildete Hartz IV die Basis einer Gesellschaft der Angst und machte die Bundesrepublik zu einem Land, in welchem Teile der Mittelschicht durch Verachtung gegenüber sog. Randgruppen, sozialen Absteiger(inne)n und beruflichen Verlierer(inne)n ihre Furcht vor dem gleichen Schicksal zu bewältigen suchen. Daraus zog der Journalist Bruno Schrep den Schluss, dass die Solidargemeinschaft der Bundesbürger/innen auseinandergebrochen sei: „Viele Arbeitsplatzbesitzer, viele Nichtbetroffene haben einen stillschweigenden Pakt geschlossen: Sie grenzen sich von den Hartz-IV-Empfängern ab, reißen Witze über sie, vermeiden Kontakte, brechen Freundschaften ab. Dahinter steckt die pure Angst, womöglich schon bald selbst betroffen zu sein.“¹⁴

Hartz-IV-Bezieher/innen werden aber nicht bloß sozial ausgegrenzt, sondern auch politisch ins Abseits gedrängt, was sich zu einer Gefahr für die Demokratie entwickelt. Seit geraumer Zeit befindet sich das parlamentarische Repräsentativsystem in einer Krise und franst das wegen seiner enormen Stabilität gerühmte Modell der „Volksparteien“ aus. Einerseits sinkt die Wahlbeteiligung, andererseits verläuft dieser Prozess sozial selektiv, was zu einer unterschiedlichen Akzeptanz des politischen Systems in einzelnen Gesellschaftsschichten führt.¹⁵ Wie es scheint, schwindet die politische Partizipationsbereitschaft sozial Benachteiligter – anders formuliert: Wahlabstinenz ist häufig die politische Konsequenz einer prekären Existenz. Offenbar haben vor allem Geringverdiener/innen und Transferleistungsbezieher/innen, die von den etablierten Parteien keine Vertretung ihrer Interessen mehr erwarten, das Gefühl, mit ihrer Stimmabgabe wenig bewirken und nichts bewirken zu können.

Dass die Angst vor dem sozialen Abstieg durch Hartz IV bis zur Mitte der Gesellschaft vorgedrungen ist, hat in erster Linie der Alternative für Deutschland (AfD) genutzt. Ein wahrer Spagat ist es für die Partei, denjenigen Angehörigen der Mittelschicht, die sich als übermäßig zur Kasse gebetene Steuerzahler empfinden, ihre Entschlossenheit zu einem radikalen Abbau des Wohlfahrtsstaates zu signalisieren und sich zugleich im Sinne eines Sozialpopulismus als glaubwürdige Interessenvertreterin der Arbeitslosen, Armen und sozial Ausgegrenzten zu profilieren.¹⁶ Wer die AfD wählt oder durch seine Mitgliedschaft unterstützt, lässt den demokratischen Grundkonsens, dass die Würde des Menschen – nicht nur des Deutschen – unantastbar ist, ebenso hinter sich wie das Sozialstaatsgebot des *Grundgesetzes*, das einen ganz anderen Umgang mit Prekarität bedingt, als ihn diese Partei in und außerhalb der Parlamente praktiziert. ■



ANMERKUNGEN

¹ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, 6. Aufl. Wiesbaden 2018, S. 113 ff.

² Vgl. als typisch für die unterschiedliche Bewertung: Sandy Pahlke, *Bildungspaket 2011. Guter Einfall oder Reinfall?*, Berlin 2014; Mara Dehmer/Jennifer Puls/Joachim Rock, *Das Bildungs- und Teilhabepaket: eine Misserfolgsgeschichte. Bürokratische Hürden und fehlende Mittel reduzieren Bildungschancen*, in: *Soziale Sicherheit* 10-11/2016, S. 400 ff.

³ Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (Hg.), *Empirische Befunde zum Bildungs- und Teilhabepaket: Teilha-bequoten im Fokus. Kurzexpertise 4/2018*, Berlin, 18. September 2018, S. 20.

⁴ Vgl. zu dieser Unterscheidung: Christoph Butterwegge, *Armut*, 4. Aufl. Köln 2019, S. 8 ff.

⁵ Vgl. Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe, BIAJ-Materialien: Absolute und relative Lücke zwischen Regelbedarf (Hartz IV) und Armutsgefährdungsschwelle 2006-2018 (<http://biaj.de/archiv-materialien/1262-absolute-und-relative-luecke-zwischen-regelbedarf-hartz-iv-und-armutsgefaehrungsschwelle-2006-2018.html>; 20.8.2019).

⁶ Siehe Simon Jung, *Die Hartz-Reformen und die Armutsentwicklung in Deutschland. Ursachen und armutsbeeinflussende Folgen (von) Deutschlands umfangreichster Sozialreform*, Norderstedt 2012, S. 72 f.

⁷ Vgl. Inge Hannemann, *Die Hartz-IV-Diktatur. Eine Arbeitsvermittlerin klagt an*, Reinbek bei Hamburg 2015, S. 138.

⁸ Vgl. hierzu ausführlicher: Christoph Butterwegge, *Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?*, 3. Aufl. Weinheim/Basel 2018, S. 225 ff.

⁹ Klaus Dörre u.a., *Bewährungsproben für die Unterschicht? – Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik*, Frankfurt am Main/New York 2013, S. 366.

¹⁰ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, *Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*, 2. Aufl. Weinheim/Basel 2020, S. 271 ff.

¹¹ Siehe Klaus Dörre, *Hartz-Kapitalismus. Vom erfolgreichen Scheitern der jüngsten Arbeitsmarktreformen*, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände*, Folge 9, Berlin 2010, S. 300.

¹² Wilhelm Heitmeyer, *Autoritäre Versuche. Signaturen der Bedrohung I*, Berlin 2018, S. 109.

¹³ Bruno Schrep, *Die neue Verhöhnung: „Bierdosen sind Hartz-IV-Stelzen“*, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zu-stände*, Folge 6, Frankfurt am Main 2008, S. 222.

¹⁴ Vgl. Armin Schäfer, *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Frankfurt am Main/New York 2015; Lea Elsässer, *wessen Stimme zählt? – Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*, Frankfurt am Main/New York 2018.

¹⁵ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Gerd Wiegel, *Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD*, 2. Aufl. Frankfurt am Main 2019, S. 125 ff.

ARBEIT UND WOHLBEFINDEN – WAS SAGT DIE GLÜCKSFORSCHUNG?

Prof. Dr. Karlheinz Ruckriegel



Prof. Dr. Karlheinz Ruckriegel
Glücksforscher und Professor für
Volkswirtschaftslehre an der TH Nürnberg

Die Glücksforschung (Happiness Research) ist ein interdisziplinäres Fachgebiet, in dem insbesondere Psychologen („Positive Psychologie“), Soziologen, Ökonomen, Neurobiologen und Mediziner zusammenarbeiten. Sie beschäftigt sich mit Glück im Sinne des Glücklichseins, also mit dem Subjektiven Wohlbefinden, nicht aber dem Glückhaben, also dem Zufallsglück (z. B. Lottogewinn). Die Glücksforschung zeigt, dass das Subjektive Wohlbefinden der zentrale, zusammengefasste Indikator für den Grad der Lebensqualität und somit für eine Politik, die sich an einer Verbesserung der Lebensqualität orientiert, ist.¹

Die Erkenntnisse der Glücksforschung finden in den letzten Jahren zunehmend Eingang in die Politik(-beratung). Die Glücksforschung ist etwa die wissenschaftliche Grundlage für die UN Sustainable Development Goals (die sog. „SDGs“, die 2015 von der UN beschlossen wurden), für den seit 2012 jährlich erscheinenden (UN) World Happiness Report und für den OECD Better Life Index, der als Grundlage für (wirtschafts-)politische Empfehlungen der OECD an ihre Mitgliedsstaaten dient.² Zu Ludwig Erhards Zeiten waren die Erkenntnisse der Glücksforschung zwar noch nicht verfügbar, auch ihm ging es aber um die (Verbesserung der) Lebensqualität der Menschen. Das Materielle (Wohlstand) war Mittel zum Zweck, wobei der Einfluss des Materiellen auf die Lebensqualität auch nach Ludwig Erhard begrenzt war.³

Die Erkenntnisse der Positiven Psychologie,⁴ einem Teilgebiet der interdisziplinären Glücksforschung, haben mittlerweile auch Eingang in Maßnahmen zur Ge-

sundheitsvorsorge – so etwa in dem Programm „Meine Gesundheitskompetenz stärken“, das die AOK Bayern seit einiger Zeit flächendeckend anbietet – und in die Managementlehre (Stichwort „Positive Leadership“)⁵ gefunden.

1. WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN UND GLÜCKSFORSCHUNG

Die Volkswirtschaftslehre beschäftigt sich als Teil der Wirtschaftswissenschaften ganz grundsätzlich mit der Frage, wie man knappe Ressourcen so einsetzen kann, damit man die angestrebten Ziele bestmöglich erreichen kann: „Economics is a science which studies human behaviour as a relationship between ends (Ziele) and scarce means (knappe Mittel/Ressourcen) which have alternative uses.“⁶

Ziel ist für uns Menschen seit jeher ein glückliches, zufriedenes, gelingendes Leben, also eine hohe Lebensqualität.

„Zu allen Zeiten und in allen Ländern der Welt ist das wichtigste Ziel im Leben glücklich zu sein.“⁷

William James, einer der Begründer der Psychologie als eigenständige wissenschaftliche Disziplin, schreibt 1902:

„How to gain, how to keep, how to recover happiness is in fact for most men at all times the secret motive for all they do.“⁸

In der Ökonomik steht der Begriff „Nutzen“ traditionell für „happiness or satisfaction“.

„Traditionally, when economists talk about happiness or satisfaction, they use a technical term, „utility“, whose central role in both economics and philosophy goes back to the time of Thomas Jefferson – in particular, to the introduction of the „utilitarian“ approach in philosophy associated with Jeremy Bentham, an approach that has had a strong influence on economics.“⁹

Ganz grundsätzlich geht es in der Ökonomik um die Mehrung des Nutzens („utility“).

Joachim Weimann et al. führen hierzu Folgendes aus:

„Dabei stand am Anfang der Entwicklung der ökonomischen Wirtschaft eine Philosophie, die das Streben nach Glück als das ultimative Ziel menschlichen Handelns verstand. ... Nutzenmaximierung ist damit identisch mit Glücksmaximierung.“¹⁰

Wenn Glück messbar ist, dann ist also auch Nutzen messbar. Bruno S. Frey und Claudia Frey Marti schreiben hierzu:

„Der von den Ökonomen traditionell verwendete Begriff des Nutzens soll Inhalt bekommen und quantitativ erfasst werden. Die Psychologen haben uns gelehrt, wie Glück gemessen werden kann, was uns ermöglicht, das Nutzenkonzept der Ökonomen mit Leben zu füllen.“¹¹

Gemessen wird Glück anhand des Subjektiven Wohlbefindens (SBW). Subjektives Wohlbefinden hat zwei Ausprägungen, und zwar das „emotionale“ und das „kognitive“ Wohlbefinden. Es geht dabei um die subjektive Sichtweise des Einzelnen, d. h. wie sich aus seiner Sicht die Dinge anfühlen bzw. darstellen.¹² Daniel Kahneman charakterisiert Subjektives Wohlbefinden als „Das Wohlbefinden, das Menschen erleben, während sie ihr Leben leben“ (emotional) einerseits und „Das Urteil, das sie fällen, wenn sie ihr Leben bewerten“ (kognitiv) andererseits.¹³ Unsere knappen Ressourcen sind letztendlich unsere Zeit.

Man sollte also immer die Opportunitätskosten der Zeitverwendung, d. h. den Nutzenentgang, der daraus resultiert, dass man seine Zeit nur einmal verwenden kann, im Auge haben. „Die Lebenszufriedenheit lässt sich am leichtesten dadurch steigern, dass man seine verfügbare Zeit besser nutzt. ... Dass Zeit eine letztlich

„ES GEHT ALSO – ÖKONOMISCH
GESPROCHEN – UM EIN
BEWUSSTES NACHDENKEN ÜBER
EINE EFFIZIENTE ZEITVERWEN-
DUNG FÜR EIN GLÜCKLICHES,
ZUFRIEDENES, GELINGENDES
LEBEN (SUBJEKTIVES WOHLBEFIN-
DEN), D. H. ÜBER EINEN GEBRAUCH
DER ZEIT ZUR ERZIELUNG EINER
HOHEN LEBENSQUALITÄTEN DEN –
ÖKONOMISCH GESPROCHEN –
AUS DER ZEITVERWENDUNG
RESULTIERENDEN ‚NUTZEN‘.“

begrenzte Ressource ist, ist die zentrale Tatsache unseres Lebens.“¹⁴

Es geht also – ökonomisch gesprochen – um ein bewusstes Nachdenken über eine effiziente Zeitverwendung für ein glückliches, zufriedenes, gelingendes Leben (Subjektives Wohlbefinden), d. h. über einen Gebrauch der Zeit zur Erzielung einer hohen Lebensqualität, den – ökonomisch gesprochen – aus der Zeitverwendung resultierenden „Nutzen“.

Ben Bernanke bringt auf den Punkt, was dies zusammengefasst für die Volkswirtschaftslehre heißt:

„As we think about new directions for economic measurement, we might start by reminding ourselves of the purpose of economics. ... The ultimate purpose of economics, of course, is to understand and promote the enhancement of wellbeing.“¹⁵

Es geht also zum einen darum, zu verstehen, wovon Subjektives Wohlbefinden („wellbeing“) abhängt, und zum anderen zu verstehen, wie es gefördert werden kann. Und genau damit beschäftigt sich die Glücksforschung.

2. SUBJEKTIVES WOHLBEFINDEN – DER ZENTRALE INDIKATOR

Subjektives Wohlbefinden hat zwei Ausprägungen, und zwar das „emotionale“ und das „kognitive“ Wohlbefinden. Mit emotionalem Wohlbefinden ist die Gefühlslage im Moment gemeint, wobei es im Wesentlichen auf das Verhältnis zwischen positiven und negativen Gefühlen im Tagesdurchschnitt ankommt (Anhaltspunkt: das Verhältnis von positiv zu negativ sollte mindestens 4:1 betragen).¹⁶ Hier geht es um das Wohlbefinden, das Menschen erleben, während sie ihr Leben leben. Beim kognitiven Wohlbefinden geht es hingegen um den Grad der „Zufriedenheit“ mit dem Leben (Bewertung). Es findet eine Abwägung zwischen dem, was man will (den Zielen, Erwartungen und Wünschen) und dem, was man hat, statt. Es geht also um das Urteil, das Menschen fällen, wenn sie ihr Leben bewerten, wobei es hier entscheidend auf die Ziele ankommt, die Menschen für sich selbst setzen. Ziele sollten realistisch und sinnhaft sein, d. h. sie sollten unsere Glücksfaktoren im Auge haben.

Emotionales und kognitives Wohlbefinden sind gleichermaßen wichtig, denn beide beeinflussen sich gegenseitig.¹⁷ Eine glückliche Person erfreut sich häufig (leicht) positiver Gefühle und erfährt seltener negative Gefühle im Hier und Jetzt, und sieht einen Sinn in ihrem Leben; verfolgt also sinnvolle (Lebens-)Ziele. Dauerhaftes Glück erfordert, dass wir den Weg genießen, der uns zu einem lohnenswerten Ziel führt.¹⁸ Wir sind glücklich, wenn wir uns wohlfühlen mit unserem Leben, wenn wir das Gefühl haben, dass das Leben, das wir führen gut und erfüllend ist. Wohlbefinden ist ein Zeichen dafür, dass unser Leben gut läuft. Und dies gilt weltweit für alle Menschen.

„Glück ist eine „Nebenwirkung“ eines gelingenden Lebens.“¹⁹

3. GLÜCKSFAKTOREN – EIN ÜBERBLICK

Die Glücksforschung hat eine Reihe von Glücksfaktoren herausgearbeitet.

Unser wichtigster Glücksfaktor sind gelingende, liebevolle soziale Beziehungen (Partnerschaft, Kinder, Familie, Freunde, Nachbarschaft, Arbeitskollegen, ...). Wir Menschen sind das sozialste Wesen auf dieser Erde. Gemeinschaft (Zuwendung und Fürsorge) ist ein emotionales Grundbedürfnis für uns.

Warum ist das so?

Bereits vor rund 400.000 Jahren hat sich der Frühmensch eine kooperative Moral angeeignet. Damals hat eine Veränderung der Umwelt die Frühmenschen vor die Alternative gestellt, gemeinsam mit Partnern auf Nahrungssuche zu gehen oder zu verhungern. Zusammenarbeit braucht aber eine kooperative Moral, welche durch gegenseitige Hilfe, eine Verpflichtung zur gerechten Verteilung der gemeinsam erworbenen Nahrung und gegenseitige Achtung und Fairness gekennzeichnet ist. Evolutionsbiologisch haben wir uns deshalb zu einem sozialen Individuum entwickelt. Das Gefühl der Einsamkeit löst Stressreaktionen aus, die signalisieren, dass uns etwas Lebensnotwendiges fehlt.²⁰ Ein weiterer Glücksfaktor ist unsere psychische und physische Gesundheit. Es lohnt sich also, gezielt etwas für die Gesundheit zu tun (Konsum- und Ernährungsverhalten, Bewegung). Eine bedeutende Rolle beim Glücklichein spielen auch Engagement und eine erfüllende Tätigkeit (Arbeit, Ehrenamt, Hobby, ...). Wir haben ein Grundbedürfnis nach sinnhaftem Tun und Wertschätzung/Anerkennung. Auch brauchen wir ein gewisses Maß an persönlicher Freiheit. Wir haben ein Grundbedürfnis nach einem Mindestmaß an Kontrolle über unsere Umwelt. Wir brauchen das Gefühl, auf unser Leben Einfluss zu haben, d. h. selbstwirksam zu sein. Wichtig sind auch die Einstellungen, die wir haben: Sind wir optimistisch, sind wir dankbar, usw.?²¹

Schließlich brauchen wir genug Einkommen, um unsere materiellen Grundbedürfnisse zu decken und eine soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben jetzt und im Alter zu ermöglichen (finanzielle Sicherheit). Wir wissen aus der Glücksforschung aber auch, dass, nachdem die materiellen Grundbedürfnisse abgedeckt sind und eine soziale Teilhabe möglich ist, mehr Geld/Einkommen (Wohlstand) das Subjektive Wohlbefinden kaum mehr erhöht. Zum einen passen sich die materiellen Ansprüche und Ziele an die tatsächliche Entwicklung an, d. h. mit steigendem Einkommen steigen auch die Ansprüche, so dass daraus keine größere Zufriedenheit erwächst – mehr Materielles/Einkommen ist dann nicht mehr besser als weniger (sog. hedonistische Treitmühle/Gewöhnungseffekt). Zum anderen ist dann weniger das absolute Einkommen, sondern vielmehr das relative Einkommen – das heißt das eigene Einkommen im Vergleich zu dem anderer – für den Einzelnen entscheidend. Bei einem Einkommensanstieg für alle kommt es einfach zu einer Erhöhung der sozialen Norm, so dass die Zufriedenheit nicht steigt, da alle mehr haben. Man sollte sich diese beiden Effekte (Gewöhnung und Vergleich) stets bewusst machen und sich vor diesem

Hintergrund genau überlegen, wofür man seine Zeit verwendet. Der Vergleich des eigenen Einkommens mit dem anderer macht aber auch deutlich, dass es wichtig ist, dass es in einer Gesellschaft fair zugeht.

Im August 2019 ist im Harvard Business Manager ein Beitrag zu den aktuellen Erkenntnissen der „Harvard (Business School) Glücksforschung“ erschienen, der schlicht mit „Zeit macht glücklich“ überschrieben ist. Es geht also weniger darum, dem Geld hinterherzulaufen, wir sollten vielmehr darauf achten, wie wir unsere Zeit nutzen. „Zeit ist eine kostbare Ressource. Wenn wir prüfen, welchen Wert wir ihr beimessen, können wir eine noch viel grundlegendere Frage beantworten: Wie können wir das individuelle und gesellschaftliche Wohlergehen maximieren und den Stressfallen des Alltags entkommen?“²²

Zunehmend wird aber auch die Bedeutung der Natur für unser Subjektives Wohlbefinden erkannt. Zum ersten Mal hat sich daher auch der World Happiness Report in diesem Jahr mit dem Thema „Natur und Glück“ in einem Beitrag mit dem Titel „How Environmental Quality Affects Our Happiness?“ beschäftigt.

„This chapter reflects the growing awareness of the major role that the natural environment plays in our happiness. It is the first in the World Happiness Report series to look at how environmental quality shapes how we feel and how we evaluate our lives.“²³

Es zeigt sich, dass der Aufenthalt und Aktivitäten in der gesunden Natur, insbesondere zusammen mit anderen spürbar zu unserem Wohlbefinden beitragen. Daher wundert es auch nicht, dass im Gallup Worldwide Poll, der jährlich in 160 Ländern der Welt durchgeführt wird, über 60 % der Befragten antworten, dass sie den Schutz der Umwelt dem Wirtschaftswachstum vorziehen.²⁴ Vor der Corona-Pandemie haben viele Deutsche viel Zeit mit Arbeit, Einkommenserzielung und Konsum verbracht. Das hat sich von heute auf morgen durch die staatlichen Beschränkungen abrupt geändert. Für viele war dies auch ein Anlass, grundsätzlich übers Leben nachzudenken. Ein bewusstes Nachdenken darüber, worauf es wirklich im Leben ankommt und – in der Konsequenz, wie wir künftig mit unserer Zeit umgehen wollen, wird wohl auch bei vielen zu Verhaltensänderungen führen. Auf jeden Fall dürften die Erkenntnisse der interdisziplinären Glücksforschung und die daraus resultierenden Empfehlungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft infolge der Corona-Pandemie noch weiter an Bedeutung gewinnen.

„ES GEHT ABER NICHT NUR UM ARBEIT (BESCHÄFTIGUNG) AN SICH, ES GEHT AUCH UM GUTE ARBEIT. ES KOMMT ALSO DARAUF AN, DASS WIR EINEN SINN IN DEM WAS WIR TUN, SEHEN. DAMIT IST GEMEINT, DASS UNSERE ARBEIT FÜR ANDERE, FÜR UNSERE GESELLSCHAFT NÜTZLICH IST, EINEN GREIFBAREN NUTZEN HAT.“

4. (GUTE) ARBEIT – EIN ZENTRALER GLÜCKSFAKTOR

In der Publikation „How's Life? – Measuring Well-Being“ aus dem Jahr 2011 hat die OECD erklärt, warum sie einzelne Indikatoren für ihren „Better Life Index“ ausgewählt hat. In Chapter 3 beschäftigt sie sich mit „Jobs and Earnings“.

Die OECD führt aus:

- wir brauchen Arbeit, da wir etwas Sinnvolles mit unserer Zeit anfangen wollen,
- wir brauchen Arbeit, um Einkommen zu erwirtschaften,
- Arbeit schafft Möglichkeiten zur geistigen Weiterentwicklung,
- Arbeit vermittelt das Gefühl, gebraucht zu werden, stärkt unser Selbstvertrauen, schafft Identität und bietet soziale Kontaktmöglichkeiten.²⁵

Untersuchungen – etwa auf der Grundlage der Daten des SOEP – zeigen daher auch, dass Arbeitslosigkeit unser Subjektives Wohlbefinden – gemessen am Grad der Lebenszufriedenheit – deutlich beeinträchtigt.

„Würde man Arbeitslose finanziell vollständig für die entstandenen Einkommenseinbußen entschädigen, hätten sie immer noch ein deutlich geringes Wohlbefinden als Erwerbstätige.“²⁶

Wichtig für den Erfolg am Arbeitsmarkt, das heißt für die Vermeidung von (Langzeit-)Arbeitslosigkeit sind dabei insbesondere Bildung und Gesundheit.²⁷ Bildung und Gesundheit sind auch Teil des OECD Better Life Index.

Es geht aber nicht nur um Arbeit (Beschäftigung) an sich, es geht auch um gute Arbeit. Es kommt also darauf an, dass wir einen Sinn in dem was wir tun, sehen. Damit ist gemeint, dass unsere Arbeit für andere, für unsere Gesellschaft nützlich ist, einen greifbaren Nutzen hat. Es kommt aber auch auf das Betriebsklima, auf unser Verhältnis zu KollegInnen und Vorgesetzten an. Wir wissen etwa aus den Ergebnissen des Gallup Engagement Index, dass es hier insbesondere das Verhalten des unmittelbaren Vorgesetzten wichtig ist.

Was ist wichtig?

Fußend auf einem festen ethischen Wertegerüst geht es um „Positive Leadership“, d. h. die Führungskraft

- trägt dazu bei, dass die MitarbeiterInnen sich am Arbeitsplatz wohlfühlen (positive Kommunikation – das Verhältnis von positiven zu negativen Kommentaren sollte bei 6:1 liegen).
- gibt MitarbeiterInnen Aufgaben, die ihren individuellen Stärken entsprechen, und hilft ihnen, diese auszubauen und in den Flow zu kommen. Sie unterstützt MitarbeiterInnen dabei, Fähigkeiten zu erkennen.
- sorgt dafür, dass sich MitarbeiterInnen im Team gegenseitig unterstützen und wertschätzend miteinander umgehen. Sie trägt dazu bei, dass sich jeder als Teil des Teams erlebt.
- trägt dazu bei, dass MitarbeiterInnen Sinn in ihrer Arbeit erleben und dass sie wissen, wozu ihre Arbeit wichtig ist.
- freut sich mit MitarbeiterInnen, wenn sie Ziele erreicht haben, und lobt sie dafür. Gibt positive Feedback, wenn etwas erreicht wurde.

Es geht letztlich um eine gelebte Vertrauenskultur. Es geht um mehr Vertrauen und weniger Kontrolle. Vertrauen statt Kontrolle geht auch mit weniger Konflikten zwischen MitarbeiterInnen einher. Bernhard Badura, Mitherausgeber des AOK Fehlzeitenreports, führt in einem Interview im Handelsblatt (28.11.2019), das mit „Fehlzeiten gehören auf die Homepage“ überschrieben ist, dazu Folgendes aus:

„Was Menschen leisten, hängt entscheidend ab von ihrer Arbeitsumgebung. Es geht also um die Organisations-

kultur, die Qualität der Führung und die Frage: Als wie sinnhaft begreifen Menschen ihre Tätigkeit? ... Herrscht ein Klima des Misstrauens und der Angst, oder herrscht ein Klima der vertrauensvollen Zusammenarbeit? Diese eine Frage ist von grundlegender Bedeutung. Sowohl für die Produktivität als auch für die Gesundheit.“

In Deutschland steht bisher bei der Führung eher die Sache, weniger der Mensch im Mittelpunkt – das zeigen weltweit vergleichende Untersuchungen. Wollen Unternehmen dies ändern, so sollten sie auch auf externe Expertise zu Positive Leadership zurückgreifen. Aus sich selbst heraus werden Unternehmen einen Turnaround wohl kaum schaffen. Es geht darum, grundlegende Einstellung und Verhaltensweisen zu ändern und diesen Prozess auch permanent zu begleiten. Nach den Erkenntnissen der Glücksforschung ist (gute) Arbeit eine zentrale Quelle für unser Wohlbefinden. Wenn Menschen sich mit den Zielen der Organisation identifizieren, sind externe Kontrollen unnötig, da Selbstkontrolle und eigene Initiative entwickelt wird. Der Mensch sucht eigene Verantwortung. Einfallsreichtum und Kreativität sind im Berufsalltag weit verbreitet.

Diese Ausführungen stehen aber in einem klaren Gegensatz zur traditionellen Annahme in der Ökonomik, wonach Arbeit als Leid gilt, wofür die Arbeitskraft mit dem Lohneinkommen entschädigt werden muss.

„In der Modellwelt der Ökonomen stiftet sie den Menschen keinen direkten Nutzen. Sie ist Mittel zur Befriedigung von Bedürfnissen. Deshalb würden wir lieber nicht arbeiten, aber wir müssen es trotzdem.“²⁸

Arbeit an sich könne danach also nicht zu unserem Wohlbefinden beitragen. Vielmehr gehe es nur darum, das Arbeitsleid monetär zu kompensieren. Dieses Einkommen diene wiederum als Mittel zur Befriedigung unserer materiellen Bedürfnisse. Die Ausführungen der OECD zeigen aber gerade, dass diese Modellannahmen der traditionellen Ökonomik nicht die Realität widerspiegeln.²⁹



POLITIK – WAS IST ZU TUN?

Empfehlungen für die Politik zur Umsetzung der Erkenntnisse der Glücksforschung, d. h. zur Verbesserung des Wohlbefindens und damit der Lebensqualität, liefert der „OECD Better Life Index“. Die OECD hat diesen Index 2011 erstmals veröffentlicht. Der OECD Better Life Index umfasst insgesamt elf Indikatoren: Neben dem Indikator „Zufriedenheit mit dem Leben“ (Lebenszufriedenheit) für das Subjektive Wohlbefinden besteht er aus zehn weiteren Indikatoren, die aufgrund ihres unmittelbaren Einflusses auf die Lebenszufriedenheit ausgewählt wurden.³⁰ Das Subjektive Wohlbefinden – gemessen an der Lebenszufriedenheit – ist der zentrale Indikator im OECD Better Life Index. Bei den zehn weiteren Indikatoren handelt es sich um Beschäftigung (Arbeit), Bildung, Einkommen und Verteilung, Gesundheit, Umwelt, Gemein Sinn, Zivilengagement, Sicherheit, Wohnverhältnisse und Work-Life-Balance. Sie werden ständig auf der OECD Homepage zum „Better Life Index“, die auch in Deutsch verfügbar ist, aktualisiert. Der OECD Better Life Index dient weltweit als Grundlage für ein an der Verbesserung der Lebensqualität orientiertes Regierungshandeln. Die Erkenntnisse aus dem OECD Better Life Index fließen auch in die OECD Länderberichte zu den einzelnen Mitgliedstaaten, die alle zwei Jahre erstellt werden, ein. Als erstes Land hat Neuseeland damit begonnen, das staatliche Budget sukzessive am OECD Better Life Index auszurichten. Nach den Erkenntnissen der Glücksforschung stellt das Subjektive Wohlbefinden, und zwar in der Ausprägung der Zufriedenheit mit dem Leben, den zentralen, zusammengefassten Indikator für die Lebensqualität dar. Wie es in einem Land um die Lebensqualität steht, lässt sich also an der Zufriedenheit mit dem Leben ablesen. Die Glücksforschung zeigt auf, wo konkrete Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Lebensqualität in einem Land bestehen. Mit ihrem „Better Life Index“ hat die OECD hier Pionierarbeit geleistet. Neben Neuseeland rücken Island, Schottland und Finnland, das auf Platz 1 des (UN World) Happiness Index steht, vom BIP als alleinigem Indikator für das „Wohlergehen“ ab. Alle vier Länder haben Glück auf ihre Agenda genommen. Das weltweite Ranking nach dem BIP-pro-Kopf (kaufkraftbereinigt) deckt sich nicht mit dem Ranking im Happiness Index,³¹ bei dem seit Beginn der Veröffentlichung im Jahr 2012 durchwegs die skandinavischen Länder an der Spitze liegen. Das Materielle ist nur eine Einflussgröße von mehreren, die in dem Report berücksichtigt werden. Wichtig sind auch die Qualität und der Umfang staatlicher Leistungen etwa bei Bildung, Gesundheit oder Sicherheit. Diese wirken sich auf

„ES IST DAHER HÖCHSTE ZEIT, DASS AUCH DIE POLITIK IN DEUTSCHLAND, DASS DIE BUNDESREGIERUNG, DIE ERKENNTNISSE DER GLÜCKSFORSCHUNG ALS GRUNDLAGE UND LEITLINIE FÜR KONKRETES REGIERUNGSHANDELN ZUR VERBESSERUNG DER LEBENSQUALITÄT IN DEUTSCHLAND AUFGREIFT.“

die Lebenserwartung, den sozialen Zusammenhalt, das Vertrauen in der Gesellschaft und die empfundene Freiheit und die Lebenschancen aus. Unser Blick sollte sich daher auf die skandinavischen Länder richten, um zu sehen, was wir von ihnen lernen können.³² Im Rahmen der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland“ hat die Bundesregierung (erstmalig) im Oktober 2016 einen Regierungsbericht zur „Lebensqualität in Deutschland“ vorlegt. Darin schreibt die Bundesregierung (S. 5): „Die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger soll Maßstab für eine erfolgreiche Politik werden.“ Anfang Oktober 2019 fand die OECD-Konferenz „Putting Well-Being Metrics into Policy Action“ in Paris statt. Sie hat sich mit dem aktuellen Stand der Umsetzung der Erkenntnisse der Glücksforschung – also mit Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität – in einzelnen OECD Ländern beschäftigt.

In seiner Begrüßung zur Konferenz führte Angel Gurría, der Generalsekretär der OECD, aus:

„Well-being lies at the heart of the OECD’s mission. This workshop will give us a unique opportunity to take stock of our efforts to place well-being at the centre of our metrics and our policies. ... It’s time to rethink how governments make policy, moving away from pursuing economic growth, towards people-focused policies that promote well-being and sustainable development.“

Der OECD geht es also um eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum als Ziel der (Wirtschafts-)Politik und um eine Hinwendung zur Förderung von Wohlbefinden und Nach-

haltigkeit. Auf dieser OECD Konferenz war Deutschland aber nicht vertreten. Nach Auskunft des Wirtschaftsministeriums in Berlin gibt es innerhalb der Bundesregierung auch kein Ressort, das speziell für das Thema Glücksforschung zuständig ist. Es stellt sich die Frage, wie die Bundesregierung die Lebensqualität in Deutschland systematisch steigern will, wenn dafür der zentrale Indikator fehlt. Es ist daher höchste Zeit, dass auch die Politik in Deutschland, dass die Bundesregierung, die Erkenntnisse der Glücksforschung als Grundlage und Leitlinie für konkretes Regierungshandeln zur Verbesserung der Lebensqualität in Deutschland aufgreift. Die OECD hat auf der Grundlage des „Better life index“ schon vor einiger Zeit eine Reihe von Verbesserungen angemahnt. In ihren Empfehlungen für die Politik in ihrem „Wirtschaftsbericht: Deutschland 2014“ empfiehlt die OECD etwa:

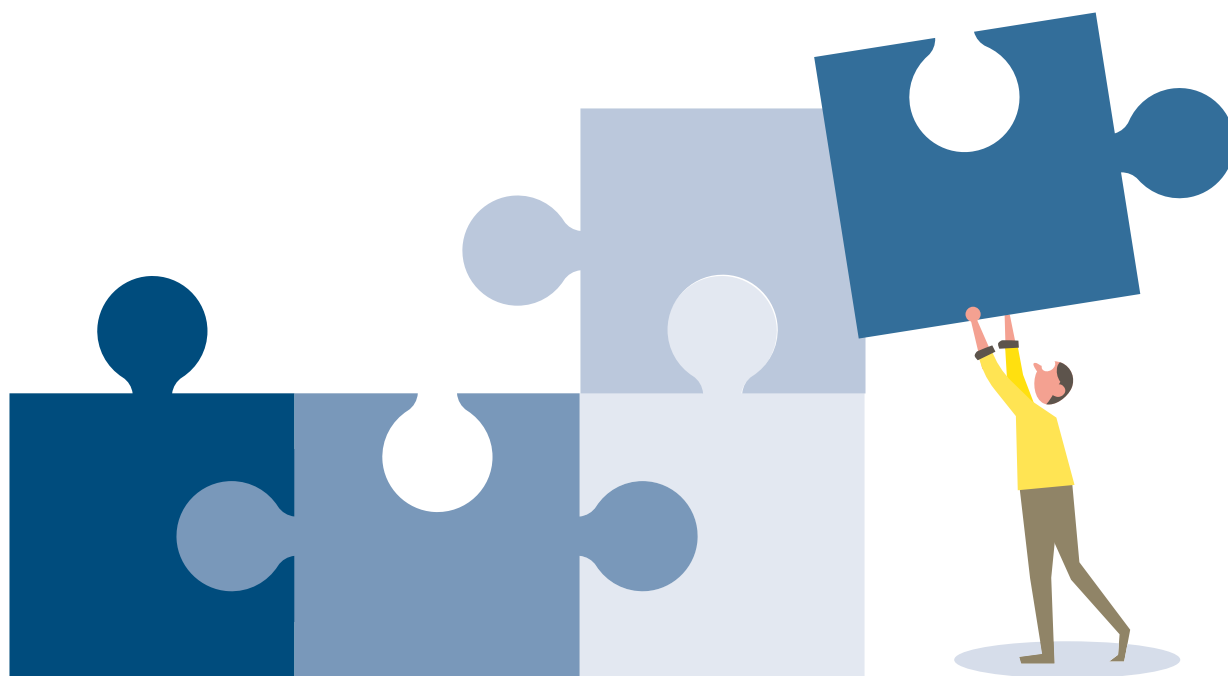
„Unsere Kernbotschaft ist, dass Deutschland ein inklusiveres Wachstumsmodell verfolgen sollte. Basierend auf guten Löhnen, einem fairen Steuersystem, gleichen Bildungschancen für alle und höheren Bildungsinvestitionen“, so der Generalsekretär der OECD Angel Gurría bei der Vorstellung des OECD Deutschlandberichts am 13. Mai 2014 in Berlin.“³³

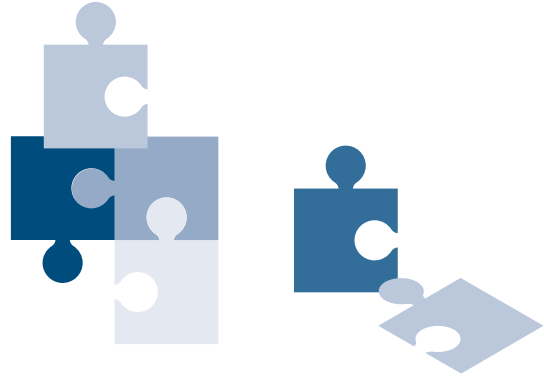
Im „Wirtschaftsbericht Deutschland 2016“ legt die OECD nach:

„Die Bildungsergebnisse hängen nach wie vor stark vom sozioökonomischen Hintergrund ab, wenn auch weniger als in der Vergangenheit. Lebenserwartung und subjektiver Gesundheitszustand variieren erheblich ja nach sozioökonomischem Hintergrund ...“³⁴

Auf die (gravierenden) Probleme, die von Bildungsdefiziten aufgrund von strukturell – d. h. in Abhängigkeit vom sozioökonomischen Hintergrund – ungleichen Bildungschancen bei der Integration in den Arbeitsmarkt in Deutschland bestehen, hat Ulrich Walwei, Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt und -berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg in seinem Vortrag „Der Arbeitsmarkt vor neuen Herausforderungen“, den er auf der Tagung „70 Jahre Soziale Marktwirtschaft und 30 Jahre Deutsche Wiedervereinigung – Bilanz und Perspektiven des deutschen Modells“ am 4.7.2020 an der Politischen Akademie Tutzing gehalten hat, hingewiesen. In der anschließenden Diskussion waren sich aber alle einig, dass diese Probleme schon seit vielen Jahren in Deutschland existieren.

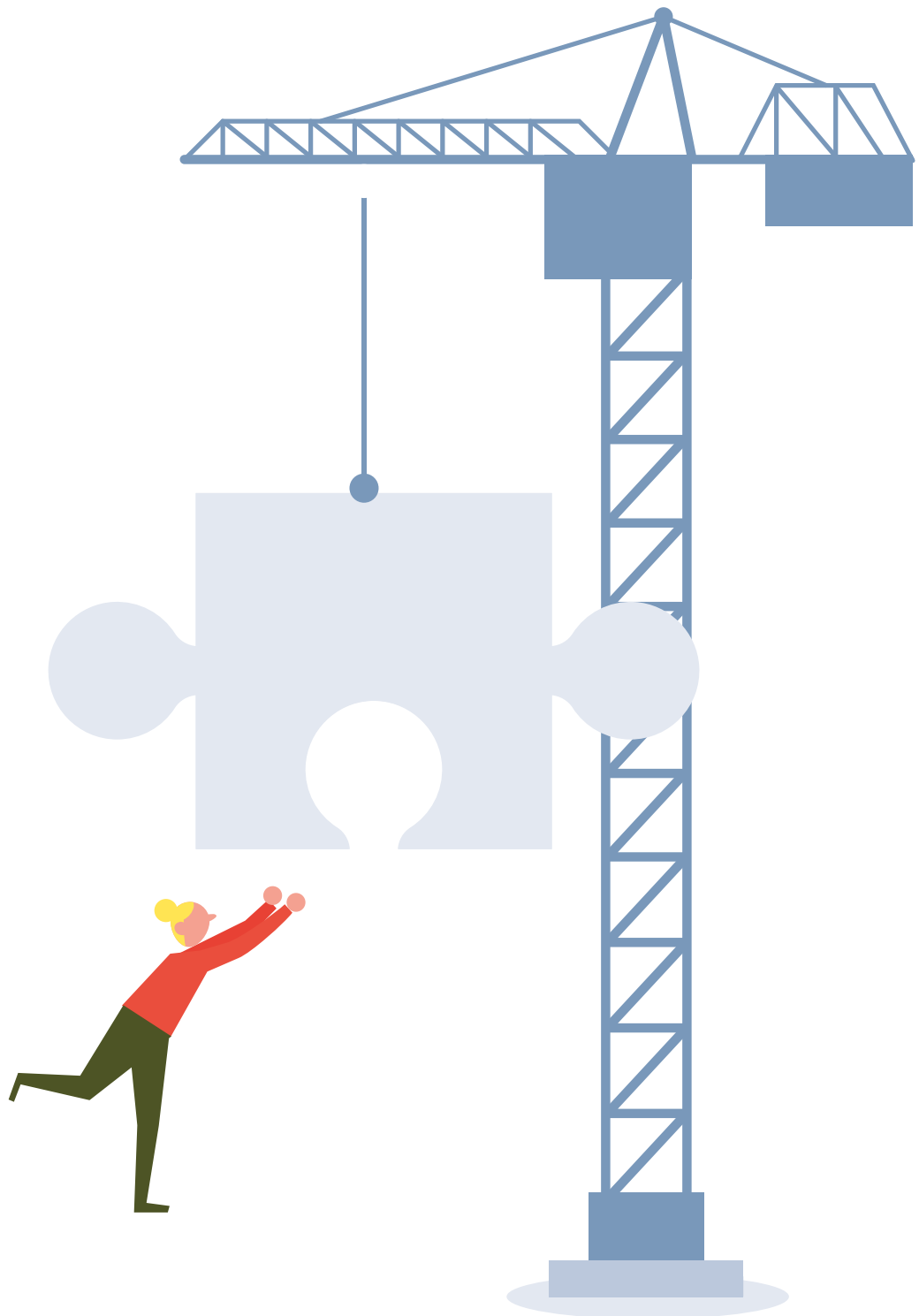
Wir wissen also, wo wir ansetzen müssen. ■





ANMERKUNGEN

- ¹ Im Mittelpunkt steht hier die Zufriedenheit mit dem Leben: „Life evaluations were granted a central role in the World Happiness Reports, because they provide an umbrella measure by which the relative importance of the supporting pillars for good lives can be compared.“ Helliwell, John F.: Global Happiness Policy Synthesis 2018, in: Global Happiness Council (Hrsg.): Global Happiness Policy Report 2018, S. 10-25.
- ² Im Jahr 2015 hat Angus Deaton (Princeton University) für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Glücksforschung den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhalten.
- ³ Vertiefend hierzu Ruckriegel, Karlheinz: Ludwig Erhard im Lichte der Glücksforschung, in: Grömling, Michael/Taube, Markus (Hrsg.): Reflexionen zur Sozialen Marktwirtschaft – Eine Festschrift für Wolfgang Quaisser, Marburg 2020, S. 193-224.
- ⁴ Ein Überblick über den aktuellen Stand der Erkenntnisse der Positiven Psychologie findet sich in Blickhan, Daniela: Positive Psychologie, 2. Auflage, Paderborn 2018.
- ⁵ Vgl. Ebner, Markus: Positive Leadership, Wien 2019; Ruckriegel, Karlheinz: Positive Leadership, Nürnberg 2020; Ruckriegel, Karlheinz/Niklowski, Günter/Haupt, Andreas: Gesundes Führen mit Erkenntnissen der Glücksforschung, Freiburg 2014 sowie Ruckriegel, Karlheinz/Ruckriegel, Christian/Ruckriegel, Eva: Glückliche/zufriedene Mitarbeiter – eine in jeder Hinsicht „entscheidende“ Herausforderung für Führung in Zeiten der Digitalisierung, in: Bär, Christian/Grädler, Thomas/Mayr, Robert (DATEV) (Hrsg.): Digitalisierung im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Recht, Band 2: Wissenschaft und Recht, Berlin 2018, S. 235-258.
- ⁶ Robbins, Lionel: An Essay on the Nature and Significance of Economics, London 1932, S. 15.
- ⁷ Frey, Bruno S.: Wirtschaftswissenschaftliche Glücksforschung – kompakt – verständlich – anwendungsorientiert, Wiesbaden 2017, S.1.
- ⁸ Zitiert nach Myers, David G.: Psychology, 8. Auflage, New York 2007, S. 537.
- ⁹ Bernanke, Ben S.: The Economics of Happiness, Speech given at the University of South Carolina Commencement Ceremony, Columbia, SC, 8.5.2010. Ben Bernanke war bis Anfang 2014 Chairman der US-Zentralbank.
- ¹⁰ Weimann, Joachim/Knabe, Andreas/Schöb, Ronnie: Geld macht doch glücklich – Wo die ökonomische Glücksforschung irrt, Stuttgart 2012, S. 166.
- ¹¹ Frey, Bruno S./Frey Marti, Claudia: Glück - Die Sicht der Ökonomie, Zürich 2010, S. 26.
- ¹² Vgl. Diener, Ed/Biswas-Diener, Robert: Happiness - Unlocking the Mysteries of Psychological Wealth, Malden 2008, S. 4.
- ¹³ Kahneman, Daniel: Schnelles Denken, Langsames Denken, München 2012, S. 487f.; vertiefend dazu OECD: Guidelines on Measuring Subjective Well-being, Paris 2013.
- ¹⁴ Kahneman: Schnelles Denken, S. 492, 506.
- ¹⁵ Bernanke, Ben S.: Economic Measurement, Vortrag bei der 32. General Conference of the International Association for Research in Income and Wealth, Cambridge, MA, 6. August 2012.
- ¹⁶ Vgl. Baumeister, Roy F./Tierney, John: Die Macht des Schlechten – nicht mehr schwarzsehen und gut leben, Frankfurt 2020, S. 29-56.
- ¹⁷ (Länger andauernde) negative Gefühlsbilanzen (negative Gefühle überwiegen im Verlaufe eines Tages) sind hoch negativ korreliert mit der Lebenszufriedenheit und umgekehrt. OECD: How's Life 2020? – Measuring Well-Being, Paris 2020, S. 146-148.
- ¹⁸ Vgl. Ben-Shahar, Tal: Glücklicher, München 2007, S. 56, 63.
- ¹⁹ Hirschhausen, Eckart von: Die Tücken der Lebensfreude, in: Was uns Glücklich macht, GEOkompakt, Nr. 58, 2019, S. 152.
- ²⁰ Vertiefend Ruckriegel, Ludwig Erhard im Lichte der Glücksforschung, S. 202-206 sowie Bregman, Rutger: Im Grunde gut – eine neue Geschichte der Menschheit, Hamburg 2020; Christakis, Nicholas A.: Blueprint – Wie unsere Gene das gesellschaftliche Zusammenleben prägen, Frankfurt 2019; Tomasello, Michael: Eine Naturgeschichte der menschlichen Moral, Berlin 2016; ders.: Moral – Die Geburt des „Wir“, in: Der Mensch – Ein einzigartiges Wesen, Spektrum der Wissenschaft Spezial Biologie, Medizin, Hirnforschung, Nr. 4/2019, S. 62-67.
- ²¹ Hier setzt das Programm „Meine Gesundheitskompetenz stärken“ der AOK Bayern an.
- ²² Whillans, Ashley: Zeit macht glücklich, Harvard Business manager, Ausgabe August 2019, S.49.
- ²³ Krekel, Christian/MacKerron, George: How Environmental Quality Affects Our Happiness in: Helliwell, John F et al. (Hrsg.): World Happiness Report 2020, New York 2020, S. 96.
- ²⁴ Vgl. ebd., S. 96.
- ²⁵ Vgl. OECD: How's Life?, S. 58.
- ²⁶ Schlunkert, Reinhard/Raffelhüschen, Bernd: Deutsche Post Glücksatlas 2015, München 2015, S. 60.
- ²⁷ Vgl. OECD: How's Life?, S. 104, 146.
- ²⁸ Bonin, Holger: Vom Wert der Arbeit im digitalen Wandel – Volkswirtschaftliche Perspektiven, in: Bonin, Holger/Heßler, Martina (Hrsg.): Aufbruch oder Abbruch? Trends und Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, Roman Herzog Institut, München 2019, S. 16.
- ²⁹ Vgl. hierzu etwa Ruckriegel: Positive Leadership.
- ³⁰ Vgl. OECD: How's Life?, S. 277.
- ³¹ Vgl. Helliwell, John F. et al: Social Environments for World Happiness, in: Helliwell: World Happiness Report 2020, S. 19-21.
- ³² Vertiefend hierzu Martela, Frank et al: The Nordic Exceptionalism: What Explains Why the Nordic Countries Are Constantly Among the Happiest in the World, in: Helliwell: World Happiness Report 2020, S.128-145.
- ³³ Augstein, Jakob: Die Deutschen lassen sich zu viel gefallen, in Spiegel Online, 15.05.2014, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/jakob-augstein-ueber-ungerechtigkeit-in-deutschland-a-969544.html>, zuletzt abgerufen am 06.07.2020.
- ³⁴ OECD: OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland 2016, OECD Publishing, Paris, 2016, S. 16.



III. PRAKTISCHE PERSPEKTIVE

ARBEIT ALS GRUNDLAGE SOZIALEN LEBENS UND LERNORT FÜR DEMOKRATIE

Anja Weber

„ES IST IMMER UND EINZIG DIE MENSCHLICHE ARBEIT,
DURCH WELCHE DIE GEMEINSCHAFT LEBT.“



Anja Weber
Vorsitzende des DGB Nordrhein-Westfalen

Diese Feststellung unseres Gründungsvaters und ersten Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Hans Böckler fasst eine Erkenntnis zusammen, die aktueller kaum sein könnte. Denn während dieser Text entsteht, leben unsere Gesellschaft und die Menschen in allen Staaten Europas und der Welt unter Bedingungen, die uns von der Ausbreitung eines Virus abverlangt werden. Und während sich die für seine Eindämmung notwendigen Restriktionen vorsichtig lockern und wir so etwas wie eine „neue Normalität“ einüben, lässt sich feststellen: Selten wurde so intensiv und von so vielen über die Bedeutung der Arbeit für die eigene Person, Familie und Gesellschaft nachgedacht und diskutiert wie in diesen Tagen und Wochen.

Dabei geht dieses Nachdenken über praktische Fragen weit hinaus. Wir stellen fest, dass „Homeoffice“ als Massenphänomen vermutlich zu einem Katalysator für die weitere Entwicklung der Digitalisierung in unseren Arbeitszusammenhängen werden wird. Wir mussten erleben, welche Belastung das „Eingesperrt Sein“ im Homeoffice sein kann – körperlich, emotional, psychisch, gesteigert noch, wenn dabei Kinder beaufsichtigt werden müssen. Jedenfalls dann, wenn man nicht zu den Glücklichen zählt, die einen eigenen Garten oder zumindest eine wirklich große Wohnung, einen Partner

oder eine Partnerin haben, mit denen sich häusliche Arbeit und das Spiel, „Homeschooling“ und Betreuung der Kinder organisieren lässt. Und wir sehen, dass die Zahl derjenigen, die jetzt ihre Arbeit verlieren oder in Kurzarbeit geschickt werden, sprunghaft ansteigt. Millionen Menschen lernen gerade auf brutale Art und Weise, wenn sie es nicht sowieso schon wussten, den Wert der Arbeit für ihr Leben kennen. Zu diesem „Lernprozess“ gehört auch die Erkenntnis, dass neben der Notwendigkeit durch Arbeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen, die Arbeit ein wesentlicher Teil unserer Existenz als soziales Wesen darstellt.

Und wir sehen, dass die unterschiedliche Organisation von Arbeit in Deutschland und anderen Staaten mit darüber entscheidet, wie diese Staaten die Krise bewältigen. Neben der Frage, in welchem Maße das Gesundheitssystem privatisiert und ökonomisiert ist oder in welchem Maße es allen Menschen zugänglich ist, erleben wir die folgeschweren Auswirkungen des Fachkräftemangels an Schulen, Kitas und im Gesundheitssystem, die Bedeutung von Arbeitszeitgestaltung und Arbeitsschutz – um nur einige Beispiele zu nennen.

Das „Zurückgeworfen Sein“ auf den eigenen familiären und kulturellen Kontext, wenn die Begegnung in der Arbeit wegfällt oder nur sehr restriktiv stattfinden kann, führt zur Verstärkung von Exklusion und behindert Integration. Noch wissen wir wenig über diese Auswirkungen der Corona-Krise auf wirtschaftlich schwächere oder weniger integrierte Menschen unserer Gesellschaft. Aber all das zeigt, dass die Arbeit eine zentrale Bedeutung für den einzelnen Menschen und unsere Gesellschaft als Ganzes hat.

ARBEIT UND DEMOKRATIE

Vor 72 Jahren, am 10. Dezember 1948 trafen sich in Paris Menschen mit unterschiedlichen rechtlichen und kulturellen Hintergründen aus allen Teilen der Welt und einigten sich auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Nachdem die Welt gerade erlebt hatte, wohin die Verachtung der Menschenwürde durch Krieg und Faschismus geführt hatten, einte sie die Vision einer Welt, in der die Würde jedes einzelnen Menschen anerkannt und geschützt wird. „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Dieser erste Artikel der Erklärung garantiert jedem Menschen die gleichen Rechte – unabhängig von Herkunft, Staatsangehörigkeit, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, sexueller Orientierung, Identität oder Vermögen. Und in dieser – menschheitsgeschichtlich noch so jungen – Erklärung erhält die Arbeit eine zentrale Rolle. In Artikel 23 heißt es:

- (1) Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.
- (2) Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.
- (3) Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.
- (4) Jeder hat das Recht, zum Schutze seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.

Arbeit wird als grundlegendes Menschenrecht anerkannt. Und zwar Arbeit, die die menschliche Würde ebenso sichert wie die menschliche Existenz. In der das Recht auf gewerkschaftliche Organisation geschützt wird und in der Lohndiskriminierung keinen Platz hat.

Der Zustand der Arbeit und unserer Demokratie stehen in einem Zusammenhang. Deshalb hat der zuvor erwähnte Hans Böckler betont: „Nicht der Wille zur Macht, hat die Gewerkschaften bestimmt, eine gleichberechtigte Stellung für die Arbeitnehmer in der Wirtschaft zu fordern, sondern vor allem die Erkenntnis, dass der politischen Demokratie, soll sie nicht ein weiteres Mal zum Nachteil des Volkes und der ganzen Welt missbraucht werden, die wirtschaftliche Demokratie zur Seite gestellt werden muss.“

Wie sich Arbeitsverhältnisse in einen demokratischen Kontext einfügen – oder eben auch nicht – hat Auswir-

kungen auf das gesamte demokratische Gemeinwesen. Und dieser Zustand ist derzeit in Deutschland ambivalent: Einerseits sichern Tarifverträge und Mitbestimmung für 52 Prozent der Beschäftigten Teilhabe und die Chance auf fairen Lohn und gute Arbeitsbedingungen. Andererseits arbeiten 48 Prozent ohne Tarifvertrag; 23 Prozent versuchen unter Mühen ihren Lebensunterhalt im Niedriglohnbereich zu sichern und im Jahr 2018 arbeitete etwa jeder Zwanzigste ohne sichere Perspektive, mit befristetem Vertragsverhältnis – unter jungen Menschen sind dies sogar fast 17 Prozent.

Ein Beispiel für die Bedeutung von Tarifverträgen und die Gestaltung von Arbeit im Zusammenhang mit Teilhabe und Integration sind die jüngsten gewerkschaftlichen Erfolge im Zusammenhang mit der tariflichen Arbeitszeit. Nach Jahrzehnten, in denen Arbeitgeber auf die Verlängerung von Arbeitszeit drängten und immer mehr unbezahlte Mehrarbeit von den Beschäftigten abverlangten, haben Gewerkschaften in den letzten Jahren wieder Arbeitszeitregelungen zugunsten der Beschäftigten tariflich durchsetzen können. Ob es die Wahlfreiheit zwischen Entgelterhöhung oder Freizeit, zusätzliche freie Tage für Familienarbeit oder Regelungen, zeitlich begrenzt die Arbeitszeit zu verkürzen, sind – solche Regelungen sind wichtig für die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen, und ebenso dafür, dass Menschen neben ihrer Arbeitszeit noch Zeit und Kraft für ehrenamtliches Engagement, sei es im Sportverein, in sozialen oder politischen Ehrenämtern oder bei der Gewerkschaft haben. Schlüssel für diese Zurückeroberung der Gestaltungsmacht im Bereich der Arbeitszeit ist die stärkere Einbeziehung der Beschäftigten in die Entwicklung von Forderungen. Bevor die betrieblichen Vertreter*innen in den Tarifkommissionen entscheiden, werden häufig Beschäftigtenbefragungen vorgeschaltet.

Tarifverträge und auch Betriebsräte sind gelebte Demokratie. Mit großer Sorge sehen der DGB und seine Gewerkschaften daher die Entwicklung, dass sich viele Unternehmen der neuen digitalen Wirtschaft den Regeln unserer Sozialpartnerschaft mit Tarifverträgen und Mitbestimmung entziehen. Die „Amazonisierung“ der Gesellschaft wurde nicht nur zu einem Schlagwort für zunehmenden Internethandel, sondern auch für die bei neuen digitalen Unternehmen verbreitete Haltung, sich mit allen Mitteln gegen Tarifverträge und Mitbestimmung zu wehren. Die „schöne neue digitale Welt“ der Online-, Plattform- und Startup-Ökonomie verliert allzu häufig ihren Glanz, schauen wir hinter die Fassaden. Auf die

„ARBEIT IST EIN ZENTRALER ERFAHRUNGSSORT FÜR DIE ARBEITENDE MEHRHEIT DER BEVÖLKERUNG. WEIL ARBEIT EIN ZENTRALER ORT DES LEBENS IST UND ARBEITSZEIT AUCH LEBENSZEIT BEDEUTET, IST SIE AUCH EINE GROSSE CHANCE FÜR DAS GELINGEN VON INTEGRATION.“

Behinderung von Betriebsratsarbeit spezialisierte Anwaltskanzleien sind ein lukratives Geschäftsmodell und Symbol dafür, was in unserer Gesellschaft nicht stimmt.

Und so spiegelt sich die zuvor benannte Ambivalenz auch im Erscheinungsbild unsere Demokratie. Gerade in der Corona-Krise hat sie ihre große Stärke unter Beweis gestellt. Alle notwendigen Maßnahmen wurden durch demokratische Entscheidungen herbeigeführt. Trotz der hohen Geschwindigkeit der Entwicklungen gab es intensive Abstimmungen mit Gewerkschaften und Verbänden, die dazu maßgeblich beigetragen haben, dass die getroffenen Maßnahmen eine hohe Wirksamkeit und große Zustimmung gefunden haben. Zugleich werden bereits zuvor bestehende Exklusionen und Benachteiligungen unter den Krisenbedingungen nicht nur wie unter einem Brennglas so deutlich wie nie zuvor, sie werden durch die Krise verstärkt.

Arbeit als zentrales Element der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben braucht die Solidarität der Beschäftigten untereinander und das gemeinsame Eintreten für die eigenen Interessen. Chancengleichheit und Demokratie müssen gegen kurzsichtige ökonomische Interessen durchgesetzt und gesichert werden. Dass Arbeit unter den Bedingungen von Tarifvertrag und Mitbestimmung mehr ist als nur Broterwerb, dass sie Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen ebenso sichert wie Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und Fortschritt, ist ein Ergebnis des Erfolges der sozialen Auseinandersetzungen des 19. und vor allem 20. Jahrhunderts. Geschenkt bekommen haben wir das nicht.

ARBEIT ALS SOZIALER LERNORT FÜR INTEGRATION

Arbeit ist ein zentraler Erfahrungsort für die arbeitende Mehrheit der Bevölkerung. Weil Arbeit ein zentraler Ort des Lebens ist und Arbeitszeit auch Lebenszeit bedeutet, ist sie auch eine große Chance für das Gelingen von Integration. Das Dazugehören, die gemeinsame Arbeit, aber auch die gemeinsame Interessenvertretung drückt sich für Beschäftigte insbesondere in der gewerkschaftlichen Organisation aus. 1,4 Millionen Mitglieder unserer acht Mitgliedsgewerkschaften in NRW sind Ausdruck gelebter Demokratie und Integration.

In der Vertretung für Interessen von Beschäftigten spielen Hautfarbe und Herkunft keine Rolle. Zentral ist die Stellung als Arbeitnehmer*in im Unternehmen, aus der sich Rechte, Pflichten und damit auch Interessen ergeben, die es gegenüber dem Arbeitgeber zu vertreten gilt. Tatsächlich spielt der Migrationshintergrund bei gewerkschaftlicher Organisation und bei unseren Funktionär*innen schon lange keine besondere Rolle mehr: Gewerkschaften verfügen über hohe Expertise in der multikulturellen Zusammenarbeit; in Betriebsräten ist das Normalität. Und es funktioniert umso besser, je stärker Integration als beidseitiger Veränderungsprozess begriffen wird und nicht als schlichte Eingliederung bzw. Anpassung derer, die hinzugekommen sind. Die Kolleginnen und Kollegen bleiben sie selbst, als Menschen mit vielfältigen und verschiedenen Erfahrungen, Neigungen, Herkunft und Einstellungen. In ihren Interessen als Arbeitnehmer*innen unterscheiden sie sich nicht. Dies zum einen zu trennen und zum anderen zu vereinen, das ist die tägliche Aufgabe.

Gute Beispiele sind Betriebsfeste aber auch Arbeitskämpfe, in denen das Beste aus jeder Kultur auf den Tisch kommt, bzw. in die Aktion eingebracht wird. Aber auch das ist weder konflikt- noch widerspruchsfrei. Betriebsräte und Gewerkschaftskolleg*innen als erprobte Konfliktmanager leisten hier viel, damit Konflikte weder unter den Tisch gekehrt werden noch eskalieren, sondern im besten Fall zu einem gemeinsamen Lernprozess führen. Dabei darf nicht verschwiegen werden, dass das nicht immer gelingt. Wie labil die Situation ist, und wie schnell Verunsicherung zum Aufbrechen von solidarischem Miteinander führt, zeigt der Zuspruch, den Rechtspopulisten auch unter Gewerkschaftsmitgliedern haben.

Wer unter restriktiven, undemokratischen Bedingungen einen wesentlichen Teil seiner Lebenszeit verbringt,

kann für die Demokratie verloren gehen. Wir wissen aus verschiedenen Studien, dass Tarifverträge und Betriebsräte ein wirksames Mittel gegen zunehmenden Rechtsextremismus und wachsenden Einfluss von Rechtspopulismus ist. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung aus dem Jahr 2017 kommt zu dem Ergebnis, dass die Neigung, rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien zu wählen, unter den Beschäftigten, die in Unternehmen mit Tarifbindung und Mitbestimmung arbeiten, sinkt. Hier bestätigt sich einmal mehr die Aussage unseres Gründungsvaters, dass die politische Demokratie durch die wirtschaftliche ergänzt werden muss.

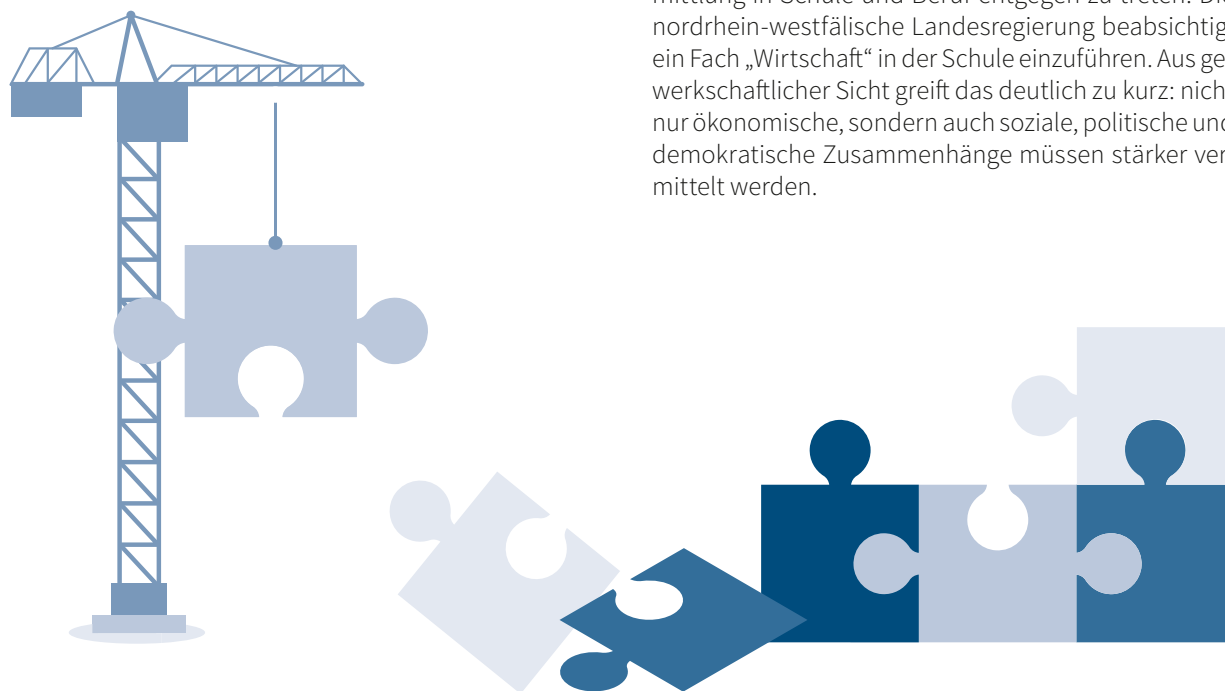
Rahmenbedingungen und die Organisation von Arbeit sind entscheidend, ob und wie Integration gelingt. Schlechte Beispiele sind Geschäftsmodelle wie in der Fleischbranche, die vorrangig auf der Beschäftigung von osteuropäischen Werkvertragskräften basieren. Hier wird die Armut der Herkunftsländer ausgenutzt, es herrschen Arbeits- und Wohnbedingungen vor, die an längst vergangene Zeiten erinnern. Erschütterndes Zeugnis, wieviel auch Teile der Mehrheitsgesellschaft noch zu lernen haben, ist, wenn derartige Zustände mit niedrigen Fleischpreisen gerechtfertigt werden können.

DIGITALISIERUNG BRINGT NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Oft wird die Frage gestellt, ob im Zuge der Digitalisierung Arbeit ihre zentrale Bedeutung verlieren wird. Manchmal werden Horrorszenarien bemüht, die belegen sollen, dass uns die Arbeit ausgeht. Digitalisierung ist kein Schicksal, das uns überkommt. Es sind immer noch Menschen, die die Richtung bestimmen: Welche Aufgaben und welche Entscheidungen können und sollen an Maschinen, Computer und Algorithmen delegiert werden? Nicht alles, was technisch möglich ist, ist sinnvoll, nicht alles was ökonomisch machbar ist, muss umgesetzt werden und ist gesellschaftlich auch von Vorteil.

Digitalisierung ist eine Herausforderung für unsere Demokratie, sich der Komplexität zu stellen und Strukturen zu schaffen, sie zu bewältigen. Das deutsche Mitbestimmungsmodell mit Betriebsräten und Aufsichtsräten ist hier eine Chance: Betriebsräte können Beteiligung und Prozessorganisation.

Die Digitalisierung macht die Anforderung an ein lebenslanges Lernen unerlässlich. Ein Großteil davon findet in den Betrieben statt. Wichtiger als die Vermittlung von fachlichen Kompetenzen, deren Halbwertszeit immer kürzer wird, ist die Vermittlung sozialer Kompetenzen. Auch hier ist der Betrieb ein wichtiger Lernort. Ein wichtiges Feld der gesellschaftlichen Auseinandersetzung ist daher, der Ökonomisierung von Wissensvermittlung in Schule und Beruf entgegen zu treten. Die nordrhein-westfälische Landesregierung beabsichtigt, ein Fach „Wirtschaft“ in der Schule einzuführen. Aus gewerkschaftlicher Sicht greift das deutlich zu kurz: nicht nur ökonomische, sondern auch soziale, politische und demokratische Zusammenhänge müssen stärker vermittelt werden.



„NICHT ALLES KANN ÜBER DIE ARBEIT GEREGLT WERDEN. GUTE ARBEIT BRAUCHT EINE GUTE INFRASTRUKTUR, GUTE SCHULEN UND EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT. DIE CORONA-KRISE HAT NEBEN DER STABILITÄT UNSERER DEMOKRATIE AUCH OFFENGELEGT, WO DEFIZITE LIEGEN, AN DEREN BESEITIGUNG WIR ARBEITEN MÜSSEN.“

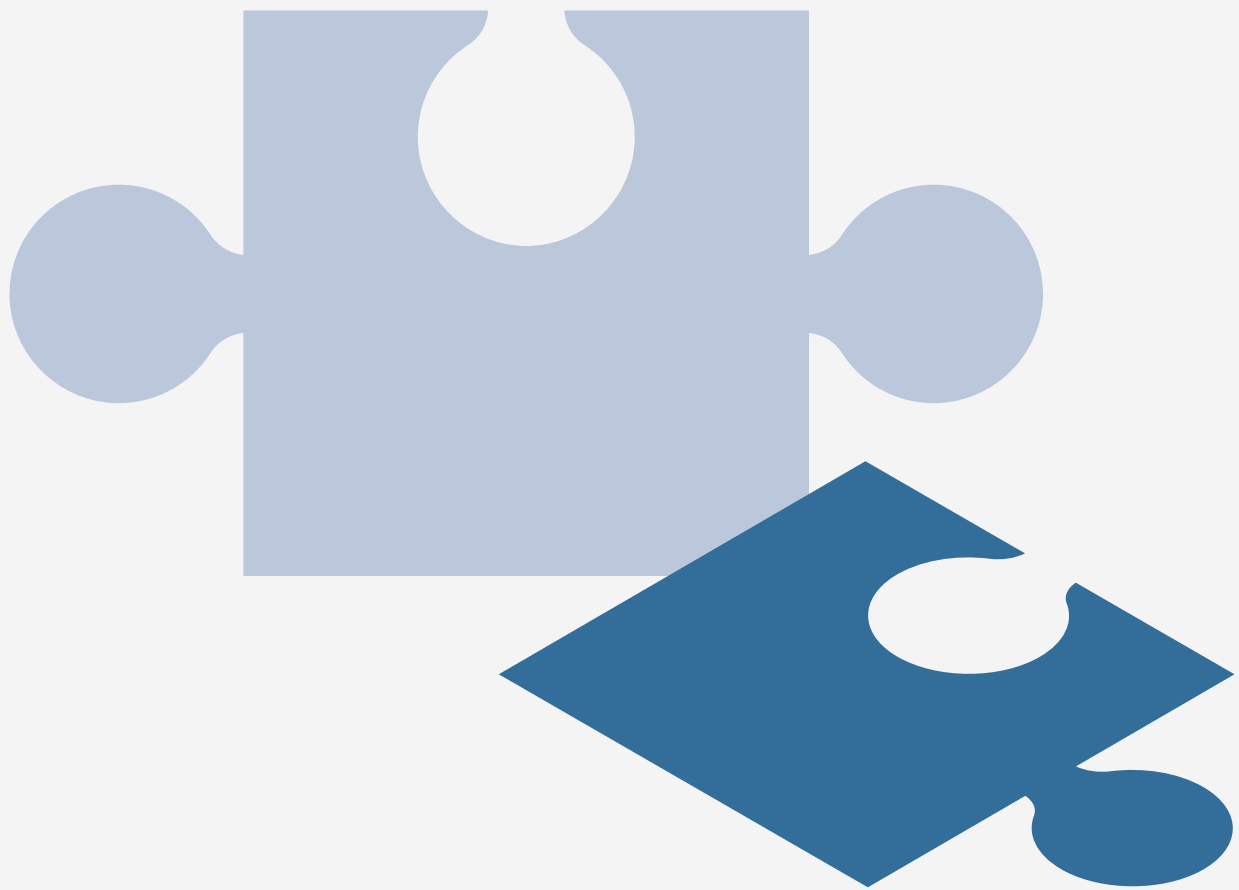


GUTE ARBEIT BRAUCHT GUTE INFRASTRUKTUR

Das zeigt schon: Nicht alles kann über die Arbeit geregelt werden. Gute Arbeit braucht eine gute Infrastruktur, gute Schulen und einen handlungsfähigen Staat. Die Corona-Krise hat neben der Stabilität unserer Demokratie auch offengelegt, wo Defizite liegen, an deren Beseitigung wir arbeiten müssen. Die Kommunen bilden nicht nur die Basis unserer Demokratie, in denen wir alle unmittelbar erleben, ob unser Gemeinwesen, der Staat für uns entsteht. Sie sind auch der Ort, an dem Investitionen getätigt werden, um Schulen, Weiterbildung, Krankenhäuser, Öffentlicher Personennahverkehr und Jugendzentren nicht nur zu erhalten, sondern sie auch so auszustatten, dass dies gut funktioniert. Die Tatsache, dass wir in diesen zentralen Bereichen zum Teil eklatante Defizite erleben, hat vor allem damit zu tun, dass wir Bildung, Gesundheit, Mobilität sowie Daseinsvorsorge in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr unter ökonomischen, vor allem aber unter kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Aspekten, betrachtet und umgestaltet haben. Privatisierungen und die Notwendigkeit unter den Bedingungen von Gewinnerzielung arbeiten zu müssen, waren das Ergebnis. Aber nicht erst jetzt zeigt sich: Demokratie verträgt keine Ökonomisierung.

Vor rund 70 Jahren wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet. Eine noch sehr junge Vision, dass die Völker unabhängig von all ihren Unterschieden ohne Gewalt und friedlich zusammenleben wollen. Ich bin davon überzeugt, dass das 21. Jahrhundert diese Vision von Frieden und Demokratie zur Entfaltung bringen kann, dass die großen Trends von Globalisierung, Digitalisierung und Klimawende eine neue Qualität von gewaltfreier Konfliktbewältigung und demokratischer Beteiligung einfordern und erfordern. Die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit, die Würde und Existenzsicherung ermöglicht, und demokratische Beteiligung – mit Gewerkschaften garantiert – werden dafür ein Schlüssel sein. ■

IV. EXKURS: TRADITIONELLE TEILHABE IN PARTEIEN



AUFSTELLUNGEN, ANGEBOTE, AKTIVITÄTEN

*Eine umfragebasierte Untersuchung der Mitgliederbeteiligung in
CDU- und SPD-Kreisverbänden in Nordrhein-Westfalen*

Jakob Horneber

„HIERIN SPIEGELT SICH NACH WIE VOR DIE ÜBER MEHR ALS EIN
JAHRHUNDERT GEWACHSENE SOZIALSTRUKTUR KLASSISCH EHER DURCH
BERGBAU UND INDUSTRIE GEPRÄGTER REGIONEN MIT HOHEN SPD-
MITGLIEDSZAHLEN UND EHER LÄNDLICHER UND KATHOLISCH GEPRÄGTER
REGIONEN MIT HOHEM CDU-ANTEIL IN DER BEVÖLKERUNG WIDER.“



Dipl.-Math. Jakob Horneber, M.A.
*Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut
für Politische Wissenschaft und Soziologie
der Universität Bonn*

Parteien – insbesondere den klassischerweise als Volkspartei bezeichneten und wahrgenommenen Parteien CDU und SPD – kommt bei der Integration der demokratischen Gesellschaft eine Schlüsselrolle zu. Ziel einer im Rahmen des aktuellen Forschungsprojekts der Bonner Akademie im Frühjahr 2020 durchgeführten Umfrage war es, den damit verbundenen innerparteilichen Prozessen der Integration und Beteiligung der Mitglieder nachzuspüren. Hierzu wurden die Kreisgeschäftsführerinnen und Kreisgeschäftsführer jeweils aller 54 CDU- und SPD-Kreisverbände in Nordrhein-Westfalen angeschrieben und um Beantwortung eines Fragebogens gebeten. Von den 108 versandten Fragebögen kamen 40 zur Auswertung zurück, woraus sich eine Rücklaufquote von etwa 37 % ergibt. Der Rücklauf aus den Kreisverbänden der CDU fällt dabei mit 44,4 % höher aus als der der SPD mit etwa 29,6 %. Es sind keine systematischen Verzerrungen bezüglich Region, Kreisgröße oder städtischer/ländlicher Prägung erkennbar, sodass für die ermittelten Erkenntnisse trotz geringer Fallzahl ein gewisser Anspruch auf allgemeine Gültigkeit gestellt werden darf.

VERBANDSSTRUKTUR

Die Mitgliederzahlen der untersuchten Kreisverbände variieren zwischen knapp 600 (CDU-Verband Mülheim an der Ruhr) und fast 5000 (CDU-Verband Borken). Der Durchschnittswert in der Stichprobe liegt bei 2216 Mitgliedern. Auch in Abhängigkeit von der jeweiligen Bevölkerungszahl zeigen sich deutliche Unterschiede: Während etwa im Landkreis Höxter auf 100 Einwohner immerhin ca. zwei CDU-Mitglieder kommen und im Landkreis Olpe noch 1,6, liegt die Quote in den CDU-Kreisverbänden Mülheim an der Ruhr, Wuppertal, Bielefeld und Bochum sowie in den SPD-Kreisverbänden Heinsberg und Paderborn nur bei etwa 0,3 Mitgliedern pro 100 Einwohner.

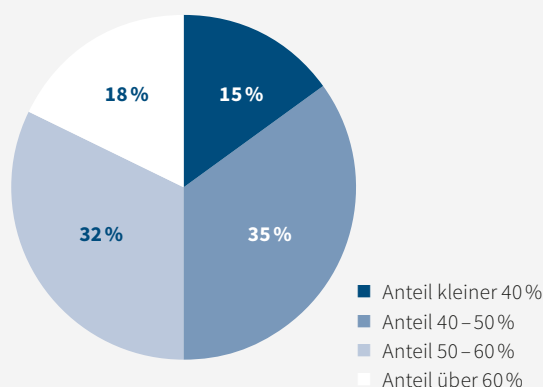
Hierin spiegelt sich nach wie vor die über mehr als ein Jahrhundert gewachsene Sozialstruktur klassisch eher durch Bergbau und Industrie geprägter Regionen mit hohen SPD-Mitgliedszahlen und eher ländlicher und katholisch geprägter Regionen mit hohem CDU-Anteil in der Bevölkerung wider. Während ein höherer Organisationsgrad in Landkreisen mit einer älteren Bevölkerung zu erwarten wäre, zeigt sich ein entsprechender

Zusammenhang – zumindest unter den Kreisverbänden, die an der Befragung teilgenommen haben – nicht. Auch darüber hinaus lassen sich jenseits der langfristigen sozialstrukturellen Prägung keine eindeutigen Erklärfaktoren für die Anzahl der Parteimitglieder erkennen.

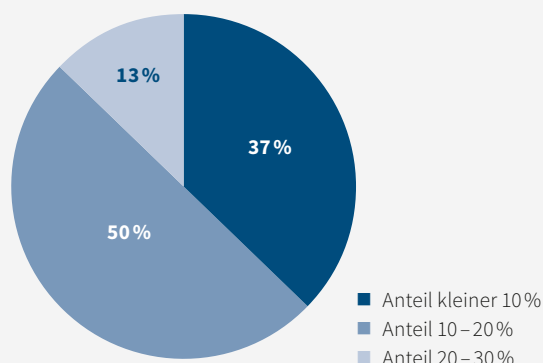
In fast allen untersuchten Kreisverbänden ist der Anteil der Über-65-Jährigen relativ hoch. In einigen Fällen – meist in größeren Städten – liegt er zwischen 30 und 40 % der Gesamtmitglieder. In den meisten Fällen liegt er allerdings bei weit über 40 %, in zwei Fällen sogar bei um die 70 %. Der mittlere Wert liegt bei knapp 48 %. Bis auf wenige Ausnahmen übertreffen die Altenanteile in den Parteien die jeweiligen Werte in der Gesamtbevölkerung des Landkreises um mindestens zehn Prozentpunkte. Genau umgekehrt verhält es sich bei den jüngeren Menschen: Der Anteil jüngerer Mitglieder bis 35 liegt in den meisten Fällen zwischen sieben und 20 % – der mittlere Wert der Verteilung (Median) bei etwa 10 % – und damit in der Regel mindestens zehn Prozentpunkte unter dem jeweiligen Landkreiswert. Wenige Fälle weisen einen verhältnismäßig hohen – knapp 30 % – oder einen besonders niedrigen – knapp 3 % – Jugendanteil auf. Der Frauenanteil liegt in den meisten Fällen zwischen 25 und 35 %. Nur in einem Fall zeigt sich ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ist in vielen Fällen nicht näher bekannt. Sofern Werte angegeben wurden, liegen diese zwischen 0,5 und 7 % und damit in allen Fällen um ein Vielfaches unter den entsprechenden Landkreiswerten, die von 17 bis 42 % reichen. Die höchsten Anteile an Menschen mit Migrationshintergrund werden für die CDU in Bielefeld, Düsseldorf, Essen und Kleve (jeweils 5 %) erreicht, für die SPD in Coesfeld (7 %) und Soest (6,5 %). Einige Kreisverbände zeichnen sich zudem durch eine spezifische religiöse (hoher Katholikenanteil), berufliche (geprägt durch Bergbau oder ländliche Berufe) oder Bildungszusammensetzung (besonders hoher/geringer Akademikeranteil) aus.

Entsprechend der zum Teil relativ ungleichen Mitgliederstruktur sehen fast alle Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer die zentrale Herausforderung für die kommenden Jahre darin, junge und weibliche Neumitglieder zu rekrutieren und auf diese Weise einen anstehenden Generationswechsel zu ermöglichen. Erklärtes Ziel ist dabei, weiterhin Volks- und Mitgliederpartei zu bleiben. Mehrfach wird auf den sich daraus ergebenden Spagat verwiesen, den gewünschten Nachwuchs zu werben und zu integrieren, dabei aber gleichzeitig die älteren Mitglieder nicht aus den Augen zu verlieren.

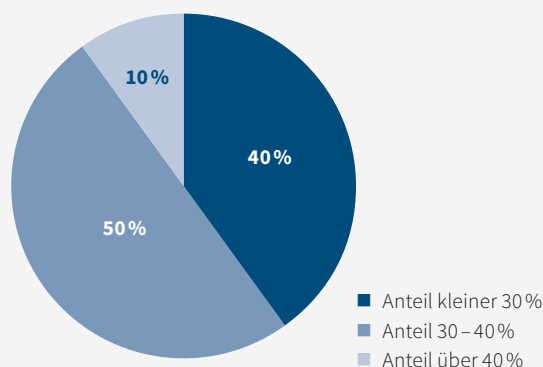
MITGLIEDER ÜBER 60 JAHRE



MITGLIEDER UNTER 30 JAHRE



WEIBLICHE MITGLIEDER



Abbildungen 1: Anteilswerte der Mitglieder über 60 Jahre, Mitglieder unter 30 Jahre und weiblicher Mitglieder im Vergleich

GREMIEN UND BETEILIGUNG

Das zentrale Entscheidungsgremium auf Kreisebene ist der Kreisparteitag. Dieser wird in etwa der Hälfte der Fälle als Delegiertenparteitag und in der anderen Hälfte der Fälle als Mitgliederparteitag durchgeführt. Einige Kreisverbände führen – etwa auf unterschiedlichen Ebenen (Orts- und Kreisebene) – auch beide Formate durch. Die Teilnahme an den Parteitag schwankt zwischen den Kreisverbänden deutlich (siehe Abbildung 1): Einer minimalen Teilnahme von 0,05 % der Mitglieder stehen 40 % der Mitglieder im maximalen Fall gegenüber, wobei dieser Wert eindeutig mit der Mitgliederzahl korreliert ist: Teilnahmewerte von 20 % und mehr werden nur in Kreisverbänden mit maximal 1.000 Mitgliedern erreicht. Werte von 5 % und weniger treten umgekehrt nur in Verbänden mit wenigstens 2.000 Mitgliedern auf. Dennoch unterscheidet sich der Anteil der Mitglieder, die an Parteitag teilnehmen, bei ähnlich großen Verbänden zum

Teil um mehr als 10 %. Der Medianwert der Teilnahmen liegt bei 10 %. Als relevante Größe erweist sich die Unterscheidung zwischen Stadtkreis und Landkreis: In Stadtkreisen liegt die Teilnahme tendenziell höher. Auch die Durchführung eines Mitgliederparteitags scheint einen leicht positiven Effekt auf die Teilnahme an Parteitag zu haben. Dieser fällt allerdings nicht signifikant aus.

Ergänzend dazu wurden in einigen Verbänden auch Mitgliederbefragungen oder -entscheide durchgeführt. Diese betreffen in den letzten fünf Jahren allerdings nur eine Minderheit. Am häufigsten noch fanden postalische Mitgliederbefragungen Anwendung – immerhin in 22,5 % der Fälle. In 15 % der Kreisverbände wurden Onlinebefragungen durchgeführt und lediglich drei Kreisverbände haben bereits Erfahrungen mit Mitgliederentscheiden gesammelt. Es ist allerdings nicht aus-

MITGLIEDER UND TEILNAHME AN PARTEITAGEN

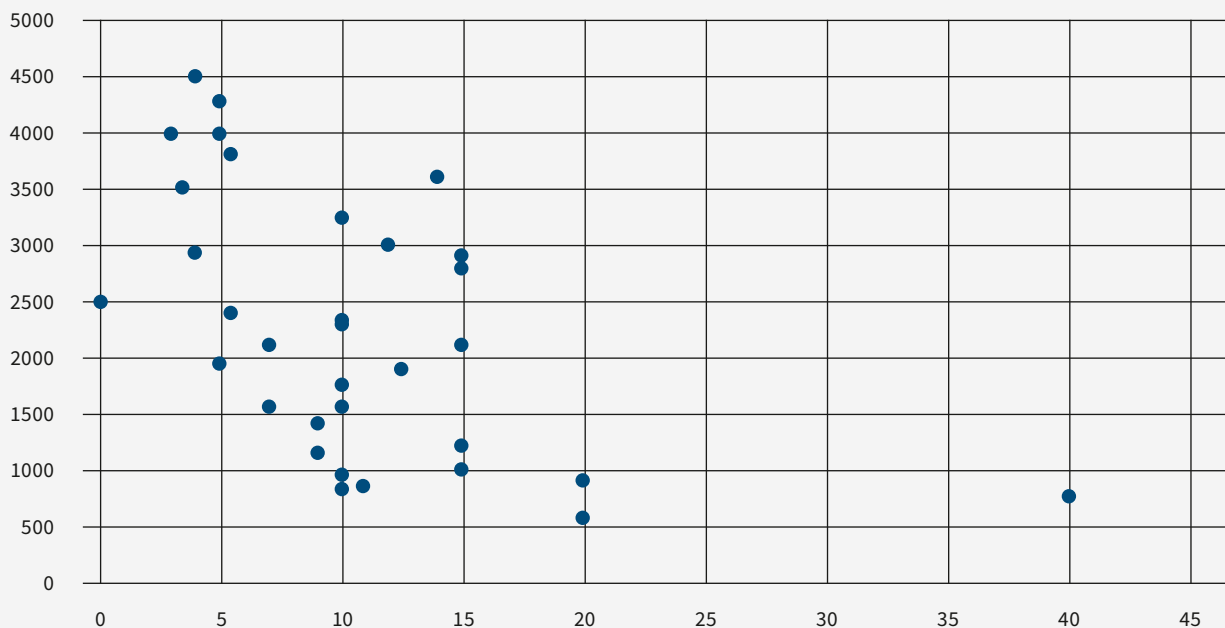


Abbildung 2: Mitgliederzahl im Kreisverband (y-Achse) und prozentuale Teilnahme an Kreisparteitagen (x-Achse)

zuschließen, dass weitere Befragungen und Entscheide auf Ortsverbandsebene durchgeführt wurden. Die allgemeine Beteiligung an den Befragungen und Entscheiden liegt bei etwa der Hälfte der Kreisverbände üblicherweise bei unter 25 %, bei den restlichen Kreisverbänden zwischen 25 und 50 %. Nur in einem Kreisverband lag die Beteiligung üblicherweise bei über 50 %.

Die Beteiligung der Mitglieder an Positions- oder Entscheidungsbestimmung findet hingegen immer noch in erster Linie über die klassischen Gremien (Parteitage oder Mitgliedervollversammlungen, Arbeitskreise, öffentliche Fraktionssitzungen) statt. Etwa zwei Drittel der Kreisverbände geben an, über entsprechend formalisierte Wege der Mitbestimmung zu verfügen. Häufig läuft diese Beteiligung über die Arbeitskreise, die in allen Kreisverbänden in der Regel mehrmals jährlich, in etwa einem Drittel der Fälle sogar einmal monatlich tagen. Aus der Arbeit der Arbeitskreise gehen in 75 % der Kreisverbände wenigstens einmal pro Jahr politische Anträge hervor. Eine wichtige Rolle spielen sie zudem bei der Organisation von Veranstaltungen. Etwa 85 % der Kreisverbände gab an, dass die Arbeitskreise mehrmals im Jahr Veranstaltungen initiieren.

Aufgrund ihrer erkennbar zentralen Rolle für die innerparteiliche Mitbestimmung ist die Beteiligung an solchen Gremientätigkeiten von zentraler Bedeutung. Dabei gibt es in den Kreisverbänden eine große Bandbreite. Während sich in den meisten Fällen zwischen 10 und 20 % der Mitglieder in die Gremienarbeit einbringen, sind in einigen Kreisverbänden lediglich 5 % aktiv, in anderen bis zu 40 %.

Anhand einer linearen Regressionsanalyse wurde untersucht, wie der unterschiedliche Anteil aktiver Mitglieder erklärt werden kann. Dem Regressionsmodell liegt die Idee zugrunde, dass eine abhängige Variable (hier die Beteiligung an der Gremienarbeit) von anderen messbaren Variablen (unabhängige Variablen) abhängt. Diese Untersuchung ist aufgrund der Stichprobengröße sehr vorsichtig zu interpretieren, zeigt aber einige interessante Tendenzen auf: Neben den im Fragebogen selbst erhobenen Werten zur Mitgliederstruktur (Anzahl der Mitglieder, Anteil der unter 35-Jährigen, Anteil der weiblichen Mitglieder) sowie der Landkreisdaten (Fläche, Bevölkerungszahl, Landkreis oder Stadtkreis) wurde als weiterer möglicher Erklärfaktor die Variable aufgenommen, ob ein Delegierten- oder Mitgliederparteitag stattfindet. Aufgrund der geringen Fallzahl wurde auf die Aufnahme weiterer Variablen in das Modell verzichtet.

Dies betrifft vor allem die Variable „Anteil älterer Mitglieder“, die allerdings stark mit dem Anteil jüngerer Menschen korreliert ist und insofern nur begrenzte zusätzliche Aussagekraft hätte.

Das Gesamtmodell ist signifikant und weist eine Varianzklärung (R^2) von immerhin 40,6 % auf, was angesichts der heterogenen Struktur der Kreisverbände durchaus bemerkenswert ist. Demnach können die Unterschiede in der Gremienbeteiligung zu einem Anteil von 40,6 % auf die sieben in das Modell aufgenommenen Variablen zurückgeführt werden. Die weiteren Unterschiede von knapp 60 % können durch das Modell nicht erklärt werden und sind entweder bedingt durch nicht berücksichtigte Variablen oder durch zufällige bzw. unsystematische Streuung.

Die jeweiligen Einflüsse der Variablen können an den standardisierten Koeffizienten sowie dem Signifikanzniveau abgelesen werden. Das Vorzeichen der Koeffizienten gibt Aufschluss darüber, in welcher Richtung die Variable wirkt: Bei einem positiven Wert führt ein höherer Variablenwert zu einer höheren Gremienbeteiligung, bei einem negativen Wert zu einer entsprechenden Verringerung. Je weiter der Wert von Null abweicht, umso stärker fällt der Effekt aus. Anhand des Signifikanzniveaus lässt sich beurteilen, mit welcher Wahrscheinlichkeit der festgestellte Zusammenhang zufällig zustande gekommen ist. Höhere Werte weisen auf einen hohen Unsicherheitsfaktor hin, während bei niedrigen Werten mit einiger Sicherheit von einem mehr als zufälligen Zusammenhang ausgegangen werden kann. So weist etwa ein Wert von unter 0,05 auf eine Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 5 % hin.

Als besonders bedeutend zeigen sich die Daten zur Mitgliederstruktur. Sowohl der Anteil der unter 35-Jährigen als auch der Frauenanteil sind mit verhältnismäßig großen Koeffizientenwerten signifikant und leisten somit einen wichtigen Beitrag zur Erklärung der abhängigen Variable. Dabei weisen sie allerdings in unterschiedliche Richtungen. Während ein größerer Anteil jüngerer Mitglieder erwartungsgemäß mit einem höheren Gremienengagement einhergeht, hat ein höherer Frauenanteil die umgekehrte Wirkung. Dieser Zusammenhang ist aus den erhobenen Daten nicht zu erklären und bedarf weitergehender Untersuchungen.

MODELLZUSAMMENFASSUNG

(abhängige Variable: Anteil der Mitglieder, die in innerparteilichen Gremien mitwirken)

	Standardisierte Koeffizienten	Signifikanzniveau
Kreisfreie Stadt (0)/Landkreis (1)	-0,398	0,114
Landkreisfläche in km ²	0,424	0,086
Bevölkerung im Landkreis 31.12.2018	-0,120	0,523
Delegiertenparteitag (0)/Mitgliederparteitag (1)	-0,397	0,018
Mitgliederzahl 2019	0,221	0,267
Anteil Mitglieder unter 35 Jahren	0,449	0,007
Anteil weibliche Mitglieder	-0,371	0,030

Tabelle 1: Ergebnis der Regressionsanalyse zur Mitarbeit in innerparteilichen Gremien

Sowohl die Parteimitgliederzahl als auch die Bevölkerungszahl im Landkreis sind hingegen nicht signifikant und tragen somit keine erkennbaren Effekte zur Erklärung der Beteiligung bei. Tendenziell ist die Gremienbeteiligung in Stadtkreisen höher – dies dürfte nicht zuletzt mit der eher jüngeren Mitgliederstruktur einhergehen –, allerdings ist der Zusammenhang nicht signifikant. Einen zumindest auf dem 10 %-Niveau signifikanten positiven Effekt weist hingegen die Landkreisfläche auf. In größeren Landkreisen ist die prozentuale Beteiligung höher. Möglicherweise wird dies hier durch ausgeprägte lokale Untergliederungen der Verbandsstruktur erreicht. Einen unerwarteten und sogar auf dem 5 %-Niveau signifikanten Effekt trägt die Form des Parteitags bei. Hier fällt die Gremienbeteiligung in den Kreisverbänden, die auf Kreisebene Delegiertenparteitage durchführen, tendenziell höher aus. Dieser auf den ersten Blick kontraintuitive Zusammenhang lässt sich möglicherweise durch die mit dem Delegiertenprinzip verbundene unterschiedliche Verbandsstruktur erklären: Aufgrund des Delegiertenprinzips werden hier schlicht mehr Pflichtgremien besetzt, was auch zu tendenziell höheren Werten der Gremienbeteiligung führt. Da die Parteitagsstruktur lediglich auf Kreisebene, nicht aber darunter erhoben

wurde, ist zudem denkbar, dass Delegiertenparteitage auf Kreisebene mit allgemeinen Mitgliederbeteiligungsmöglichkeiten auf Ortsebene ergänzt werden.

Generell gelingt es dem überwiegenden Teil der Kreisverbände nach eigener Einschätzung gut, einigen sogar sehr gut, Kandidatinnen und Kandidaten für Parteiämter zu rekrutieren. Etwas schwerer fällt es, weibliche Personen für Ämter zu finden. Etwa der Hälfte der Kreisverbände bereitete dies in den letzten Jahren leichte, etwa 10 % sogar große Schwierigkeiten.

Entsprechend verfolgen fast alle Kreisverbände zum Teil unterschiedliche Strategien, um ihre Mitglieder zu halten und zu mehr Beteiligung zu motivieren. Als Kernaspekt genannt wird fast durchweg die direkte Ansprache – wahlweise auch per Email oder Post – sowie schnell und exklusiv vermittelte Informationen. Mit der bevorzugten Informationsvermittlung adressieren die Parteien dabei auch den Sachverhalt, dass für viele Menschen immer weniger erkennbar wird, worin überhaupt Vorzüge einer Parteimitgliedschaft bestehen könnten. Auf ähnliche Weise könnten auch die parteiintern angebotenen Bildungsangebote wirken. Als wichtig erscheint vielen

Kreisgeschäftsstellen auch der Ausbau der innerparteilichen Demokratie – etwa durch eine Abkehr vom reinen Delegiertenprinzip oder eine deutliche Erweiterung der Vorstände. Neumitglieder sollen zudem durch spezielle Veranstaltungen und Patensysteme integriert und auf die Übernahme von Parteiverantwortung vorbereitet werden.

Naturgemäß gelingt die Motivation der Mitglieder für Beteiligung und Mitarbeit in Wahlkampfzeiten etwas leichter. Dies gilt vor allem für die Öffentlichkeitsarbeit – Betreuung von Info-Ständen, Plakatieren, Flugblatt- oder Broschürenverteilung. Hier ist jeweils das Engagement in etwa der Hälfte der Fälle deutlich höher, bei den übrigen meist etwas höher. Bezüglich der Anwesenheit bei Parteisitzungen fällt der Unterschied hingegen geringer aus. Hier stellen nur etwa 20 % der Kreisverbände eine deutlich gestiegene Bereitschaft zur Teilnahme an Parteisitzungen in Wahlkampfzeiten fest.

KOMMUNIKATION UND VERANSTALTUNGEN

Die Kommunikationsangebote der Kreisverbände weisen ein breites Spektrum auf. Fast alle Kreisverbände bieten Info-Stände, Bürgersprechstunden, Diskussionsveranstaltungen, Workshops, Referentenvorträge, inhaltliche Stammtische und soziale Aktivitäten wie etwa Familienfeste, Feiertagsprogramme oder Ausflüge an. Genannt werden aber auch innovative Formate, etwa bewusst kontrovers angelegte Diskussionsreihen, die Verleihung eines Ehrenamtspreises, Weiterbildungsangebote zu speziellen, auch nicht unmittelbar politischen Inhalten oder gemeinsame Betriebsbesuche. Generell zeigen sich die Kreisverbände bei den sozialen Aktivitäten als durchaus findig. Meist finden die verschiedenen Veranstaltungstypen mehrmals im Jahr statt. In wenigen Fällen bleiben Veranstaltungsformate lediglich auf den Wahlkampf beschränkt. Relativ am wenigsten

VERANSTALTUNGSFORM UND REGELMÄSSIGKEIT

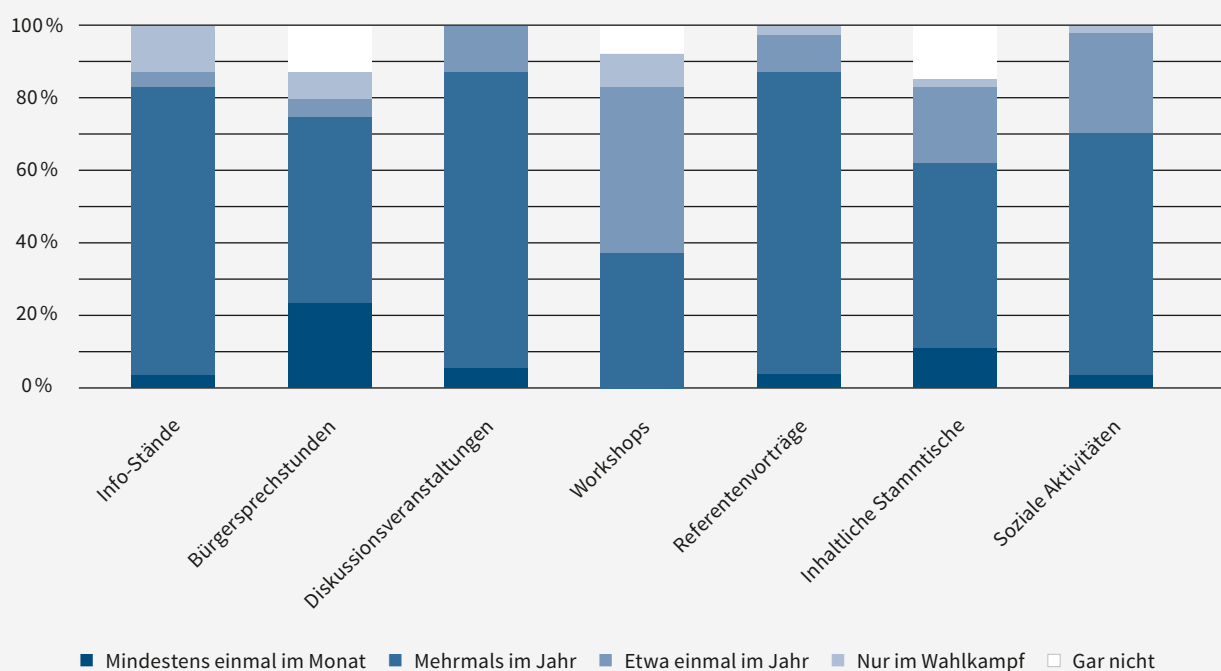


Abbildung 3: Häufigkeit der im Kreisverband durchgeführten Veranstaltungsformen

verbreitet sind Bürgersprechstunden und inhaltliche Stammtische. Diese gehören in etwa 10 % der Kreisverbände nicht zum Veranstaltungsportfolio.

Beliebt sind Formate für bestimmte sozialstrukturelle Zielgruppen. So finden etwa in mehr als drei Viertel aller Kreisverbände eigene Veranstaltungen für jüngere Menschen und Senioren statt. In zwei Drittel der Fälle werden zudem Formate speziell für Frauen angeboten. Ein Zusammenhang mit dem Anteil der weiblichen Mitglieder ist dabei nicht feststellbar. Etwa die Hälfte der Kreisverbände adressiert zudem bestimmte Berufsgruppen. Das Spektrum reicht hierbei von Angeboten für breitere Berufsgruppen – etwa Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder den beruflichen Mittelstand – bis hin zu deutlich spezifischeren Veranstaltungen – etwa für Landwirte, im Gesundheitswesen oder im Energiesektor Tätige, Juristen oder Betriebsräte. Immerhin 30 % der Kreisverbände berichten von Angeboten für Migrantinnen und Migranten oder religiöse Minderheiten. Meist finden diese Veranstaltungen im Rahmen einer entsprechenden AG statt. Kaum verbreitet sind Veranstaltungsformate für bestimmte Bildungsgruppen. Formate wie etwa ein Akademikerstammtisch oder eine Veranstaltung zur Orientierung bei der Ausbildungswahl bleiben die absolute Ausnahme.

Welche Formate sich besonders gut eignen, um die eigenen Mitglieder zu erreichen, unterscheidet sich dabei augenscheinlich sehr stark. Während von einigen Kreisverbänden vor allem die klassischen Formate – wie Parteitage – genannt werden, können die Parteien in anderen Kreisverbänden bei ihren Mitgliedern vor allem durch soziale Angebote – etwa Empfänge anlässlich bestimmter Feiertage oder Ausflüge – punkten. Drei wiederkehrende Motive lassen sich dennoch identifizieren: 1. Als erfolgreich werden generell Vortragsveranstaltungen, bevorzugt mit prominenten und/oder fachlich ausgewiesenen Referentinnen und Referenten, angesehen. 2. Gut zu funktionieren scheinen außerdem Veranstaltungen, die sich konkreten, lokalen Themen widmen. 3. Mehrere Kreisverbände berichten, dass es vor allem die gelungene Verbindung von politischen und nichtpolitischen – etwa feierlichen – Elementen ist, die ein Format erfolgreich machen. In der Einschätzung

der Mitgliederkommunikation wird schließlich ein interessanter Unterschied zwischen CDU und SPD deutlich: Während an dieser Stelle von den CDU-Kreisverbänden nahezu ausschließlich Präsenzveranstaltungen genannt werden, berichten mehrere SPD-Kreisverbände, dass sie ihre Mitglieder besonders gut per Mail oder in den sozialen Medien erreichen.

Die Einschätzung, durch welche Veranstaltungen unterschiedliche Gruppen besonders gut zusammengeführt werden, fällt tendenziell ähnlich aus. Vor allem Formate, die zur Mitgestaltung einladen, werden von vielen Kreisverbänden als geeignet angesehen – seien es Feierlichkeiten und Unternehmungen oder Parteitage. Genannt werden aber auch allgemeinpolitische und fachspezifische oder lokalpolitische Diskussionsrunden.

Etwas heterogener fallen die Nennungen bei den nicht so gut funktionierenden Formaten aus. Genannt werden vor allem formale Veranstaltungen wie etwa Arbeitskreissitzungen oder Mitgliederversammlungen, aber auch inhaltlich vertiefende Angebote wie Thementage, Seminare oder sogar Vortragsveranstaltungen im Allgemeinen. Hierbei scheint die Attraktivität der angebotenen Formate generell stark von den jeweiligen Referentinnen und Referenten abzuhängen. Auch das, historisch betrachtet etablierte, Format des Stammtisches wird mehrfach als wenig geeignetes Format beurteilt.

Als weiteres Instrument wurden in den letzten Jahren die digitalen Kommunikationsmittel ausgebaut. Alle untersuchten Kreisverbände verfügen über eine Homepage, alle bis auf einen Kreisverband nutzen die sozialen Medien, ca. 60 % bieten einen Newsletter an. Zusätzlich werden zum Teil Informationsportale für Fachgruppen und/oder Neumitglieder angeboten oder digitale Konferenzen durchgeführt. Die Reichweite der entsprechenden Kommunikationsmedien wird allerdings, trotz einiger berichteter Erfolge, weitgehend als begrenzt angesehen. Kreisverbände, die beispielsweise Klickzahlen evaluieren stellen meist fest, dass die verschiedenen Informationsangebote in erster Linie von Parteifunktionären genutzt werden.

NUTZUNG VON KOMMUNIKATIONSMITTELN

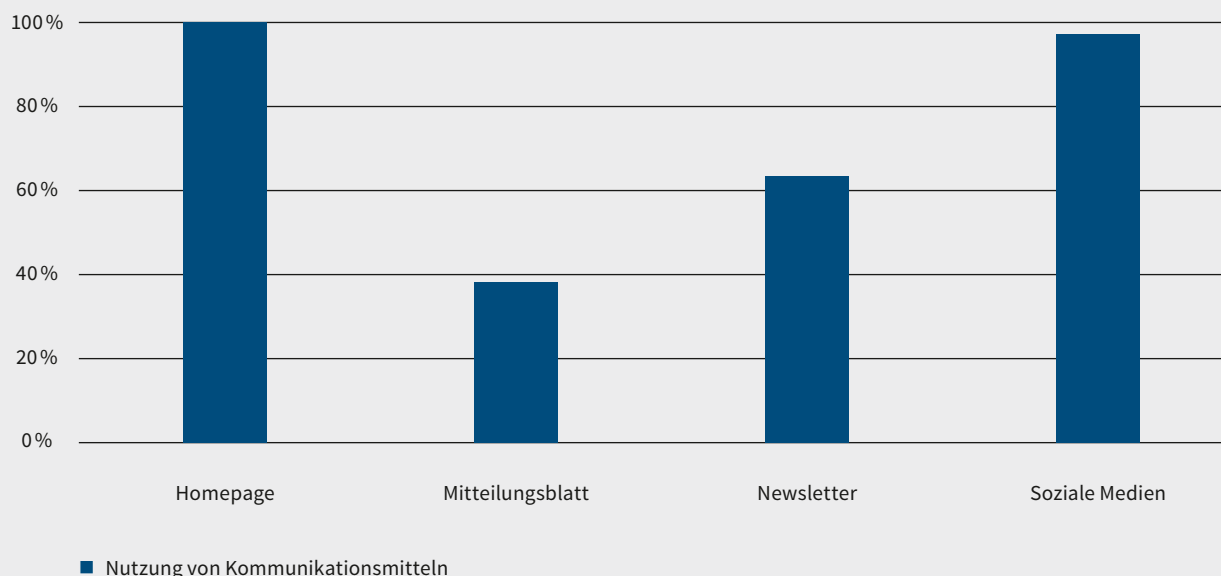


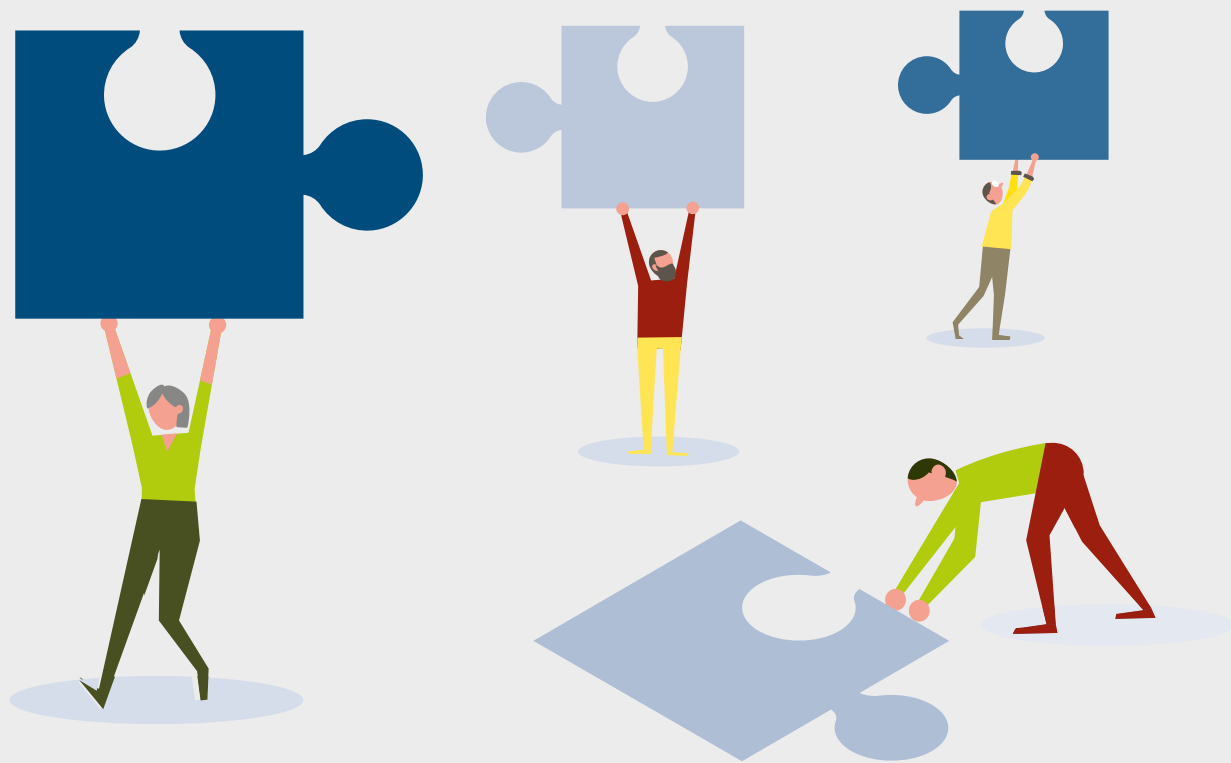
Abbildung 4: Anteil der Kreisverbände, die verschiedene Kommunikationsmittel nutzen

BILANZ UND AUSBLICK

Trotz dieser kritischen Einschätzung der eigenen Kommunikationsreichweite fällt die Bilanz, wie gut es gelingt, die eigenen Mitglieder zu erreichen, insgesamt eher positiv aus. Nur etwa ein Viertel der Kreisverbände sieht dies als weniger gut an, die übrigen Kreisgeschäftsstellen schätzen, dass sie ihre Mitglieder gut oder in wenigen Fällen sogar sehr gut erreichen. Das Urteil darüber, wie gut die Mitglieder politisch beteiligt werden, fällt etwas durchwachsener aus. Hier kommen die eher positiven („gut“) und die eher negativen („weniger gut“) Einschätzungen jeweils auf etwa 50 %. Die Auswahlmöglichkeit „gar nicht gut“ wurde bei beiden Fragen von keiner/m der Befragten ausgewählt. Damit gilt die politische Beteiligung der Mitglieder in zumindest der Hälfte der Kreisverbände als ausbaufähig.

Insgesamt sehen sogar fast alle befragten Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer Verbesserungsbedarf. Dabei gliedern sich die angesprochenen Themen in zwei Hauptfelder. Einerseits liegt die Hoffnung auf

offeneren Entscheidungsformaten und generell einem Ausbau der Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Mitglieder. Dies umfasst etwa Wünsche nach der Einführung eines Mitgliederprinzips, mehr Eigenständigkeit und unmittelbare Beteiligungsmöglichkeiten in Facharbeitskreisen oder einer verstärkten Nutzung von öffentlichen Fraktionssitzungen. Der zweite zentrale Aspekt zielt vor allem auf technische Maßnahmen, um Informationsfluss und Mitbestimmung zu verbessern. Genannt wird etwa ein Ausbau der Online-Angebote etwa durch soziale Medien, interne Informationsportale oder die Einrichtung onlinegestützter Entscheidungsplattformen. Der Aufbau scheitert hier zum Teil auch an fehlenden Mitteln oder fachlichen Kenntnissen. Entsprechend wird angeregt, die zentralen Angebote der Parteien, z. B. durch Bereitstellung von Basisversionen entsprechender Plattformen, auszubauen. Mit Blick auf die zunehmend ältere Mitgliederstruktur wird jedoch auch der Wunsch einer stärkeren postalischen Beteiligung formuliert.



ZUSAMMENFASSUNG

Fast alle Kreisverbände weisen eine relativ alte Mitgliederstruktur auf. Auch der Frauen- und Migrantenanteil liegt in der Regel deutlich unter den Gesamtwerten des Landkreises.

Die innerparteiliche Demokratie wird nach wie vor durch die klassische Gremienstruktur geprägt. In einzelnen Verbänden wird allerdings durchaus mit neuen, insbesondere digitalen Beteiligungsformaten experimentiert.

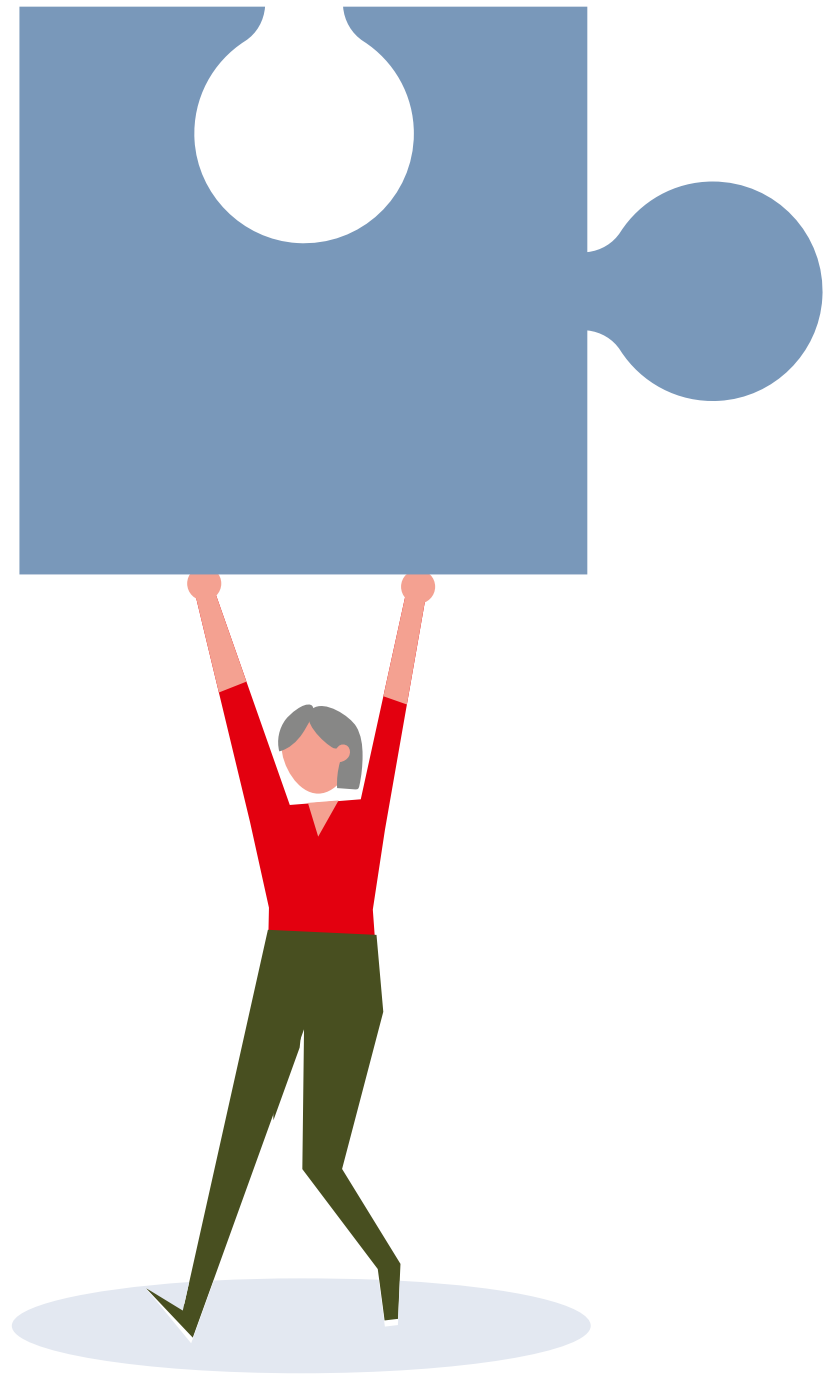
Die Beteiligung der Mitglieder an Gremien und Parteitagen schwankt je nach Kreisverband stark. Städtische Verbände und solche mit einer jüngeren Mitgliederstruktur sind dabei tendenziell begünstigt, zusätzlich scheinen aber auch lokale Besonderheiten eine große Rolle zu spielen.

Die angebotenen Veranstaltungen und Kommunikationskanäle weisen eine große Bandbreite auf. Gute Erfahrungen machen viele Verbände mit Angeboten,

die sich konkreten lokalen Themen widmen und soziale und politische Komponenten verzahnen.

Als große Herausforderung stellt sich die Erreichbarkeit der eigenen Mitglieder heraus. Zusätzliche Formate und Angebote werden häufig vor allem von bereits in Ämtern eingebundenen Parteimitgliedern genutzt.

Ein großes Thema bleibt der Parteienachwuchs. Gerade in jüngeren Generationen ist die Mitgliedschaft in einer Partei zunehmend begründungsbedürftig. Entsprechend versuchen viele Kreisverbände, durch Veranstaltungen, unmittelbaren Informationsfluss und einen Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten die Vorzüge der Mitgliedschaft erkennbar zu machen. ■



V. BERICHTE ZU DEN VERANSTALTUNGEN

PODIUMSDISKUSSION:

„WIR SCHAFFEN DAS! WOHL DOCH NICHT? – INTEGRATION IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN WILLKOMMENSKULTUR UND CLAN-KRIMINALITÄT“

am 20. Januar 2020



„Vielfalt bedeutet auch Herausforderung – es kommt nur darauf an, wie wir mit dieser Herausforderung umgehen!“ erklärte Staatssekretärin Serap Güler.

Am 20. Januar 2020 war Serap Güler, NRW-Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, zu Gast in der Bonner Akademie. Zu dem Veranstaltungstitel „Wir schaffen das! Wohl doch nicht? Integration im Spannungsfeld zwischen Willkommenskultur und Clan-Kri-

minalität“ diskutierte sie gemeinsam mit Prof. Dr. Jörg Bogumil, Professor für Sozialwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum, dem Autor Ulrich Reitz und dem Essener Polizeipräsidenten Frank Richter. Durch den Abend führte die Journalistin Sonja Fuhrmann, die als Moderatorin das Podium komplettierte.



Prof. Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie, begrüßte die Gäste.

Mit seinen einleitenden Worten verwies **Prof. Bodo Hombach**, Präsident der Bonner Akademie, auf den polarisierenden Effekt, den das Thema der Veranstaltung auf die Gesellschaft ausübe. „Wir leben in einer Zeit, in der Fakes Fakten verdrängen“ – diese Beobachtung treffe ganz besonders auf die Integrationsdebatte zu. Die demokratische Tugend, dem Meinungsgegner zuzuhören, müsse in derart aufgeheizten Zeiten verteidigt werden.

Zu Beginn ihrer Rede positionierte sich **Serap Güler** zu dem Veranstaltungstitel. Die infrage gestellte Kanzlerinnenaussage wolle sie nicht „blind“ wiederholen: „Wir schaffen das – wenn wir die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen!“, lautete deshalb die Stellungnahme der Staatssekretärin. Sie betonte, dass Spracherwerb einer der wichtigsten Faktoren für gelungene Integration sei. Dies sei erkannt worden und werde in Form von Integrationskursen heute viel stärker gefördert als noch bei früheren Einwanderungsgenerationen, dennoch sei es notwendig, diese Angebote weiter auszuweiten. Zudem kritisierte Güler die marginale Rolle, die Beispiele für gelungene Integration in der öffentlichen Wahrnehmung einnehmen – ohne auf diese Weise jedoch die bestehenden Herausforderungen zu relativieren. So sei die Bekämpfung von Clan-Kriminalität ein wichtiger Teil des Koalitionsvertrages von 2017, als Maßnahmen nannte sie neben konsequenten und konzentrierten Einsatzmaßnahmen der Polizei auch die Stärkung von Präventionsarbeit und Integrationsmodellen. Als Beispiel hierfür führte sie das „Essener Modell“ an, das Menschen, die sich etwa durch ehrenamtliches Engagement auszeichnen, bei dem Erwerb eines sicheren Aufenthalts unterstützen und ihnen eine Bleibeperspektive ermöglichen möchte.

Die anschließende Diskussion auf dem Podium wurde von **Sonja Fuhrmann** mit einer Gegenüberstellung eröffnet: Der Willkommenskultur von 2015 sei heute einer mehrheitsgesellschaftlichen Skepsis oder gar Angst gewichen. Diese Auffassung teilte auch **Ulrich Reitz**, der das Kippen der öffentlichen Stimmungslage eng mit der Kölner Silvesternacht 2015 verknüpfte. Darüber hinaus besäßen viele Bürger eine weitaus positivere Einstellung, wenn sie das Gefühl haben würden, dass der Rechtsstaat mit der Herausforderung fertig wird, so Reitz mit Blick



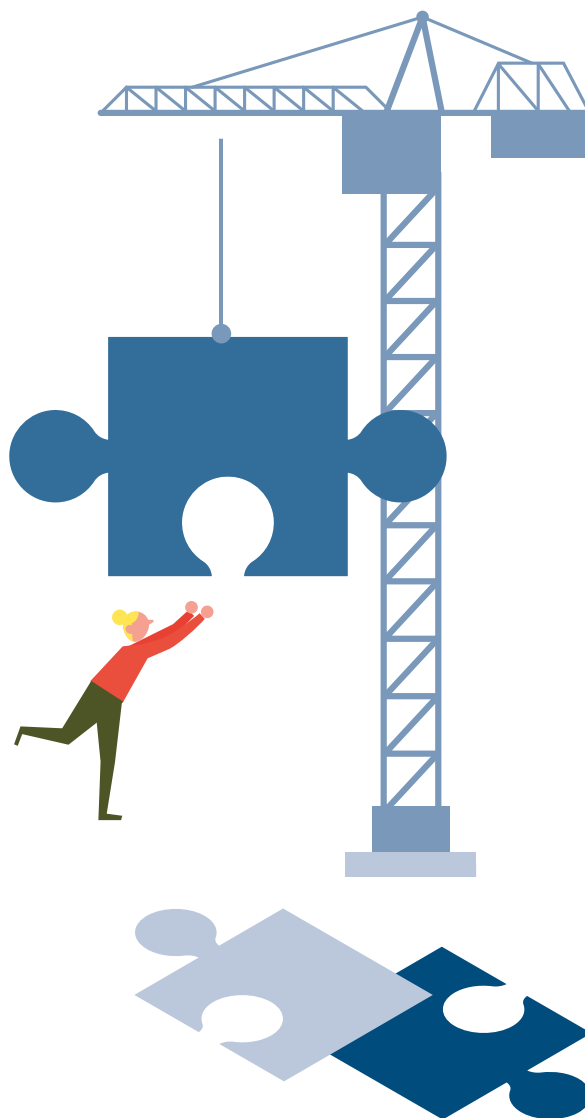
Sonja Fuhrmann, Journalistin und Moderatorin bei WDR und phoenix, leitete die Podiumsdiskussion.



Der Autor Ulrich Reitz forderte, die bestehenden Herausforderungen anzugehen, um den Satz „Wir schaffen das!“ zur Realität zu machen.

auf nicht durchgeführte Abschiebungen. Dieser Aussage hielt **Prof. Dr. Jörg Bogumil** entgegen, dass die in den Medien kursierenden Zahlen häufig nicht zwischen der Ausreisepflicht und dem Duldungsstatus von acht bis zehn Jahren unterschieden, was ein verzerrtes Bild vermittelt. Er kritisierte zudem, die Beeinträchtigung von Integration durch Bürokratie und forderte deshalb verbesserte Beratungsstrukturen, um Verwaltungshürden zu verringern. Der Essener Polizeipräsident **Frank Richter** verortete die Herausforderungen für Integration in der Entstehung von Parallelgesellschaften, die sich dem Rechtssystem nicht unterordnen. Dieses Problem sei nicht mit einem Sprachkurs getan, darüber hinaus müssten die Spielregeln unserer Gesellschaft vermittelt und durchgesetzt werden. Serap Güler stimmte dem zu und räumte politische Versäumnisse aus der Vergangenheit ein. Sie verwies jedoch auch auf positive Entwicklungen: So werde heute vielerorts aktiv die Stadtentwicklung in den Integrationsprozess miteinbezogen, um die Entstehung von sozialen Brennpunkten zu vermeiden.

Die abschließende Frage des Abends lautete „Schaffen wir das?“ Frank Richter bejahte diese Frage – mit jedoch nachdrücklichem Verweis darauf, dass noch viel zu tun sei und dass man das Ausnutzen der Vorzüge unserer offenen Gesellschaft nicht zulassen dürfe. Dem stimmte Prof. Dr. Bogumil mit einer betont noch optimistischeren Haltung zu. Serap Güler verwies auf das Eingangsstatement ihrer Rede und nutzte ihr Schlusswort, indem sie für einen differenzierteren Ton in der Integrationsdebatte plädierte und forderte, nicht alles in einen Topf zu werfen. Kritischer zeigte sich Ulrich Reitz: Er wolle und könne diese Frage nicht pauschal beantworten. Denn die Antwort hänge ganz davon ab, wie von jetzt an mit bestehenden Herausforderungen umgegangen wird. ■



Prof. Dr. Jörg Bogumil, Professor für Sozialwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum, sorgte für eine wissenschaftliche Perspektive in der Diskussionsrunde.



Frank Richter berichtete von den Herausforderungen durch mangelnde Integration, denen sich die Exekutive alltäglich ausgesetzt sehe.

PODIUMSDISKUSSION:

„IM NAMEN DES VOLKES – ÜBER DIE AKZEPTANZ UND VERMITTELBARKEIT VON GERICHTSURTEILEN“

am 5. März 2020



NRW-Justizminister Peter Biesenbach, MdL, sprach über die gesellschaftliche Akzeptanz von Gerichtsurteilen.

Am 5. März 2020 diskutierten in der Bonner Akademie Peter Biesenbach MdL, Minister der Justiz des Landes NRW, Barbara Stockinger, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Richterbundes und Richterin am Münchener OLG, Prof. Dr. Ralf Höcker, Anwalt für deutsches Presserecht und Dr. Frank Bräutigam, ARD-Rechtsexperte und Journalist, zum Thema „Im Namen des Volkes – über die Akzeptanz und Vermittelbarkeit von Gerichtsurteilen“. Durch den Abend führte Andrea Oster, Journalistin und Moderatorin beim WDR.

In seiner Begrüßung leitete **Prof. Bodo Hombach** in das Thema des Abends ein und verwies darauf, dass sich das natürliche Rechtsempfinden nicht immer mit den gefällten Urteilen decke und dass der Rechtsfrieden darunter leide, wenn Vermögensschäden härter bestraft werden als Persönlichkeitsschäden. Laut Prof. Hombach sei das „Recht dehnbarer als das Vertrauen der Gesellschaft“. Grundlegend sei, dass die Rechtsstaatlichkeit vor staatlichen Übergriffigkeiten schütze und der Schutz der Allgemeinheit im Vordergrund stehe.



Prof. Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie, begrüßt im Rahmen seiner Einführung die Gäste des Abends.



Peter Biesenbach auf dem Podium der Bonner Akademie.



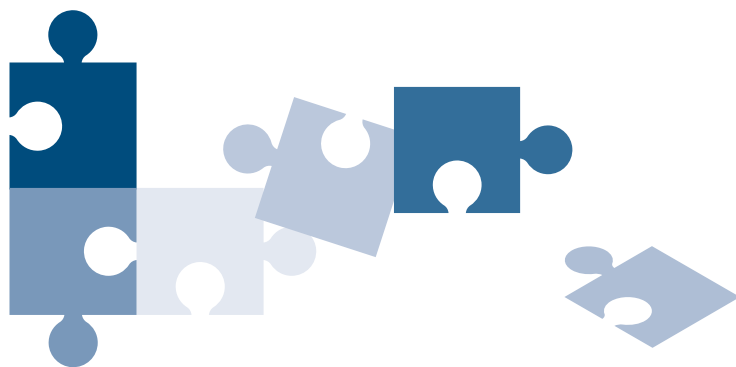
Prof. Dr. Ralf Höcker, Anwalt für deutsches Presserecht.



Dr. Frank Bräutigam, ARD-Rechtsexperte und Journalist.

Minister Peter Biesenbach MdL stellte in seiner einleitenden Rede klar, dass die These des sinkenden Vertrauens in den Rechtsstaat nicht zutreffe. Der überwiegende Teil der Bevölkerung weiß den Rechtsstaat zu schätzen. Dennoch kann sich der Justizminister mit den stabilen Umfragewerten nicht zufriedengeben, 69 % Zustimmung für den Rechtsstaat seien nicht genug: „Wir wollen und wir müssen besser werden“. Die überwiegende Zahl der gerichtlichen Vorgänge gelingt gut und findet keine große Beachtung, erläuterte Minister Biesenbach. Einige wenige Fälle verzerren mit ihrer Dramaturgie jedoch das Bild, beispielsweise die Fälle Sami A., der Hambacher Forst oder der Fall Lübke. Diese Fälle erregen großes Aufsehen und nehmen aufgrund ihrer Komplexität viel Zeit in Anspruch. Zudem habe sich die Berichterstattung geändert, Gerichte würden heute viel stärker personalisiert. Der Inhalt eines Artikels ist zweitrangig, Titel und Intro entscheiden über Leserzahlen, so Minister Biesenbach. Die Jugend informiere sich nicht mehr über Printmedien und TV in Echtzeit, sondern in sozialen Medien. Für die Medien sind die Klickzahlen und damit die Wirtschaftlichkeit eines Artikels wichtig, danach werden die Themen ausgesucht. Minister Biesenbach äußerte in seiner Rede den Wunsch, dass Richter ihre Urteile ausführlicher erklären, „ich habe jedoch nicht die Haltung, dass sich das ändert“. Richter sprechen ihre Urteile, aber nicht über die Urteile. Deswegen müsse man versuchen mit den Erläuterungen von Pressesprechern ein Stück Medienarbeit zu leisten, wozu die Pressestellen quantitativ und qualitativ ausgebaut werden müssen. Nicht zuletzt gehöre auch Disziplin dazu: Politiker haben eine Vorbildfunktion und die Pflicht, unabhängige Gerichte zu verteidigen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion betonte **Prof. Dr. Höcker**, dass die Akzeptanz in den Rechtsstaat zu Recht sehr hoch sei. Zivilgesellschaftliche Urteile seien schwieriger zu kommunizieren, viel Kritik gebe es vor allem im Strafrecht und im Medienbereich. **Dr. Bräutigam** ergänzte, dass diese Einzelfälle zum Teil sehr dominant seien, was einen enorm hohen Schaden herbeiführe. Eine gute Aufstellung und Ausrüstung der Pressestellen sei wichtig, um die Urteile zu erklären und besser mit den Diskussionen umgehen zu können. Die Frage sei, so Minister Biesenbach, „ob wir immer auf die Bereitschaft treffen, sauber zu berichten“. Der Anteil der Berichterstattung sei nicht proportional zu dem, was wirklich passiere. Es sei notwendig, dass die Medien nicht nur aufgrund der Quote berichten. Prof. Dr. Höcker brachte den Vorschlag ein, Vorschriften für die journalistische Arbeit übersichtlich in einem Gesetz festzulegen, was die Arbeit für Journalisten und die Justiz erheblich



vereinfachen würde. Die Aufgabe von Medienrechtlern sei es auch, die Qualität der Berichterstattung zu erhöhen. Laut Dr. Bräutigam gebe es jedoch auch viele positive Beispiele für die Pressearbeit der Justiz. **Frau Stockinger** erklärte, dass sich im Bereich der Pressearbeit von Gerichten in den vergangenen Jahren schon sehr viel getan habe, die Gerichte zunehmend mehr erklären und ihre Mitarbeiter auch entsprechend ausbilden.

Laut Minister Biesenbach steht die Debatte über Hass-Kommentare im Internet noch am Anfang. Die Justiz brauche Zeit, um einen Weg festzulegen und Urteile, die die Richtung vorgeben. In sozialen Medien werden Dinge falsch dargestellt, erläuterte Prof. Dr. Höcker, und es sei Aufgabe der Justiz, dagegen zu halten und in Echtzeit – beispielsweise auf Twitter – zu reagieren und mitzudiskutieren. Hierfür brauche es ausreichend, mit Volljuristen besetzte, Stellen. „Die Kombination von Medien und Recht ist nichts Neues“, so Prof. Dr. Höcker, die Verfahren haben immer öffentlich stattgefunden. Bezüglich der sozialen Medien müsse man jetzt die passende Kommunikation mit der breiten Öffentlichkeit finden. Frau Stockinger äußerte ihre Zweifel daran, ob diese Kommunikation über kurze Beiträge bei Twitter möglich sei und Dinge so passend erklärt werden können. Im Rahmen des NSU-Prozesses „haben wir unendlich oft versucht zu erklären, was passiert, warum es passiert und warum etwas auch nicht passiert“. Die Moderatorin des Abends, **Frau Oster**, stellte den Diskutanten die Frage, ob es den Unmut gibt, weil die Justiz oft politische Lösungen finden muss, die die Politik nicht gefunden hat, Beispiel Fahrverbote. Herr Dr. Bräutigam verwies darauf, dass die Gerichte bezüglich der Fahrverbote sehr stark kritisiert wurden, die Kritik jedoch an der falschen Stelle angebracht würde. Hier läge die Aufgabe bei der Politik, die sich dann nicht beschweren dürfe, wenn Dinge in Karlsruhe entschieden werden. ■



Barbara Stockinger, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Richterbundes und Richterin am Münchener OLG.



Die Journalistin Andrea Oster (WDR) führte durch den Abend.



Die Podiumsgäste während der Begrüßung von Prof. Bodo Hombach.

„KOMMUNEN UND DIE KRISE – KOMMUNEN IN DER KRISE? WIEVIEL SPIELRAUM BLEIBT, WELCHE WEGE GIBT ES?“

am 23. Juni 2020

Die Corona-Krise hat den Alltag und die Abläufe aller auf den Kopf gestellt, kaum ein Lebensbereich blieb von den Auswirkungen der Pandemie unberührt. Auch die Bonner Akademie musste sich den neuen Umständen und den damit verbundenen Herausforderungen stellen. Als eine der Neuerungen wurde der Digitale Dialog ins Leben gerufen, der das bewährte Diskussionsformat der BAPP infektionsschutzgemäß auf die Online-Ebene überträgt. Wie immer setzt die BAPP auf aktuelle Themen und namhafte Gäste.

Am 23. Juni 2020 diskutierten **Ina Scharrenbach**, NRW-Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung, **Katja Wilken**, ehemalige operative Leiterin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, und **Gerd Landsberg**, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes unter dem Titel „Kommunen und die Krise – Kommunen in der Krise? Wieviel Spielraum bleibt, welche Wege gibt es?“. Nach einer thematischen Einführung durch **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie, debattierten sie unter der Moderation von **Marc Steinhäuser** vom WDR.

Die Jahre 2015 und sicher auch 2020 stehen symbolisch für zwei Perioden gesellschaftlicher Herausforderungen, die nicht nur allein in ihrem schieren Ausmaß, sondern vor allem mit Blick auf ihre mittel- und langfristigen Folgen in der Geschichte unseres Landes ihresgleichen gesucht haben: Während es 2015 die Herausforderung durch die Aufnahme einer bisher ungekannt hohen Zahl geflüchteter Menschen war, stellte zu Beginn des Jahres 2020 die Gefahr der Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus die Bundesrepublik auf die Probe. Sowohl die Aufgabe, Tausende von Geflüchteten sicher unterzubringen als auch die Umsetzung der von Bund und Ländern beschlossenen Infektionsschutzmaßnahmen im Frühjahr 2020 erforderten eine immense gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung. Insbesondere in solchen Ausnahmesituationen, in denen es auf unmittelbares Handeln von, für und gegenüber Menschen ankommt, schlug diese Aufgabe besonders bei den Kommunen vor Ort auf. Obwohl die Städte und Gemeinden trotz jahrzehntelanger, redlicher Bemühungen von Bund und Ländern nicht ohne Grund über immer größere finanzielle Schwierigkeiten bei der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben klagen, gilt insbesondere das Jahr 2015 als ein Musterbeispiel des kommunalen Krisenmanagements. Die komplette Diskussion können Sie auf unserem YouTube-Kanal nachschauen. ■



Ina Scharrenbach

Katja Wilken

Gerd Landsberg

Prof. Dr. Volker Kronenberg

Marc Steinhäuser



Als An-Institut der Universität Bonn verfolgt die **Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH** unter der Leitung ihres Präsidenten, Prof. Bodo Hombach, das Ziel einer engeren Vernetzung zwischen wissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis in Politik, Wirtschaft und Medien. Sie will neuartige Foren des Dialogs schaffen und mittels eines konsequenten Praxisbezugs als innovativer „Think Tank“ an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, praktischer Politik und wirtschaftlichem Handeln auftreten. Hierzu organisieren wir regelmäßig Lehrveranstaltungen und Expertenworkshops sowie große öffentliche Diskussionsveranstaltungen. In der Vergangenheit durften wir unter vielen anderen bereits Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier, Malu Dreyer, Christian Wulff sowie Gerhard Schröder und Jean-Claude Juncker begrüßen. Des Weiteren führen wir Forschungsprojekte zu aktuellen Themen durch und veröffentlichen unsere Forschungsarbeit regelmäßig in unterschiedlichen Publikationsformaten. Jährlich veranstaltet die Bonner Akademie darüber hinaus internationale Foren mit bekannten Wissenschaftseinrichtungen.



www.bapp-bonn.de



www.facebook.com/bapp.bonn



www.twitter.com/BonnerAkademie



